Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950
1946

51 (6.7.1946)

Visual Library

BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN

Verlag: Badendruck GmbH. Karlsruhe a. Rh., Lammstraße 1b—5, Tel. 4051/53. Erscheinungsweise 3mal wöchentlich. Bezirksausgaben für Pforzheim (Ebersteinstr. 18) und für Bruchsal (Ecke Schönborn- u. Wilderichstr.)

1. Jahrgang | Karlsruhe, Samstag, 6. Juli 1946 | Nummer 51

Einzelverkaufspreis 20 Pfg. Monatl. Bezugspreis RM 2.20, durch die Post bezogen RM 2.60 zuzügl. RM 0.36 Zustellgebühr. Anzeigenpr.: Die 10gesp. Nonp.-Zeile RM 2.—; in Bezirksausg. RM 1.-. Amtl. Anz. die Hälfte.

Allgemeine Friedenskonferenz beginnt am 29. Juli

Einigung über Italiens Reparationen und Kolonien sowie über Triest — Gemeinsame Viermächte-Erklärung

Paris, 5. Juli. (DANA) Die vier Außenminister nahmen am Donnerstag in ihrer bisher längsten Sitzung den Vorschlag Bidaults an, die Friedensvollkonferenz auf den 29. Juli festzulegen. Der Rat stimmte überein, die stellvertretenden Außenminister zu beauftragen, die Einladungen zu der Friedenskonferenz auszuarbeiten, die so bald wie möglich an die folgenden 21 Teilnehmerstaaten übersandt werden sollen: USA, die Sowjetunion, Großbritannien, Frankreich, China, Australien, Belgien, die weißrussische sozialistische Sowjetrepublik, Brasilien, Griechenland, die Niederlande, Indien, Kanada, Neuseeland, Norwegen, die ukrainische sozialistische Sowjetrepublik, die Polen, die Tschechoslowakei, Aethiopien, Jugoslawien und die südafrikanische Union.

Ferner erzielten die Außenminister Uebereinstimmung in der Frage der italienischen Reparationen. Die Entschließung stellt einen Kompromiß zwischen dem amerikanischen und russischen Vorschlag dar. Die Außenminister kamen überein, daß Italien im Laufe von 7 Jahren 100 Mill. Dollar an die Sowjetunion zu zahlen hat. Die Zahlung soll aus überschüssiger Kriegsaufrüstung, aus ausländischen Guthaben Italiens in Rumänien, Bulgarien, Ungarn und der Sowjetzone Deutschlands und aus laufender Produktion erfolgen. Bis zu Beginn der Reparationsleistungen aus der laufenden Produktion wird Italien eine Frist von 2 Jahren bewilligt. Die Außenminister stimmten überein, daß diese Reparationsleistungen den Wiederaufbau Italiens nicht beeinträchtigen oder für die anderen Alliierten eine zusätzliche Belastung darstellen sollen.

Außenminister Bevin schlug vor, die Reparationsforderungen anderer Länder an Italien vor die allgemeine Friedenskonferenz zu bringen.

Molotow grundsätzlich einverstanden

Außenminister Molotow erklärte sich mit dem Vorschlag Byrnes grundsätzlich einverstanden, wandte sich jedoch gegen den Zahlungsaufschub von drei Jahren. Byrnes betonte, die Vereinigten Staaten stellten Italien große Geldsummen zur Verfügung und könnten es nicht als gerecht betrachten, wenn dieses Geld sofort an eine andere Nation weitergeführt werde.

Außenminister Bevin erklärte ebenfalls, Italien werde von England unterstützt und er könne sich mit dem sofortigen Beginn der Zahlung nicht einverstanden erklären. Er sei jedoch bereit, einen Zahlungsaufschub von zwei an Stelle von drei Jahren anzunehmen. Byrnes erklärte sich hiermit ebenfalls einverstanden. Die Annahme der beiden Schiffe „Vulkania" und „Saturnia" als Reparationsleistungen lehnte Molotow ab, da sie für den Personenverkehr nicht zu gebrauchen seien.

Im weiteren Verlauf der Debatte beschlossen die Außenminister, daß die italienischen Kriegsschiffe als Beute und nicht als Reparationen verteilt werden sollen. Die Außenminister einigten sich schließlich auf folgenden

Wortlaut der Reparationsbestimmungen:

Artikel 1: Italien wird der Sowjetunion im Laufe von sieben Jahren Reparationsleistungen von 100 Millionen Dollar zahlen. Die Zahlungen aus der laufenden Produktion werden erst nach Ablauf von zwei Jahren beginnen.

Artikel 2: Die Reparationsleistungen werden aus folgenden Quellen erfolgen:

a) Ausrüstungsgegenstände und Teile italienischer Fabriken, die zur Herstellung von Kriegsmaterial vorgesehen waren und weder von genehmigten militärischen Einrichtungen benötigt noch auf den zivilen Gebrauch umgestellt werden können, und die auf Grund der Bestimmungen dieses Vertrages abtransportiert werden.

b) Besitzrechte und Interessen der italienischen Regierung und Personen italienischer Nationalität in Rumänien, Bulgarien und Ungarn fallen unter die Ausnahmebestimmungen des Artikels, der sich mit den italienischen Auslandsguthaben befaßt.

c) Die italienische Regierung und die Regierung der Sowjetunion sollen sich über die Menge und die Art der zu liefernden Waren aus der laufenden Industrieproduktion einigen in der Weise, daß der wirtschaftliche Wiederaufbau Italiens nicht beeinträchtigt wird und daß die Reparationsleistungen für eine andere alliierte Nation keine zusätzliche Belastung darstellen. Der Wortlaut der auf Grund des Artikels erreichten Uebereinstimmung soll den Botschaftern der vier Großmächte in Rom übermittelt werden.

Die Sowjetunion soll Italien auf Handelsgrundlage das Rohmaterial zur Verfügung stellen, das für die Herstellung solcher Ware benötigt wird, die Italien normalerweise eingeführt hat. Der Wert des Rohmaterials soll mit den bereits an die Sowjetunion gelieferten Waren berechnet werden. Die vier Botschafter werden den Wert der italienischen Guthaben bestimmen, die an die Sowjetunion übertragen werden. Die von Italien zu bezahlende Dollarsumme bezieht sich auf die Dollarwährung der Ver. Staaten mit einem Gegenwert von 35 Dollar per Unze Gold.

Die Außenminister erzielten bereits am Mittwoch Uebereinstimmung in der Frage Triest und der italienischen Kolonien.

Der Plan zur Internationalisierung Triests umfaßt folgende Punkte:

1. Die Außenminister kommen überein, ein unabhängiges Gebiet von Triest zu schaffen, das alles Gebiet westlich der vorgeschlagenen französischen Linie von Duino bis südlich von Cittanova umfaßt.

2. Die Unantastbarkeit und Unabhängigkeit dieses Gebietes soll durch den Sicherheitsrat der Ver. Nationen garantiert werden.

3. Ernennung einer Sonderkommission, welche die Vertreter der 4 Großmächte im Sicherheitsrat einschließt, die der Friedenskonferenz nach Beratung mit jugoslawischen und italienischen Vertretern Vorschläge zur Verwaltung des Gebietes unterbreiten soll.

4. Der Status des Gebiets wird dann durch den Sicherheitsrat gebilligt werden, welcher der Vollversammlung der Vereinten Nationen darüber Bericht erstatten wird.

5. Vorschläge für eine vorläufige Regierung und die Schaffung eines dauernden Status für das unabhängige Gebiet sollen von allgemeinen Friedenskonferenzen beschlossen werden.

Der Gouverneur des Gebietes soll vom Sicherheitsrat ernannt werden. Gesetzgebung und Rechtswesen der provisorischen Regierung sollen nach demokratischen Grundsätzen aufgebaut sein, die Rechte der Bürger hinsichtlich Religion, Sprache, Presse, Schule und Zugang zu öffentlichen Aemtern sollen respektiert werden, der Gouverneur des Gebietes hat dem Sicherheitsrat alljährlich Bericht zu erstatten.

Der britische Plan für die italienischen Kolonien

1. Italien gibt alle Rechte und Ansprüche auf seine territorialen Besitzungen in Afrika auf.

2. Bis zur endgültigen Entscheidung über das Schicksal dieser Besitzungen sollen diese weiter unter ihrer bisherigen Verwaltung bleiben.

3. Eine endgültige Verfügung über diese Besitzungen soll gemeinsam von den vier alliierten Großmächten innerhalb eines Jahres vom Inkrafttreten des Friedensvertrages mit Italien getroffen werden, in der Weise, wie sie in der gemeinsamen Erklärung, die am heutigen Tage von den 4 alliierten Großmächten abgegeben wurde, niedergelegt.

Der Text der gemeinsamen Erklärung der vier Großmächte hat folgenden Wortlaut:

1. Der Rat der Außenminister der Regierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreiches, der Sowjetunion und Frankreichs kommen überein, daß sie innerhalb eines Jahres vom Inkrafttreten des Friedensvertrages mit Italien gemeinsam Verfügung über die territorialen Besitzungen Italiens in Afrika treffen werden, auf die Italien in dem genannten Friedensvertrag alle Rechte und Ansprüche aufgegeben hat.

2. Endgültige Verfügung über die in Betracht kommenden Gebiete soll von den vier Großmächten in Uebereinstimmung mit einer Lösung oder irgendeiner Kombination der folgenden Lösungen getroffen werden, die in Anwendung kommen können auf das ganze in Betracht kommende Gebiet wie auf einen Teil desselben — je nachdem wie es sich bei Berücksichtigung der Wünsche der Bevölkerung oder der Ansicht anderer interessierter Regierungen als angebracht erweist:

a) Unabhängigkeit, b) Eingliederung in ein Nachbargebiet, c) Treuhänderschaft, die entweder durch die Vereinten Nationen als ganzes oder durch Italien oder irgendeinen der Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen ausgeübt werden soll.

„Doktor UN, bei mir gehts jetzt um Leben und Tod! Sie müssen mir helfen"

Zeichnung: Herbert Stüptitz.

3. Falls die vier Großmächte zu keiner Einigung über eine entsprechende Lösung gelangen können, soll die Angelegenheit der Vollversammlung der Vereinten Nationen zur Begutachtung vorgelegt werden. Die vier Großmächte kommen hiermit überein, die Vorschläge der Vollversammlung anzunehmen und entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, um diese wirksam werden zu lassen.

4. Die Stellvertreter der Außenminister sollen weiterhin die Frage des Schicksals der früheren italienischen Kolonien in Afrika erwägen und sind bevollmächtigt, Untersuchungskommissionen in alle oder einzelne italienische Kolonien zu entsenden, die Material als Grundlage für die dem Außenministerrat zu unterbreitenden Vorschläge zur endgültigen Lösung der Frage sammeln sollen.

Obige Erklärung wurde von den Außenministern angenommen, sie soll jedoch dem Kolonialausschuß nochmals zu geringfügigen Aenderungen vorgelegt werden.

Die Außenminister vertagten sich nach 4½stündiger Sitzung auf Donnerstag.

Präsident von Venezia Giulia weist Beschluß zurück

Triest, 5. Juli. (DANA) Der Präsident von Venezia Giulia, Antonio Savio, erklärte am Donnerstag, die Entscheidung der Pariser Außenministerkonferenz über den Status von Triest verstoße gegen die Grundsätze der Demokratie und der Gerechtigkeit. Er hoffe, daß die Friedenskonferenz diesen Beschluß nicht billigen werde.

Hochverrat an der Weltordnung

Die Verteidigung zur Rechtsgrundlage — Das Plädoyer für Göring — Bormanns „sagenhaftes" Verschwinden

Nürnberg, 5. Juli. (DANA) Im Kreuzverhör durch den Verteidiger Görings, Dr. Otto Stahmer, erklärte der Zeuge Markov am Dienstag, er habe versucht, seine Teilnahme an der Katyn-Kommission auszuschlagen, weil er darin mehr eine politische als eine wissenschaftliche Aufgabe gesehen habe. Einen Anhaltspunkt dafür, daß die von der Kommission besichtigten Leichen nicht aus den Katyner Massengräbern gestammt hätten, habe er allerdings nicht.

Dr. Stahmer zitierte darauf Stellen aus dem in einem deutschen Weißbuch veröffentlichten Protokoll der Kommission. Danach behaupteten russische Zeugen, daß im März und April 1940 Güterzüge mit polnischen Offizieren in der Nähe von Katyn ankamen und daß die Offiziere dann in ein Wäldchen transportiert und nicht wieder gesehen wurden. Die Schlußfeststellung des Untersuchungsprotokolls, daß die Ermordungen drei Jahre vor der Obduktion erfolgten, ist, wie der Zeuge aussagte, unrichtig.

Dr. Stahmer: „Weshalb haben Sie denn keinen Protest gegen diesen Vermerk eingelegt?"

Markow erklärte darauf, die Umstände hätten ihm damals einen Protest nicht gestattet.

Die Untersuchung der Gräber von Katyn durch eine sowjetische Sachverständigenkommission im Januar 1944 erwies, daß die polnischen Offiziere, deren Leichen in den Gräbern gefunden wurden, im Herbst 1941 ermordet worden waren, erklärte in der Dienstag-Nachmittagsitzung des internationalen Gerichtshofes der sowjetische Professor der Gerichtsmedizin, Viktor Iliyitsch Prozorewski. Er gab an, gemeinsam mit anderen Sachverständigen insgesamt 925 Leichen untersucht und seziert zu haben, die sämtlich polnische Uniformen trugen. Drei der Leichen wiesen Spuren vorheriger medizinischer Untersuchungen auf. Bei fast allen Leichen waren, wie der Zeuge erklärte, die Taschen geleert und aus der Kleidung teilweise herausgerissen. Im Futter der Uniformen fand der Zeuge bei einigen Leichen Schriftstücke, die von Ende 1940 oder Anfang 1941 datiert waren. Eine Postkarte trug das Datum vom Mai 1941.

Als Todesursache stellte die russische Kommission Genickschuß fest. Einige Patronenhülsen wurden in den Gräbern gefunden, die nach Ansicht des Zeugen deutsches Fabrikat waren.

Geheimschreiben eines SS-Führers

Zum Beweis für die Behauptung des Zeugen überreichte der russische Ankläger, Oberst Smirnow, dem Gericht ein Geheimschreiben eines gewissen SS-Führers Heinrich an die deutsche Kommandantur in Warschau, das vom Mai 1943 datiert war und folgenden Inhalt hat: „Vertreter des polnischen Roten Kreuzes, die von der Untersuchung der Gräber von Katyn zurückkehrten, haben Munition mitgebracht, mit der die Opfer des Mordes von Katyn angeblich erschossen wurden. Es handelt sich um Patronenhülsen vom Kaliber 7,5, die deutsche Firmenstempel tragen. Weitere Nachricht folgt."

Die Leichensezierung, erklärte der Zeuge Prozorewski weiter, hat ergeben, daß die Leichen etwa zwei Jahre in der Erde lagen. Die Kommission einigte sich auf den Herbst 1941 als vermutlicher Zeitpunkt des Todes der Opfer, keinesfalls habe dieser Zeitpunkt wesentlich früher gelegen, eher später.

„Ich sah Bormann zusammenbrechen"

Der ehemalige Chauffeur Hitlers, Erich Kampka, trat in der Mittwochverhandlung des Nürnberger Prozesses als Zeuge auf. Nach seinen Aussagen ist Bormann in der Nacht vom 1. zum 2. Mai 1945 umgekommen. „Ich sah Martin Bormann in der Stichflamme eines direkt neben ihm explodierenden Panzers zusammenbrechen", erklärte der Zeuge.

Im weiteren Verlauf der Mittwochsitzung verlas der Verteidiger des Angeklagten Göring, Dr. Stahmer, eine eidesstattliche Erklärung des ehemaligen Generals der Flieger Koller. Es heißt darin, Göring habe die Erschießung der 50 alliierten Flieger des Lagers Luft III nicht befohlen, sondern diesen „Mord", von dem er erst nachträglich erfuhr, schärfstens verurteilt. Die Anklagevertretung legte ein Protokoll von der 2. Sitzung des „Reichsverteidigungsrates" vom 23. Juni 1939 vor, aus dem hervorgeht, daß der totale Krieg schon damals bis ins kleinste organisiert war. Die Darstellung fast aller Angeklagten, daß sie vom Ausbruch des Krieges überrascht worden seien, will die Anklagebehörde damit zu widerlegen versuchen.

Rechtliche Grundlagen der Verteidigung

(DANA - Sonderberichterstatterin Susanne Czapski)

„Die große rechtliche Grundfassung dieses Prozesses gilt dem völkerrechtlich verbotenen Krieg, dem Friedensbruch als ein Hochverrat an der Weltordnung", erklärte Prof. Hermann Jahreis, der bekannte deutsche Völkerrechtler, zu Beginn seines Plaidoyers in der Donnerstag-Sitzung. Er schloß sich damit den Ausführungen Sir Hartley Shawcross an, der in seiner einleitenden Rede im November 1944 sagte, die Aufgabe des Prozesses sei, der Menschheit zu dienen. Prof. Jahreis versuchte in seinem Plaidoyer die Behauptung der Angeklagten, daß sie sämtlich auf Befehl Hitlers gehandelt haben, der mit für ihre Taten verantwortlich sei, rechtlich zu unterbauen. Er berief sich auf das Führerprinzip, das im Dritten Reich auf verfassungsmäßiger Grundlage gegolten habe und daß demzufolge alles, was auf Hitlers Befehl getan wurde, nach deutschem Staatsrecht rechtsmäßig gewesen sei. Er schloß daraus, daß die Charta des internationalen Gerichts lediglich nachträglich und rückwirkend neues Recht setzen könne, wenn es diese Taten als verbrecherisch bezeichnet.

Prof. Jahreis übersieht dabei die Tatsache, daß die Anklagebehörde die Angeklagten nicht etwa auf Grund ihrer Verbrechen eines vom internationalen Gerichtshof neugeschaffenen Rechts bezichtigt, sondern ihre Anklagen sich in jedem Falle gegen Taten richten, die nach dem geltenden Strafrecht aller zivilisierten Länder auch dem in Deutschland z. Zt. der Taten verbrecherisch sind.

Fortsetzung auf Seite 2

Neuorganisation des Wiederaufbaus in Württemberg-Baden

Stuttgart, 5. Juli (DANA). Der Entwurf eines Gesetzes zur Ordnung des Aufbauwesens des württembergisch-badischen Innenministeriums vom 26. Juni wurde am Donnerstag im Kabinettsrat angenommen. „Das neue Gesetz sieht die Schaffung eines Referentenrats beim Ministerpräsidenten vor", heißt es hierzu in einem amtlichen Bericht des Innenministeriums. „Dieser besteht aus je einem bevollmächtigten Vertreter des Arbeitsministeriums, Finanzministeriums, Verkehrsministeriums und des Wirtschaftsministeriums und soll die Verbindung zwischen den einzelnen Ministerien herstellen und die Lösung aller dem Wiederaufbau betreffenden Fragen erleichtern.

Zur Unterstützung des Referentenrats, so heißt es in dem Bericht weiter, wird in jedem Ministerium ein Fachausschuß gebildet. Diese Ausschüsse werden mit dem Referentenrat des Staatsministeriums und den verfassungsmäßig hierzu berufenen Behörden gemeinsam die Leitung des Wiederaufbaus übernehmen.

Zur Durchführung der Arbeit, die je nach Art und Umfang über das Leistungsvermögen des früheren Verwaltungsapparates weit hinausgeht, müssen verschiedene Dienststellen geschaffen werden, wie der Kontingentausschuß beim Wirtschaftsministerium sowie staatliche Aufbauämter beim Innenministerium mit ihren Bezirksbaustoffstellen.

Das neue Gesetz kann in keiner Weise hemmend, sondern nur ordnend und fördernd wirken, schließt der Bericht. „Es gibt darüber hinaus eine für alle Instanzen sorgfältig ausgearbeitete Grundlage, die einen verantwortungsbewußten Wiederaufbau ermöglicht."

Erfahrungsaustausch der Oberbürgermeister

München, 5. Juli (DANA). Die von den Besatzungsbehörden genehmigten regionalen Städteverbände der amerikanischen und britischen Besatzungszone werden, wie es in einem Beschluß der Oberbürgermeister und Oberstadtdirektoren der beiden Zonen auf ihrer Tagung in München am 3. Juli heißt, von nun an wieder in einen Erfahrungsaustausch treten. Dabei sollen gemeinsame Aufgabengebiete, wie die Ernährungslage, Wohlfahrtswesen, soziale Fürsorge, Technik des Wiederaufbaus, sparsamste Verwaltung und Rationalisierung des Wirtschaftslebens sowie Rechtsangleichung und Steuererhebungen besprochen werden. In dieser Tagung, die unter dem Vorsitz des Münchener Oberbürgermeisters Dr. Scharnagl stattfand, richteten die anwesenden Oberbürgermeister und Oberstadtdirektoren im Namen ihrer Städte die Bitte an die Militärregierung, die Zonengrenzen, die ein starkes Hemmnis in der Verbindung der deutschen Städte untereinander darstellen, baldmöglichst aufzuheben.

Dreiländer-Konferenz zur Hebung der Ruhrkohlen-Förderung

Paris, 5. Juli (DANA). Eine Konferenz von Sachverständigen Großbritanniens, der Vereinigten Staaten und Frankreichs, die sich mit der Ueberprüfung der technischen Möglichkeiten einer Steigerung der deutschen Ruhrkohlenversorgung beschäftigen soll, hat hier begonnen. Die Verhandlungen, die nicht öffentlich sind, bilden eine Fortsetzung der früher in Essen, London und Washington geführten Besprechungen. Die Erhöhung des Exports von Ruhrkohle nach Frankreich soll besonders in Betracht gezogen werden.

DANA funkt:

Aus aller Welt

Paris. Die sowjetische Botschaft bestätigte am 5. d. Mts., daß Außenminister Molotow mit dem griechischen Ministerpräsidenten Tsaldaris eine Unterredung hatte. Ueber den Inhalt dieser Besprechung wurde bisher nichts bekannt.

Prag. Der tschechoslowakische Premierminister und Vorsitzende der Kommunistischen Partei Clement Gottwald hat am Dienstag die Bildung eines neuen Kabinetts abgeschlossen. Der frühere Premierminister Fierlinger (Sozialdemokrat) wird als stellvertretender Ministerpräsident in der neuen tschechoslowakischen Regierung bleiben. Jan Masaryk (parteilos) begleitet weiterhin das Amt des Außenministers.

Kairo. Die Araber haben einen organisierten Widerstand geplant gegen die Forderung Präsident Trumans, 100 000 Juden die Einwanderung nach Palästina zu gestatten. (AP)

Manila. Die Philippinen haben am 4. d. Mts. ihre Unabhängigkeit erhalten, nachdem sie 48 Jahre von den Ver. Staaten regiert wurden. Während der Feierlichkeiten wurde Präsident Manuel Roxas auf die neue Republik vereidigt.

Tokio. Der japanische Ministerpräsident Yoshida erklärte im japanischen Parlament, daß Japan so bald wie möglich der Organisation der Ver. Nationen beizutreten wünsche.

Letzte Neuigkeiten

Englische Pressestimmen zur Pariser Konferenz

London, 6. Juli. (DANA) Die Erfolge auf der Pariser Konferenz beherrschten die Hauptnachrichtenseiten der Presse. Die konservative „Yorkshire Post" weist auf die starken Interessengegensätze und die unterschiedlichen politischen Auffassungen der Konferenzteilnehmer hin. Wörtlich heißt es in dem Artikel: „Die Kernfrage, die den Pariser Verhandlungen zugrunde lag, lautete: Wird Rußland darauf bestehen, seine Theorie, die letzten Endes auf Furcht und Argwohn beruht, in die Wirklichkeit umzusetzen, oder wird die Sowjetunion den Westmächten genügend Vertrauen entgegenbringen, um im gemeinsamen Zusammenwirken mit ihnen die europäische Zukunft zu gestalten? Die nun erzielte Verständigung beantwortet diese Frage. Der Weg zur Zusammenarbeit liegt eindeutig offen." Die liberale „News Chronicle" schreibt: Es hat sich herausgestellt, daß die Sowjetunion letzten Endes doch bereit ist, eine Lösung anzunehmen, die das Aeußerste darstellt, was sie praktisch erreichen kann. Zum erstenmal seit Kriegsende hat die Sowjetunion derartige Konzessionen in einer wichtigen Frage gemacht. Das Hauptverdienst an dem Zustandekommen einer Einigung in Paris kommt Außenminister Molotow zu, erklärt die kommunistische Zeitung „Daily Worker".

„Die Pariser Konferenz hat sich für das, was sie bisher geleistet hat, die Dankbarkeit der Welt verdienet", heißt es in dem Leitartikel der „Times". „Mit der Meldung über die günstigen Fortschritte der Pariser Konferenz wird eine lange Kette schlechter Nachrichten über die internationale Politik unterbrochen. Die vier Außenminister in Paris haben sich nicht über alle Punkte geeinigt, nicht einmal über alle wesentlichen Punkte. Aber sie haben gezeigt, daß sie entschlossen sind, zur Verständigung zu gelangen und damit die Grundbedingung für ein Funktionieren des internationalen Friedens zu erfüllen. Viel ist erreicht, aber die Probleme Deutschlands und Oesterreichs stehen noch auf der Tagesordnung. Der tote Punkt ist jedoch überwunden."

Frankfurt, 6. Juli (DANA). Ein Aufruf der SPD, der vom Vorsitzenden Willi Knothe unterzeichnet ist, fordert von allen Parteistellen tatkräftige Unterstützung von antifaschistischen Flüchtlingen und Ausgewiesenen bei der Beschaffung von Wohnungen und Arbeitsplätzen. Weiter wird in dem Aufruf darauf hingewiesen, daß der Zustrom tausender Flüchtlinge eine Veränderung der politischen Struktur des Landes bewirken wird. Diese wird sich zum Nachteil auswirken, wenn den Ausgewiesenen nicht von Anfang an wirksam geholfen wird.

München, 6. Juli. (DANA) 1280 Tonnen Käse, 1350 Tonnen Fleisch und 580 Tonnen Butter wird Bayern im Laufe der 90. Zuteilungsperiode nach den anderen Ländern der amerikanischen Besatzungszone liefern, um dort die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Lebensmittelzuteilungen zu ermöglichen.

Verfassunggebende Landesversammlung am 15. Juli

Die verfassunggebende Landesversammlung wird, wie die Pressestelle des Staatsministeriums berichtet, auf Montag, 15. Juli, 10.30 Uhr vormittags, einberufen werden. Die Tagung findet im Furtbachhaus in Stuttgart statt. Dem Zusammentritt der verfassunggebenden Landesversammlung gehen feierliche Gottesdienste beider Konfessionen voraus.

US-Senat bereitet neues Preiskontrollgesetz vor

Washington, 5. Juli. (AP) Der amerikanische Senat hat seine Beratungen über ein neues Preiskontrollgesetz auch am Vorabend des Unabhängigkeitstages, des amerikanischen Nationalfeiertages, nicht unterbrochen. Der Bankenausschuß des Senats ist mit der Abfassung des neuen Entwurfes beauftragt, der der Vollversammlung am heutigen Freitag vorgelegt werden soll. Es handelt sich, wie Senator Barkley erklärte, um die Ausarbeitung eines neuen Gesetzesvorschlages unter weitestgehender Berücksichtigung der in dem Veto Präsident Trumans zum Ausdruck gebrachten Einwände. Dieses neue Preiskontrollgesetz soll vorläufig für die Dauer eines Jahres in Kraft sein. Es ist also nicht identisch mit dem Vorschlag des Repräsentantenhauses vom letzten Montag, der die Wiederinkraftsetzung des Kriegspreiskontrollgesetzes zunächst für die Dauer von 20 Tagen vorsah.

Der neue Entwurf unterscheidet sich in zwei wichtigen Punkten von dem durch Präsident Truman beanstandeten Gesetzentwurf. Er greift zwar auf die frühere Preiskontrolle zurück, will aber in der Zwischenzeit, während der eine Kontrolle nicht besteht, die in dem früheren Gesetz vorgesehene gerichtliche Verfolgung bei Preisaufschlägen über die Höchstpreise hinaus verhindern. Er enthält weiterhin Aenderungen der Bestimmungen über die Kontrolle bei Fabrikanten, Groß- und Einzelhändlern.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Ein dunkles Kapitel deutscher Geschichte

Von Wilhelm Baur

Die Nachricht, daß einer der Mörder des ehemaligen Reichsfinanzministers Matthias Erzberger, der frühere Kapitänleutnant Tillessen, genau ein Vierteljahrhundert nach seiner frevelhaften Untat in Offenburg in Haft sitze und seiner Aburteilung vor der Strafkammer entgegensehe, erinnert an eines der dunkelsten und verhängnisvollsten Kapitel der Weimarer Demokratie.

Viele werden den Namen Erzbergers nicht kennen, die meisten, die von ihm gehört haben, sahen ihn im verzerrt gezeigten Spottbild der nationalistischen Lügenpresse. Die Geschichte der Gegenwart, der sich das deutsche Volk gegenüber gestellt sieht, hat nun innerhalb einer kurzen Zeitspanne für eine grausige Rehabilitierung eines Lebens gesorgt, das, viel geschmäht und gelästert, aber auch viel verehrt, ein Opfer seines mannhaften Eintretens für sein Volk und für die Demokratie geworden war. In der durch den Ablauf der jüngsten Ereignisse um den Untergang des Nazisystems geschaffenen historischen Klarheit ist auch seiner Persönlichkeit und seinem Wirken Gerechtigkeit gegeben worden, als ein geradezu erschauerndes Zeugnis für die Tatsache, daß es in der Geschichte keine Zufallsereignisse gibt, sondern für den, der sehen will, eine über allem Geschehen sinnvoll waltende Gerechtigkeit, die früher oder später für einen Ausgleich verletzter Prinzipien sorgt.

Wer war nun der Mann, den zwei Mörder in einem der schönsten Täler unseres friedvollen Schwarzwaldes meuchlings an der Seite seines Freundes, des damaligen Reichstagsabgeordneten Karl Diez, ermordeten und der dann, den für die Volksrechte so beredten Mund für ewig geschlossen, mit bandagiertem Kopf still und stumm im einfachen Zimmer des Griesbacher Müttererholungsheimes aufgebahrt lag? Niemand anders als ein Mann aus dem Volke und für das Volk, der auch in seinen höchsten Positionen nie seine Abkunft verleugnete und denen die Treue hielt, die ihn auf den Schild erhoben.

Erzberger war durch Fleiß und eisernen Willen aus kleinen Verhältnissen früh zu Einfluß und Macht gekommen, und er besaß einige Eigenschaften, die in Deutschland selten und bei der verhängnisvollen Vorliebe der Deutschen für die Irrealität auch keineswegs beliebt waren, nämlich einen unbeirrbaren Sinn für die politische Wirklichkeit und, was noch mehr ist, auch den entsprechenden Mut, seinen politischen Auffassungen mit Kraft und Energie Nachdruck zu verleihen. Im Jahr 1903 war er als junger Mann von 28 Jahren, zuerst Lehrer und dann Redakteur, von seinen oberschwäbischen Bauern mit einer überwältigenden Mehrheit in den Reichstag geschickt worden, und wenige Jahre darauf focht er im großen Korruptionsskandal des mit dem Kapitalismus verschwägerten Kolonialministeriums seinen ersten Kampf gegen die feudale Reaktion und für die Sauberkeit der Verwaltung durch. Der Wortführer der Rechtsradikalen, Helfferich, wurde damals zu seinem unversöhnlichen Gegner und blieb es.

Schon im Jahr 1915 sah Erzberger die Kriegspartie Deutschlands als verloren an, und im Jahr 1917 gelang es seiner nie rastenden Energie, die berühmte Friedensresolution des deutschen Reichstags durchzusetzen, die der Welt erklärte, daß das deutsche Volk unter erträglichen Bedingungen zum Frieden bereit sei. Die Auswirkung dieser Entschließung scheiterte an der Doppelzüngigkeit der vom Siegeswahn noch trunkenen Regierungsclique und der Engstirnigkeit der Halbgötter vom Generalstab. Seine Stunde, die zu gleicher Zeit aber auch seine Todesstunde werden sollte, kam mit dem Niederbrechen der Kampfkraft der deutschen Westarmeen, das den Kriegstreiber Ludendorff zu dem Telegramm an die Reichsregierung am 29. September 1918 veranlaßte, in dem die Einleitung sofortiger Friedensverhandlungen gefordert wurde, und das, nachdem noch wenige Wochen vorher dieselbe Oberste Heeresleitung durch ihre Berichte die Oeffentlichkeit in rosige Zuversicht gewiegt hatte. Da niemand bereit war, am allerwenigsten die schuldigen Generäle und Potentaten, deren Aufgabe es gewesen wäre, zum Empfang der Waffenstillstandsbedingungen in den Wald von Compiègne zu reisen, gab Erzberger dem von allen Seiten auf ihn einstürmenden Drängen nach und trat seinen schwersten Gang an. Am 11. November des Jahres 1918, noch einmal von einem Telegramm Hindenburgs gedrängt, unter allen Umständen den Waffenstillstand abzuschließen, da die deutschen Armeen nicht mehr standhalten könnten, vermittelte er mit seiner den Gegebenheiten Rechnung tragenden Unterschrift den deutschen Armeen die unbedingt nötige Waffenruhe und verhinderte so das drohende Vorrücken der alliierten Streitkräfte über den Rhein. Das ist der Vorgang vom Jahr 1918, der im Jahr 1945 in der bedingungslosen Kapitulation der Nazigeneräle Keitel und Jodl in einer wesentlich anderen Form einen historischen Nachgang fand.

Die Hauptarbeit Erzbergers galt von nun an dem wirtschaftlichen und politischen Aufbau der neuen deutschen Demokratie, als deren stärkster Exponent er in den Reihen des damaligen Zentrums die unbestrittene politische Führung inne hatte. Bald darauf ging das Kesseltreiben aller Reaktionäre nationalistischer und kapitalistischer Prägung unter Führung des früheren Staatssekretärs Helfferich, eines Exponenten des deutschen Bankkapitals, los, das sich noch steigerte und sich geradezu ins Groteske verzerrte, als Erzberger es als Finanzminister wagte, die Einkünfte der feudalen Junker Ostelbiens und der schweren Industrie genau so zur Steuer heranzuziehen wie die bescheidenen Einkommen des kleinen Mannes. Es wurde die Lüge erfunden, daß Erzberger schuld am verlorenen Kriege sei. Er wurde persönlich in seiner Integrität als Abgeordneter und Minister verleumdet und verdächtigt, und eine vom Kapitalismus ausgehaltene, vom engsten Fanatismus triefende sogenannte nationale Presse schürte den Haß, bis es zur unvermeidlichen Katastrophe kam. Als es dann so weit war, überschlugen sich die „vornehmen“ und die anderen Gazetten des nationalistischen Bürgertums in ihrem Jubel, daß es dem sechsten Anschlag nun gelungen war, das gehetzte Opfer zur Strecke zu bringen, nachdem fünf Attentate vorher vereitelt worden waren. Ein ebenso schmachvolles Kapitel war die Suche nach den Verbrechern. Als badische Kriminalisten nach München kamen, wohin die Spuren der Attentäter führten, mußten sie feststellen, daß die Mörder, von dem damaligen Münchner Polizeipräsidenten Pöhner mit ausländischen Pässen versehen, schon nach Ungarn geflohen und damit dem Zugriff der Behörden entzogen waren. Helfferich, der intellektuelle Urheber des Mordes, war das Opfer eines Eisenbahnunglücks in Bellinzona im Jahr 1924, Pöhner erlag um dieselbe Zeit einem tödlichen Autounfall.

Es wäre Aufgabe der damaligen Heeresleitung gewesen, den Waffenstillstand abzuschließen, nachdem sie sich vier Jahre in die zivilen Belange des Reiches eingemischt und letzten Endes den Krieg verloren hatte, aber Hindenburg hatte nicht einmal den Mut, den von ihm nach Compiègne gesandten, zur Abschließung des Waffenstillstandes gedrängten Matthias Erzberger auch nur mit einem einzigen Wort des Anstandes und des Schutzes seiner feudalen Clique gegenüber zu decken. Wer weiß, ob das Jahr 1945 gekommen wäre, wenn schon im Jahre 1918, wie es jetzt bei der Kapitulation der Nazis geschah, die verantwortlichen und schuldigen militärischen Führer den Waffenstillstand hätten unterzeichnen müssen. Das Wesentliche aber ist die grauenvolle Erkenntnis aus den Vorgängen der damaligen Zeit, daß die Auslösung dieser infernalischen Affekte im deutschen Volk nur durch die abgründige politische Unbildung des deutschen Bürgertums möglich gewesen war, und daß die deutsche Demokratie von damals geduldig zusah, wie die stärksten Exponenten ihres Geistes von einer profit- und machtlüsternen Clique zuerst moralisch und dann physisch hatten um die Ecke gebracht werden können.

Daß die Nazi sich mit dem Mord identifizierten und nach der Uebernahme der Führung in Deutschland die beiden Mörder mit Auszeichnungen und Ehrenposten überhäuften, darf wirklich nicht mehr wunder nehmen. Wenn heute eine rücksichtslose Beseitigung dieses Geistes verlangt und mit allen Mitteln durchgeführt wird, so liegt das im Interesse der Zukunft unseres Volkes. Wenn es damals rechtzeitig und gründlich geschehen wäre, wären Erzberger und viele andere nicht gefallen. Das ist das unentschuldbare Versäumnis der Demokratie von Weimar, das sich heute nicht mehr wiederholen darf. Erzberger war im Grunde genommen nichts anderes als das besonders exponierte Opfer des deutschen kapitalistischen Nationalismus, dem die anderen Opfer, wie Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Kurt Eisner u. a., vorausgingen und nach zehn Monaten ein so feiner und edler Geist wie Walter Rathenau nachfolgte. Sie bildeten die Vorläufer für jenes Meer von Blut, in das dann, auf denselben verruchten Spuren des Militarismus wandelnd, die Nazis Europa und die Welt tauchten.

Die Durchführung des Befreiungsgesetzes

Das Staatssekretariat für Sonderaufgaben in Stuttgart gibt bekannt:

I. Auslegung der Artikel 58 und 59:

Nach der Auslegung der amerikanischen Militärregierung soll das Gesetz wie folgt angewandt werden:

1. Jede frei beruflich tätige Person, welche auf Befehl der Militärregierung auf Grund des Gesetzes 8 entlassen wurde, bleibt bis zur Entscheidung durch die Kammer entlassen. Solche Personen können ihre frühere Tätigkeit nicht wieder aufnehmen oder sich anderweitig in ihrem Beruf betätigen, selbst wenn sie nicht mehr als zwei Hilfskräfte beschäftigen. In diesem Zusammenhang wird betont, daß ein Arzt oder ein Rechtsanwalt, welcher die zu seinem Beruf gehörigen Aufgaben erfüllt (z. B. bei Aerzten: Untersuchung von Patienten, Verschreibung von Arzneien, Ausführung von Operationen; bei Rechtsanwälten: Besprechung mit Klienten, Erteilung von Rechtsauskünften, Erscheinen vor Gericht) nicht als gewöhnlicher Arbeiter betrachtet werden kann.

2. Alle andern, von der Militärregierung oder nach Gesetz Nr. 8 entlassenen Personen dürfen bis zur Entscheidung durch die Kammer nur in gewöhnlicher Arbeit tätig sein, und zwar nur in einem anderen Unternehmen als demjenigen, aus dem sie entlassen wurden. Dies bezieht sich auch auf Eigentümer oder Angestellte, welche aus kleinen Betrieben mit weniger als 10 Beschäftigten entlassen wurden.

3. Die Voraussetzungen der Abschnitte 1 und 2 werden nicht durch die Tatsache beeinflußt, daß der Betroffene auf Grund einer von der Militärregierung erteilten einstweiligen Beschäftigungsgenehmigung angestellt wurde oder tätig sein kann. Diese Genehmigungen erlöschen spätestens am 1. August 1946, wenn sie nicht bereits zu einem früheren Zeitpunkt ungültig oder von der Militärregierung widerrufen werden. Nur der Minister für politische Befreiung kann eine Verlängerung oder Erneuerung zulassen, vorausgesetzt, daß die in Artikel 60 des Gesetzes geforderten Bedingungen erfüllt sind.

4. Unter Artikel 58 des Gesetzes fallende Personen, welche nicht auf Befehl der Militärregierung oder nach Gesetz Nr. 8 entlassen oder von ihren Stellungen ausgeschlossen wurden, können bis zur Entscheidung durch die Kammer in ihren Stellungen verbleiben, vorausgesetzt, daß nicht mehr als zwei Hilfskräfte beschäftigt oder daß diese nicht Eigentümer oder Angestellte eines Unternehmens mit 10 oder mehr Beschäftigten sind.

II. Auslegung des Artikels 60 betreffend einstweilige Beschäftigungsgenehmigungen nach Gesetz 104 durch die amerikanische Militärregierung:

1. Die Frage der Ausstellung einstweiliger Genehmigungen wurde gründlich in Berlin besprochen. Die folgenden Entscheidungen wurden von den Dienststellen getroffen:

a) Einstweilige Genehmigungen müssen streng nach den einzelnen Voraussetzungen des Gesetzes erteilt werden.

b) Die Bedingungen und Einschränkungen des Gesetzes müssen in ihrer strengsten und schärfsten Auslegung und Bedeutung angewandt werden.

c) Einstweilige Genehmigungen können nur solchen Personen erteilt werden, die direkt für die öffentliche Sicherheit und öffentliche Gesundheit tätig sind.

d) Personen, deren Tätigkeit indirekt mit öffentlicher Sicherheit und Gesundheit in Verbindung steht, fallen nicht in die in Betracht zu ziehenden Kategorien.

e) Alle einstweiligen Genehmigungen müssen vom Staatssekretär für Sonderaufgaben persönlich ausgestellt werden. Er ist in jedem einzelnen Falle direkt und persönlich für die Erteilung verantwortlich. Diese persönliche Verantwortlichkeit bezieht sich auch auf die Bestimmung und Anwendung der Beschränkungen des Gesetzes, und er ist für jede Abweichung des Gesetzes verantwortlich.

f) Folgende Personen fallen nicht unter die im Gesetz vorgesehenen Kategorien: 1. Bauern, 2. Forstleute, 3. Arbeiter und Angestellte der Salzbergwerke, 4. Alle anderen Personen in ähnlichen Stellungen.

g) 1. Die Wirkung, welche die Nichtbeschäftigung oder Beendigung der Beschäftigung auf Grund der strengen Anwendung des Gesetzes auf eine betroffene Stelle hat, darf vom Staatssekretär für Sonderaufgaben bei der Entscheidung jedes einzelnen Falles nicht berücksichtigt werden. — 2. Alle Zivilbehörden und die deutsche Zivilbevölkerung Württemberg-Baden müssen sich darüber klar sein, daß ab sofort das Gesetz zur politischen Befreiung beschleunigt durchgeführt wird und zwar unter Anwendung des strengsten Maßstabes, und daß man sich streng an die genauen Erfordernisse und Einschränkungen des Gesetzes zu halten hat.

Das Staatssekretariat für Sonderaufgaben macht in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam, daß nach dieser strengen Auslegung der Artikel 58—60 auch mit einer schärferen Handhabung der Strafvorschriften des Artikels 65 zu rechnen ist, als bisher vielfach angenommen wurde. gez. Kamm.

Das freie Wort

Herr Gemeinderat Hagenmeier aus Ubstadt Kreis Bruchsal, schreibt: „Ein Problem ist zur Zeit die Frage des Anbaues der Amerikaner-Rebe. Der Obstertrag ist mangels tragfähiger Bäume in unserer Gegend sehr gering. Somit fehlt in den meisten ländlichen Haushaltungen der Haustrunk. Meine Forderung ist die Freigabe der Anpflanzung von Amerikaner-Reben. Warum soll dem Arbeiter und dem kleinen Bauern der Anbau von etwa 30 Stöcken versagt werden? Diese Rebe braucht keinerlei Bearbeitung wie Spritzen und Schwefeln und ist eine der gesündesten Sorten überhaupt. Einwendungen wegen Reblausgefahr möchte ich ausschalten. Von Hunderten von ehemaligen Pflanzern konnte mir noch kein einziger Fall von Reblaus gezeigt noch bestätigt werden. Einwendungen, daß die erforderlichen Grundstücke dem Einbau von Hackfrüchten und Getreide entzogen würden, sind nichtig, denn heute noch sind viele ehemalige Weinberge als Brachland zu finden, da das Gelände für den Anbau von Hackfrüchten und Getreide ungeeignet ist.“

Adolf Ellenberger, Bibelheim Thomashof über Karlsruhe 2, Land, schreibt u. a.: Die Christenheit Deutschlands, ja der ganzen Welt würde es begrüßen, wenn die Kriegsverbrecher in Nürnberg auch wegen ihrer Stellung zum Christentum ein öffentliches Bekenntnis ablegten. Folgende Fragen wären zu beachten: 1. Haben Sie in Ihrer Jugend christlichen Unterricht gehabt? 2. Was ist Ihnen davon noch gegenwärtig? 3. Können Sie das apostolische Glaubensbekenntnis? 4. Die Schöpfung predigt Gottes Dasein, die Himmel rühmen des ewigen Ehre; glauben Sie an Gottes Existenz? 5. Haben Sie nie das Wort Christi gehört: Also hat Gott die Welt geliebt, daß er seinen einzigen Sohn gab, auf daß alle, die an ihn glauben, nicht verloren werden, sondern das ewige Leben haben? 6. Glauben Sie an ein Leben nach dem Tode? 7. Ein Missionar predigte den Heiden von der Auferstehung der Toten. Da sprang ein Häuptling auf und rief: „Das darf nicht sein, da kämen ja die von mir Gemordeten wieder!“ — Ob die Kriegsverbrecher geistlichen Zuspruch wollen oder nicht, ist eine Frage für sich. Aber ich wünschte, daß ein Geistlicher ähnliche Fragen an die Gefangenen richten dürfte und das Resultat könnte veröffentlicht werden.“

Weiteres vom Atombombenversuch

Bikini, 5. Juli (DANA). Die Atombombe in der Bikini-Lagune hat weit größere Schäden verursacht, als anfangs durch die Luftaufklärung festgestellt werden konnte, erklärte der amerikanische General Curt Lemay nach einer Besichtigung des Schlachtschiffes „Nevada“ und der Kreuzer „Pensacola“ und „Arkansas“. Alle diese Schiffe müßten mehrere Monate zur Reparatur in das Trockendock gehen. Das Hauptdeck des Schlachtschiffes „Nevada“ sei bis zu einem Meter tief eingedrückt gewesen. Die Schornsteine des Kreuzers „Pensacola“ waren vollkommen verbogen und verdreht und ihre Luckendeckel hatten sich so verzogen, daß sie aufgebrochen werden mußten.

90 Prozent von den Tieren, die sich an Bord der 73 Versuchsschiffe in der Bikini-Lagune befanden und die Atombomben-Explosion überlebt haben, zeigen, wie Wissenschaftler am Donnerstag bekannt gaben, bereits Symptome von Gesundheitsstörungen. Von den der Explosion ausgesetzten Tiergruppen, die sich aus 150 Schweinen, 150 Ziegen und 3000 Ratten zusammensetzten, wurden 10 Prozent sofort getötet.

Bikini, 5. Juli (AP). In dem Augenblick, als die Atombombe über der Lagune von Bikini explodierte, wäre die ganze Flotte von 73 Schiffen mit eine vollen Bemannung im Ernstfalle manövrierunfähig gewesen, erklärte am Donnerstag Kapitän Lyon, der an dem Versuch teilnahm. Die überlebenden Mannschaften wären durch die Wirkung der Explosion und der Radioaktivität nicht in der Lage gewesen, ihren Dienst durchzuführen. Der gewaltige Druck bei der Explosion der Atombombe habe, wie der wissenschaftliche Korrespondent der Associated Preß, Howard Blakeslee, nach einer Besichtigung der Schiffe berichtete, die Schiffskessel platzen lassen, so daß die Schiffe keine Fahrt mehr hätten aufnehmen können. Die Ergebnisse der radioaktiven Einwirkungen seien furchtbar, führte Blakeslee weiter aus. Das Schlachtschiff „Nevada“ emittiere immer noch gefährliche Strahlen, so daß es lebensgefährlich sei, längere Zeit dort an Bord zu bleiben.

Hitlers Befehl keine Entschuldigung

Fortsetzung von Seite 1

Die Statuten des Nürnberger internationalen Gerichtshofes setzten, wie Prof. Jahreis behauptet, zum Teil umwälzendes Recht. Die Angeklagten könnten sich auf den Standpunkt stellen, daß sie diese Rechtsordnung nicht gekannt und daher bei Begehen ihrer Taten ein Unrechtbewußtsein nicht gehabt hätten.

Prof. Jahreis beschäftigte sich mit der Rede des britischen Hauptanklägers, Sir Hartley Chawcross, der zur Begründung der Rechtssätze ausgeführt hat: „Das freie Kriegsführungsrecht der Staaten ist grundsätzlich durch den Briand-Kellog-Pakt beseitigt worden, der noch heute das unverändert geltende Kernstück der Weltfriedensordnung ist. Der danach verbotene Krieg ist strafbares Unrecht in und gegenüber der Staatsgemeinschaft und strafbar ist der Einzelne, der verantwortlich gehandelt hat.“

Demgegenüber stellte Prof. Jahreis die Auffassung, daß der Briand-Kellog-Pakt zwar den Krieg „als Hochverrat an der Völkerrechtsordnung ächtete“, daß dieses „System der kollektiven Sicherheit“, das durch ihn aufgerichtet werden sollte, jedoch schon vor Beginn des zweiten Weltkrieges völlig zusammengebrochen sei. Er wies auf den italienisch-abessinischen, den japanisch-mandschurischen und die beiden russisch-finnischen Kriege hin, in denen sich nach seiner Ansicht die Niederlage des Kriegsächtungsprinzips gezeigt habe.

„Die völlige Diskretierung des Völkerbundes und das Versagen des Briand-Kellog-Paktes im Abessinienkonflikt hat das klassische Völkerrecht wieder in seine alte Stellung eingesetzt. Das ist der innere Grund dafür, daß immer stärker und immer umfassender der Weg der speziellen Völkerrechtsregelung beschritten wurde: Es schlossen jeweils zwei Staaten Verträge mit dem Ziel der Sicherung des Friedens zwischen ihnen“. In seinen weiteren Ausführungen stellte Jahreis diesen Nichtangriffspakten die einseitigen Zusicherungen eines Staates, einen anderen Staat nicht anzugreifen, gleich und sagte:

„Auch das Deutsche Reich hat eine Reihe solcher Verträge geschlossen, die von der Anklage mehrmals herangezogen worden sind. Ob alle diese Verträge im kritischen Augenblick noch in Kraft waren, ist zu überprüfen. Wenn aber das Deutsche Reich im Einzelfall entgegen einem noch gültigen Nichtangriffspakt zum Angriff geschritten sein sollte, so hat es ein völkerrechtliches Delikt begangen und haftet dafür nach den Regeln des Völkerrechts“.

Ein revolutionärer Gedanke

Es hafte jedoch der Staat und nicht Einzelpersonen. Wohl seien die Staatsakte, die zu einem verbrecherischen Angriff führten, Handlungen von Menschen, diese seien jedoch Organe des Staates, der die Haftung für ihre Handlungen trage. Die Bestrafung Einzelner durch die Völkerrechtsgemeinschaft wegen Bruches des zwischenstaatlichen Friedens kann. somit nur angenommen werden, wenn die Grundlagen des geltenden Völkerrechts aufgegeben werden und das neue Recht eines Weltstaates geschaffen wird. Dieser Gedanke ist revolutionär. Vielleicht gehört ihm die Zukunft.

Der Völkerrechtler wandte sich dann der Bestimmung des Statuts zu, daß keiner der Angeklagten sich zu seiner Entschuldigung auf Befehle berufen könne, die ihm die Ausübung verbrecherischer Taten befohlen hätten. Diese Bestimmungen, so erklärte er, werden dem speziellen Charakter des nationalsozialistischen Staates als einen „Führerstaat“ nicht gerecht.

Hitler sei auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vom 24. März 1933 verfassungsmäßig zum Erlaß von Gesetzen und Befehlen ermächtigt gewesen. „Hitler wurde der oberste Setzer der Normen sowie auch der Einzelbefehle. Sein Befehl wurde zum zentralen Element des deutschen Staatsgefüges. Der eine oberste Wille wurde ganz einfach technisch unentbehrlich. Darum war der Befehl des Führers schon geraume Zeit vor diesem zweiten Weltkrieg gesetzt. Zur Nachprüfung der Rechtmäßigkeit waren die Organe des Staates nach Ansicht Prof. Jahreis weder verpflichtet noch berechtigt. Die Entscheidung über Krieg und Frieden habe bei Hitler allein gelegen und es könne keiner der ihm Untergebenen für den Ausbruch des Krieges rechtlich verantwortlich gemacht werden. „Wer sich daher“, schloß Jahreis, „zur Rechtfertigung seiner Tat auf einen Befehl des Führers beruft, der bestreitet die Behauptung, daß sein Verhalten rechtswidrig war.“ Denn der Befehl, den er befolgt habe, sei rechtlich unangreifbar gewesen.

„Die Kritik an der Rechtspflege des nationalsozialistischen Staates beruht im wesentlichen darauf, daß er den Grundsatz der Gewaltenteilung aufgegeben haben soll. Durch Voranstellung des politischen Führerprinzips griff er willkürlich in die richterlichen Zuständigkeiten ein.“ Mit Hilfe der Polizei setzte er ohne richterlichen Haftbefehl Leute fest, bloß aus Erwägungen politischer Vorbeugung, er nahm sogar Personen erneut fest, welche der Richter freigesprochen und freigelassen hatte. Andererseits entzog er überführte Straftäter wiederum aus politischen Gründen dem Zugriff der Justiz. Dadurch wurde die Sicherheit und Klarheit des Rechtes schwer gefährdet“.

Diese Verurteilung des „Dritten Reiches“ setzte Rechtsanwalt Dr. Otto Stahmer, der Verteidiger des Angeklagten Göring, in die Einleitung seines Plaidoyers vor dem internationalen Militärgericht in Nürnberg, das er am Donnerstag begann. Stahmer sagte, daß Göring bei seiner persönlichen Vernehmung bereits „über viele Fragen, die für seine Verteidigung von erheblicher Bedeutung sind“, ausgesagt habe.

In seinen Erörterungen über die Rechtsgrundlage des Prozesses stellte der Verteidiger das Prinzip „Nulla poena sine lege Prävia — keine Strafe ohne vorheriges Gesetz“ — dem Status des internationalen Militärgerichts gegenüber.

Nach einer ausführlichen Darstellung des Begriffes „Conspiracy“ (Verschwörung), dessen Definition von Dr. Exner als Universitätslehrer des Strafrechts zur Verfügung gestellt wurde, erklärte Dr. Stahmer: „Darum ist eine Verschwörung mit einem Diktator an der Spitze ein Widerspruch in sich selbst. Ein Diktator verschwört sich nicht mit seinen Gefolgsleuten, er schließt kein Uebereinkommen mit ihnen, er diktiert“. Aus diesem Grunde seien die Angeklagten und damit auch Göring zwar wegen der Teilnahme an individuellen Verbrechen verantwortlich, nicht aber seien sie Teilnehmer an einer „Verschwörung“.

Samstags keine öffentl. Sitzungen

Nürnberg, 5. Juli (DANA). Das Internationale Militärgericht teilte mit, daß ohne besondere Gründe an Samstagen bis auf weiteres keine öffentlichen Sitzungen mehr stattfinden.

Unklare Lage in China

Nanking, 5. Juli. (AP) Der chinesische Kommunistenführer Chou-En-Lai erklärte, die ungerechtfertigten Forderungen der chinesischen Regierung seien der Grund für das Scheitern der Bemühungen zur Reorganisation der chinesischen Armee. Die Regierung führe Friedensverhandlungen, und bereite sich in Wirklichkeit auf eine große Offensive vor.

Der Informationsminister der Zentralregierung teilte mit, daß die Regierung beschlossen habe, die Waffenruhe aufrechtzuerhalten, solange nicht die Kommunisten irgendwelche Angriffe unternehmen.

Während in Nanking die Friedensverhandlungen zwischen General Marshall, Generalissimus Tschiang-Kai-Schek und Chou-En-Lai weitergehen, wurden am Dienstag aus Peiping bereits neue Kämpfe zwischen Kommunisten und Regierungstruppen gemeldet.

McNarney nahm Parade ab

Frankfurt, 5. Juli. (DANA) Der amerikanische Oberbefehlshaber, General McNarney, nahm am Unabhängigkeitstag eine Parade von über 6000 Soldaten der amerikanischen Armee vor dem IG.-Farbengebäude ab. Gegen Ende des Vorbeimarsches überflogen Ketten amerikanischer Flugzeuge das Gebäude des Obersten Hauptquartiers. 48 Salutschüsse und die amerikanische Nationalhymne schlossen die Parade ab.

Berliner SPD-Vorsitzender zurückgetreten

Berlin, 5. Juli. (DANA) Einer der drei SPD-Vorsitzenden in Großberlin, Karl Germer jun., hat sein Amt als Vorsitzender und Mitglied des Parteivorstandes niedergelegt. Germer erklärte gleichzeitig, daß er nicht beabsichtige, sich um eine Wiederwahl zu bemühen. Das Berliner Büro der SPD teilte hierzu mit, daß gegen Germer ein Parteiverfahren schwebt, da ihm Verstöße gegen die Parteidisziplin zur Last gelegt werden.

Lauterbacher freigesprochen

Hannover, 5. Juli DANA). Hartmann Lauterbacher, ehemaliger Gauleiter und Oberpräsident von Südhannover-Braunschweig, wurde vom obersten britischen Militärgericht in Hannover von der Anklage freigesprochen, den Mordbefehl gegen die Schwerverbrecher des Zuchthauses Hameln gegeben zu haben. Lauterbacher wurde nicht aus der Haft entlassen. Der Verteidiger des Angeklagten, Dr. Grünkorn, hatte in seinem Schlußplädoyer den Freispruch seines Mandanten beantragt, da diesem die Erteilung des Befehls zur Tötung der Häftlinge des Zuchthauses Hameln nicht nachgewiesen werden konnte.

Kesselring vor der Sonderkammer

Nürnberg, 5. Juli. (DANA) Der ehemalige Generalfeldmarschall Albert von Kesselring wurde von der Sonderkammer des internat. Tribunals durch Dr. Hans Laternser, dem Verteidiger des Generalstabs und OKW, drei Stunden lang vernommen. Es folgte ein anderthalbstündiges Kreuzverhör durch den amerikanischen Anklagevertreter Dr. W. Kemoner. Anschließend begann die Vernehmung des Generalfeldmarschalls Fritz von Manstein.

Aus dem Gewerkschaftsleben

Die Unorganisierten

Wie der 1. Vorsitzende der Industriegewerkschaft Metall, Rettmann, in der Berliner Zeitung „Die freie Gewerkschaft“ schreibt, sprachen in einer Versammlung der Siemens-Werke zwei Diskussionsredner für eine Gruppe der „Unorganisierten“ und reichten eine besondere Kandidatenliste ein. Diese Tatsache wäre nicht besonders bemerkenswert, wenn nicht in den Ausführungen dieser betreffenden Diskussionsredner eine ganz neue Note festzustellen wäre. Sie erklären: Der FDGB ist in eine „radikale Politik“ abgeglitten und „wir hoffen auf die Entstehung neuer, unabhängiger Gewerkschaften und haben schon mit einer gemäßigten Gewerkschaftsgruppe verhandelt“. Des weiteren „lehnen wir solche Gewerkschaften, die vom Unfrieden zwischen Unternehmern und Arbeitern leben“, ab. Diese Ausführungen sind in ihrem Zusammenhang eine ernste Warnung. Die angestrengten Bemühungen der neuen freien Gewerkschaften auf dem Gebiet des Neuaufbaues der Betriebe, der Mitarbeit bei der Produktionsplanung, der Durchsetzung des Mitbestimmungsrechts in den Betrieben, der Kampf um die Beseitigung nazistischer und reaktionärer Elemente sowie die ernste Sorge um die Existenzbedingungen unserer Betriebsarbeiter und Angestellten werden hier als „radikale Politik“ bezeichnet.

Es ist verständlich, daß die neue Aufgabenstellung unserer Gewerkschaften tief in die bis zum Zusammenbruch vorhandene Beherrschung des gesamten Wirtschaftsapparates durch Konzern- und Monopolherren eingreifen und das volle Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte und Gewerkschaften ein Alpdruck bei den reaktionären, kapitalistischen Kreisen hervorrufen und unerwünscht ist. Aber diese „radikale Politik“ ist für die Arbeiterschaft und für die gesamte fortschrittliche Entwicklung eine Lebensnotwendigkeit.

Der Wunsch auf Entstehung „neuer, unabhängiger Gewerkschaften“ schließt in sich die Spaltung der bestehenden neuen freien Gewerkschaften, d. h. die Schwächung der wirksamsten Werkzeuge der Arbeiterschaft zur Durchführung und Sicherung ihrer Lebensinteressen und steht im Widerspruch mit der Stellung der Arbeiter und Angestellten zu ihren selbstgeschaffenen neuen, vom „Gefolgschaftsgeist und Führertum“ freien Gewerkschaften.

Aber der Ernst obiger Tendenzen liegt noch auf einem besonderen Gebiet. Man wünscht anscheinend eine zweite DAF.-Auflage, die die Interessen der Arbeiter und Unternehmer auf einen gemeinsamen Nenner bringen würde.

Unsere Gewerkschaftler würden das nie und nimmer dulden. Sie würden die Gewerkschaften gegen alle Versuche verteidigen, ihre Kräfte zu zerstören und die Arbeiterschaft hilflos den reaktionären Mächten auszuliefern.

Gewerkschaftszeitung für Hessen-Pfalz. Am 1. Mai erschien in Neustadt die erste Gewerkschaftszeitung in der französischen Zone, „Der Gewerkschaftler“, als Mitteilungsblatt der Gewerkschaften Hessen-Pfalz.

Stimme der Parteien

Zusammenarbeit

Im Karlsruher Stadtrat wurde von sozialdemokratischer Seite der Vorschlag gemacht, den regelmäßigen Stadtratssitzungen interfraktionelle Besprechungen vorausgehen zu lassen. Alle Parteien haben diesen Vorschlag gutgeheißen und ihre Vertreter bestimmt.

Es ist offenbar, daß die Ursache dieser sich anbahnenden neuen Form der Zusammenarbeit in den sich täglich mehr anhäufenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu suchen ist. Die Oeffentlichkeit wird bald feststellen können, ob eine gemeinsame Basis gefunden wurde, die es zum Beispiel ermöglicht, die Karlsruher Bevölkerung und insbesondere den am meisten gefährdeten großen Teil der schwer arbeitenden Schichten über die Gefahren des kommenden Hungerwinters hinwegzubringen, oder aber ob nach wie vor die Diktatur der Großhändler, der Schieber und Wucherer das Leben der Stadt beherrschen wird.

Die Schwierigkeiten der Versorgung mit Nahrung und Kleidung sind nicht unüberwindlich, wenn den neuen Formen der Aussprache auch neue Formen der Ausführung folgen, sind die Klippen zu überwinden. Die Ernährungs- und Wirtschaftsämter als wichtigste Selbstverwaltungsorgane dürfen nicht mehr länger nach oben Befehlsempfänger, nach unten Befehlsstellen sein, die die Versorgung der Bevölkerung zu lenken haben; sie müssen vielmehr zusammen mit den Gewerkschaften und den Betriebsräten unmittelbaren Einfluß auf die Produktion ausüben.

So ergänzt und verstärkt sind die Wirtschaftsämter befähigt, eine Kontrolle darüber zu haben, wohin die aus den angelieferten Rohstoffen hergestellten Waren geraten bezw. ob sie in die Hände von Schiebern fallen oder dem Konsum der bedürftigen Bevölkerung zugeführt werden. Wenn Arbeitsschuhe und Arbeitskleidung benötigt werden, dann dürfen aus wertvollen Rohstoffen keine Luxuswaren hergestellt werden, nur weil ein privater Unternehmer an diesen Waren mehr Profit herausholt, wie das zur Zeit geschieht. Ueberholte Rechtsbegriffe, wie eigenmächtige Verfügung auf Grund von Besitzverhältnissen, haben dabei auszuscheiden. Es ist Unternehmerterror, wenn in einer offiziösen Beratung über Preisbildung ein Gemüsegroßhändler sagen darf: „Wenn die verlangten Preise in Karlsruhe nicht bezahlt werden, wird die Ware einfach nach Frankfurt verfrachtet.“

In diesem Zusammenhang muß auf die große Bedeutung einer scharfen Verkehrskontrolle hingewiesen werden. Der reinen rücksichtslosen Profitgier wegen werden die verschiedensten Materialien, die dem Wiederaufbau der Städte dienen sollen, nächtlicherweise nach allen Richtungen hin verschoben. Die großen Transportfirmen müssen schärfstens überwacht werden; weiß doch jeder Kraftfahrer von Fahrten zu berichten, auf deren Konterbande dem schwarzen Markt zugeführt wird.

Auf all diesen Gebieten eröffnet sich gerade den beiden Arbeiterparteien ein dankbares Feld der Zusammenarbeit. Es ist viel wichtiger und auch verantwortungsvoller, in diesen lebensentscheidenden Fragen zu einem gemeinsamen Handeln zu kommen, als sich gegenseitig Dinge vorzuwerfen, die weder die politische noch die wirtschaftliche Seite des Gesamtkomplexes berühren. Die beiden Arbeiterparteien, deren Stimmenzuwachs im Lande eine Vertrauenskundgebung der Werktätigen war, müssen durch ihre Politik dieses Vertrauen rechtfertigen, indem sie einen schonungslosen Kampf gegen die Gefahren einer ansteigenden Verelendung führen.

Die parlamentarische Zusammenarbeit ist jedoch nur ein bescheidener Ausschnitt aus dem zu bewältigenden großen Aufgabenkreis. Der sozialdemokratische Parteivorstand in Karlsruhe hat den Vorschlag der KP in einer Aussprache über Möglichkeiten zukünftiger Zusammenarbeit einzutreten, immer noch nicht beantwortet. Statt dessen mußten wir während des Wahlkampfes von seiten behördlicher Spitzenvertreter der SPD wieder einmal — in Ermangelung sachlich politischer Argumente — die lächerlichsten Verleumdungen über uns ergehen lassen. Wir Kommunisten sind nicht zu beirren in unserer Ueberzeugung, daß neben der parlamentarischen und gewerkschaftlichen Zusammenarbeit eine parteipolitische ermöglicht werden muß. Gerade damit beweisen beide Parteien, daß es ihnen nicht um parteiegoistische Ziele, sondern nur um die Stärkung der gemeinsamen Kraft geht zum Wohle aller Schaffenden.

Kommunistische Partei, Kreisleitung Karlsruhe.

Zonenparteitag der Liberaldemokraten

Berlin, 5. Juli. (DANA) Ein Zonenparteitag der Liberaldemokratischen Partei findet vom 6. bis 9. Juli in Erfurt statt. Gäste aus anderen Zonen und Vertreter liberaler Parteien des Auslandes werden zu diesem Parteitag erwartet.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Gottfried Wilhelm Leibniz

Die Frage, ob unsere Zeit wohl ein „Universalgenie“ hervorzubringen in der Lage wäre, darf sicherlich verneint werden. Nicht daß die Menschheit in ihrer geistigen Potenz nachgelassen hätte, der Stand unserer heutigen Wissenschaft und die Fülle der Erkenntnisse sind jedoch so umfassend und erfordern sowohl zum Eindringen als auch zur Weiterentwicklung ihrer Teilgebiete eine derartige Wissensmasse, daß eine Vereinigung und eine daraus zu bewältigende universelle Schau fast unmöglich erscheinen.

Leibniz, geboren im Juli 1646 in Leipzig, wird mit Recht einer der universalsten Denker der abendländischen Menschheit genannt. Der frühreife Student, der mit 17 Jahren seine erste Schrift „Ueber das Prinzip des Individuums“ verfaßt, erhält von der Universität Altdorf als 20jähriger sein Doktordiplom, nachdem Leipzig ihn zuvor wegen seiner Jugend noch zurückgewiesen hatte.

Sein rastloses Leben, einem nie ruhenden Geist entspringend, das ihn nach Paris und London, nach Wien, Petersburg und Rom führt, bringt ihn mit den erlesensten Geistern seiner Zeit in Berührung. Seine durch schriftlichen Verkehr gepflogenen Beziehungen umspannten den ganzen europäischen Kulturkreis, ja über den Jesuitenorden gingen seine Briefe bis nach China. Leibnizens große bleibende Verdienste sind die von ihm gefundene Differential- und Integralrechnung, seine Studien zu einer vergleichenden Sprachwissenschaft, sowie sein stets erstrebtes Ziel, der Errichtung von wissenschaftlichen Akademien, welches mit der Gründung der „Sozietät der Wissenschaften“ in Berlin im Jahre 1700 seine Krönung fand.

Es ist um der kulturhistorischen Bedeutung willen zu bedauern, daß Leibniz kein geschlossenes philosophisches System hinterlassen hat. Die Vielseitigkeit seines Genies ließ ihn jedoch zu keiner zusammenfassenden Arbeit kommen. Seine universale Natur, sein scharfer Verstand und seine tiefe Frömmigkeit verhindern jegliche Festlegung. Wie ihm die Philosophie nicht reine Metaphysik ist, so weist er ihr keine alles beherrschende Stellung zu, indem er ihr die Mathematik als die Gesetzmäßigkeit und die mechanische Körperlichkeit als Erscheinungen eines gemeinsamen Seins zur Seite stellt. Die Philosophie wird ihm zur universalen Wissenschaft.

Seine Gedanken kreisen um die Fragen von der Uebereinstimmung des Glaubens mit der Vernunft (Theodizee — über die Güte Gottes, die Freiheit des Menschen und den Ursprung des Uebels), von der Vollkommenheit des Universums (prästabilierte Harmonie — Gott hat die beste aller möglichen Welten geschaffen) und die Einheit der Substanz (Monadenlehre — von der durchgängigen Einheitlichkeit des Seelischen von der niedrigsten Stufe des Lebens bis zum Menschen, zueinander und auf das Unendliche harmonisch abgestimmt). Er bejaht in allem den sichtbaren Willen Gottes, dem der Zweck zum Guten zugrunde liegt. Wie er in seiner Persönlichkeit alles Wissen seiner Zeit vereint, so sucht er in seinen philosophischen Beweisführungen auch die Gegensätze der alten (scholastischen) und der neuen Philosophie (Descartes) zu vereinen bzw. auszusöhnen.

Leibniz ist Dialektiker von idealistischer Grundhaltung. Im Kleinsten spiegelt sich die Harmonie des Universums, die Gegenwart trägt die Keime der Zukunft und die Reste der Vergangenheit in sich. Materie ist ihm ohne Bewegung nicht denkbar (ein Körper kann nicht ohne Bewegung, die Substanz nicht ohne Tätigkeit sein). Ja, seine Beweisführungen entbehren nicht eines gewissen Widerspruches in sich: Während einerseits zur Begründung und Beweisführung vom vernunftmäßigen Wirken Gottes mathematische Beweise herangezogen werden, wo es gilt, seine Thesen zu verteidigen, ist es ihm andererseits eine Selbstverständlichkeit, ein apriorisch Gegebenes zu setzen, weil Gott nur so und nicht anders es gewollt haben kann. So sagt er in einleitenden Abhandlungen zur Theodizee: „Nun aber gibt es zwei Arten von Vernunftwahrheiten; die einen sind die sogenannten ewigen Wahrheiten, die absolute Notwendigkeit haben, so zwar, daß das Gegenteil einen Widerspruch enthält; derart sind die Wahrheiten, deren Notwendigkeit logisch, metaphysisch oder geometrisch ist, die man nicht leugnen kann, ohne zu Absurditäten zu kommen. Die anderen kann man positive Wahrheiten nennen, weil es Gott gefiel, sie der Natur als Gesetze zu geben, oder weil sie von diesen Gesetzen abhängen. Wir lernen sie kennen entweder durch Erfahrung, d. h. a posteriori, oder durch die Vernunft, a priori, d. h. durch die Erwägung ihrer Angemessenheit, die zu ihrer Wahl geführt hat. Diese Angemessenheit hat auch ihre Regeln und Gründe, aber es ist die freie Wahl Gottes und nicht eine geometrische Notwendigkeit, die das Angemessene bevorzugt und zur Existenz bringt.“

Leibniz vereinigt in sich den Theoretiker und Praktiker: In seiner Denkschrift an den Kurfürsten Johann Philipp von Mainz, die vermutlich aus dem Jahre 1671 stammt, „Grundriß eines Bedenkens“, gehen seine Vorschläge und Projekte von der Gründung von Akademien der Wissenschaften über Errichtung von Handelsunternehmungen und Handwerksstuben bis zu einer Art allgemeiner Wehrpflicht und Einrichtung von Werk- und Zuchthäusern, um „die Müßiggänger und Uebeltäter in Arbeit zu stellen“ (ein Projekt, das in den zu Beginn des 19. Jahrhunderts in England und Holland eingeführten Arbeitshäusern der schamlosesten Ausbeutung und Sklaverei eine von ihm kaum geahnte Verwirklichung fand).

Im zweitletzten Jahr des verheerenden 30jährigen Krieges geboren, wächst Leibniz hinein in die Zeit des schrankenlosesten Absolutismus; Ludwig der XIV. prägt mit seiner Devise „l'etat c'est moi —

(ich bin der Staat)“ mit seinem blendenden Hof und seiner skrupellosen Schar schmarotzender Höflinge Europa seinen Stempel auf. So wird Leibniz, dessen Leben sich vorwiegend an deutschen Höfen und im Dienste deutscher Fürsten abspielt, dort, wo er politisch zu sein versucht, zum Theoretiker des politischen Bewußtseins der Herrschenden. Ist sein Vorschlag, den Menschen niedrigen Standes kleine, angemessen ausgewählte Teile des großen Wissens zu vermitteln, gemessen an damals herrschenden Auffassungen ein bedeutender Fortschritt, so weist er dennoch an anderer Stelle in „Grundriß eines Bedenkens“ dem einfachen Volke eine untergeordnete Rolle zu: „. . . daß alle diejenigen, welche die etwas sparsamere Natur, um die Welt bunt zu schattieren, mit einem geringeren Grad des Verstandes und Macht begabt, daß sie nur andrer mechanische Werkzeuge sein müssen, gnug tun, wenn sie sich als instrumenta der Ehre Gottes, und welches eins ist, des gemeinen Nutzens, und Ernährung, Erleichterung, Kommodität, Unterweisung, und Erleuchtung ihres Nebenmenschen, ja Entdekkung, Durchsuchung, und Verbesserung der Kreaturen, nach Vorschrift der Mächtigeren und Weiseren, brauchen lassen: ihrem Gewissen gnug tun.“

Denen jedoch, die mit Verstand, aber ohne Macht ausgestattet sind, gebietet er, sich jeglicher Auflehnung gegen die herrschende Gewalt zu enthalten: „Hingegen gebühret verachteten obwohl verständigen Ratgebern über das Ratgeben hinaus nicht zu tentieren, sondern zu gedenken, daß Gott das gute Vorhaben einer bessern Zeit vorbehalten, und deswegen aus seinem verborgenen Rat ihnen keine dem Verstand gleiche Macht gegeben, daher sie auch keinesweges solche zu erlangen auf verbotene, den Staat turbierende machinationes, Wort und Taten, um auch gute consilia auszuführen, sich legen sollen.“ Die Herrschenden aber, „welchen Gott zugleich Verstand und Macht in hohem Grade gegeben, dies sind die Helden, so Gott zu Ausführung seines Willens, als principaleste instrumenta geschaffen, deren unschätzbares Talent aber, so es vergraben wird, ihnen schwer gnug wird fallen. Das Verderben, und gerade das Faulwerden des Besten infolge allzugroßer Schlaffheit, ist das schlimmste. Es ist ein wichtiger Punkt, daran die Seligkeit und endliche Rechenschaft hanget, seinen Verstand und Macht recht zu Gottes Ehre brauchen.“

Somit ist Leibniz ein Mensch seiner Zeit und ihr dennoch weit voraus. Auch sein umfassender Geist müßte sich heute in die Teilung einordnen. Der Teilung unserer materiellen Produktion entspricht eine ebensolche Teilung des geistigen Schaffens. Aus ihrem harmonisierenden Gegensatz, der gemeinsamen Leistung, muß das neue Bild der Welt und des Lebens in ihr geformt werden.

Willy Boepple.

E. Th. A. Hoffmann

Am 25. Juni 1822 starb im 46. Lebensjahr an Rückenmarksschwindsucht einer der absonderlichsten Dichter der jüngeren Romantik, Ernst Theodor Wilhelm Hoffmann (den Namen Amadeus legte er sich später aus Verehrung für Mozart zu). Eine besondere Seite der Romantik bewegt sich in Richtung auf das Geheimnisvolle, Mystische und Wunderbare in der Natur. Besonders werden die „Nachtzustände“ der Seele wie Ahnungen, Traum, Halluzinationen und Irrsinn untersucht. Dazu kommt noch der widerstandslose Glaube an die sogenannte „dritte Welt“, die Welt der Gespenster und Geister. Und besonders diese Welt ist es, mit der sich Hoffmann beschäftigt, der zwar äußerlich betrachtet nur wenig mit der Romantik verknüpft, aber trotzdem durch und durch Romantiker ist.

So absonderlich und eigenartig seine Schriften sind, verlief auch das Leben Hoffmanns. Am 24. Januar 1776 in Königsberg geboren, war er ein frühreifer, begabter und kluger Mensch, allerdings ohne große Fähigkeit zur inneren Sammlung, dilettantisch im Leben wie in der Kunst. Hätte er sich nicht mit der Malerei, der Musik und der Poesie gleichzeitig beschäftigt, wozu noch sein Hauptberuf als Jurist kam, wäre vielleicht zu erwarten gewesen, daß er auf einem dieser Gebiete ein wirklich Großer geworden wäre. Allerdings verleiteten ihn sein hitziges Blut und seine rege Phantasie, seinen Launen allzu sehr die Zügel schießen zu lassen. Erstaunlich ist die Lebenskraft Hoffmanns, die auch durch die widrigsten Umstände, die er durch seine Unbeherrschtheit oft selbst heraufbeschwor, nicht gebrochen werden konnte. So war er zuerst Referendar in Glogau und Berlin, dann Musikdirektor in Bamberg, Leipzig und Dresden, um schließlich nach den Befreiungskriegen als Kammergerichtsrat in den preußischen Staatsdienst aufgenommen zu werden. Während dieser Zeit hatte er Verbindung mit Brentano, Fouqué und Chamisso. Sein vertrautester Freund war der geistvolle Schauspieler Ludwig Devrient. Hoffmanns Neigung zur Absonderlichkeit äußerste sich in dem ungeordneten Leben, das er führte. Die Nacht zum Tage machend, zerrüttete er seine Gesundheit. Das Werk, das Hoffmann vielleicht am besten charakterisiert: „Phantasiestücke in Callots Manier“. Der Kupferstecher Callot zog Hoffmann besonders durch seine phantastisch-humoristisch grotesken Zeichnungen an. Die Mischung von Spott und greller Realistik zeigt sich mehr oder weniger in allen Dichtungen Hoffmanns.

Die Neigung Hoffmanns, hinter allem Wirklichen das Unwirkliche zu sehen, ging sogar so weit, daß er selbst an seine Phantasien glaubte und wiederholt fürchtete, selbst wahnsinnig zu werden.

Hoffmann sagte von sich selbst einmal, die Natur habe bei seiner Organisation ein neues Rezept versucht, und der Versuch sei mißlungen, indem seinem überreizbaren Gemüt, seiner bis zur zerstörenden Flamme aufglühenden Phantasie zu wenig Phlegma beigemischt und so das Gleichgewicht zerstört worden sei, das dem Künstler durchaus nötig sei, um mit der Welt zu leben und ihr Werke zu schenken.

Ng.

„. . da steht ein Lindenbaum“

Ob ich den beiden unbeschwerten Menschenkindern folgen mußte, die im hellen Sonnenschein Arm in Arm auf der von weißem Trümmerstaub bedeckten Straße vor mir herschlenderten, oder ob mich der Duft zog, dieser süße, betäubende, traumwelterweckende Duft der gelben Lindenblüten, ich weiß es nicht. Nur das weiß ich noch, daß ich plötzlich unter dem schützenden Blätterdach eines Baumes im Schloßgarten stand, einen Zweig voller hellgrüner Herzblätter und langgestielter gelber Blütenstaubquästchen herunterzog und meine Nase hineinsteckte. Sekundenlang nur, als ich mit geschlossenen Augen so dastand, zogen Erinnerungen und Ahnungen an schmerzliche und glückliche Stunden und immer ein klein wenig mehr Schmerz als Glück durch mein Herz.

„Ich weiß nicht, was es ist“, hörte ich das junge Mädchen zum jungen Manne sagen, „wenn man Linden riecht, wird man melancholisch“. Bei dem hellen Lachen, das nun folgte, schreckte ich empor. „Mir scheint's, Sie sind es schon, mein Fräulein“, meinte der junge Mann und setzte sehr selbstbewußt hinzu: „Mädchengefühle!“

„Ach, die vielen Bienen“, jauchzte ein Kind. „Das gibt Lindenblütenhonig, gut für den Katarrh“, prosaierte die dazugehörige Mutter. Ein Alter aber schaute, indem er sich auf eine sonnige Bank dem Baume gegenübersetzte, an ihm empor und murmelte: „Unsterblich duften die Linden . . .“ Er schien mir weiser als alle anderen.

„Ich weiß nicht, was es ist . . .“, mir klangen die Worte des jungen Mädchens noch nach, als ich etwas traumbefangen weiterging.

Ich weiß nicht, was es ist! Immer dann, wenn wir klugen, „vernünftigen“ Menschen von der Natur erschüttert werden, wenn sie in ihrer Einfachheit alles über den Haufen wirft, was sich Menschen erklügelten, wenn das, was wir nicht wissen, Wirklichkeit in uns wird, und das, was wir wissen, zusammenfällt, wie ein Kartenhaus, dann spüren wir plötzlich etwas von dem Urquell, dem wir entsprungen sind, der durch uns hindurchfließt: durch die Natur, die wir anschauen, und unser Herz.

Was ist es denn, was von diesen Lindenblüten her den Menschen anrührt, von diesen Blüten, die nur duften, nur im Windhauch leise sich bewegen, aber nicht reden, wie ein Mensch? Was ist es denn, was ihn plötzlich aus der Fassung bringt, wenn ein Vogellied durch den Park zittert und ein Sonnenstrahl glitzernde Märchenbilder auf die kleinen, modrigen Teiche hinzaubert? Vielleicht dieses, daß das, was er bei sich so hochtrabend Geist nennt, so einfach, so klar, so rein und unverhüllt sich offenbaren kann? Daß der Geist in ihm, überall auch um ihn herum ist, nur erlösender, befreiender, schöner und sauberer, weil er in der Natur — nicht durch menschlichen Verstand erdrückt — nicht seines Gottesebenbildes beraubt wurde? Ja, vielleicht ist es das, was den Menschen aus der Fassung bringt: er erkennt plötzlich, daß alle Rätsel, die sein Inneres quälen, ausgebreitet vor ihm als Antwort liegen, wenn er nur die Beseelung alles Lebenden, die Ewigkeit auch in allem Toten, das verwandeltes Leben ist, erkennt.

Mir schien, der Lindenbaum hatte das Seine getan, denn als ich am späten Abend noch einmal von Sehnsucht gepackt zu ihm zurückkehrte, da lösten sich aus seinem Schatten zwei Gestalten, die sich recht lieb zu haben schienen. Ich erkannte sie nicht, aber ich mußte an das junge Paar vom Nachmittag denken. Wenn es derselbe junge Mann war, der zum gleichen jungen Mädchen sprach, so mußte er seinem Vorsatz untreu geworden sein, denn er flüsterte: „Was ist das nur mit den Linden? Berauschend der Duft, und alles lebt heute Abend. Deine und meine Stimme, scheint mir, sie singen mit in einem großen Chor.“

Alles andere erstarb in einem weichen, zärtlichen „Du“. Da wandte ich mich diskret um und ließ die beiden Menschen in ihrer seligsten, „einfachsten“ Stunde allein.

Süß und schwer legte sich die vom Blütenduft erfüllte Nachtluft um meine Stirn, und mich überkam das zwiespältige Gefühl von Frohsinn und Traurigkeit, welches das Kinderherz früher immer beim Singen jenes Liedes erfülllt hatte, das den Lindenbaum sprichwörtlich in das Herz des Volkes pflanzte: „Am Brunnen vor dem Tore, da steht ein Lindenbaum . . .“

G. W.

Falsche und richtige Geopolitik / Haushofers „Apologie der deutschen Geopolitik“ und die Stellungnahme des Vizepräsidenten der Georgetown-Universität, Dr. Edmund A. Walsh

„Alles, was nach 1933 von mir geschrieben und gedruckt wurde, stand unter Druck von seiten der Nazis und muß dementsprechend beurteilt werden“, erklärte Prof. Dr. Karl Haushofer in dem Rechtfertigungsversuch seiner wissenschaftlichen Lehren, den er vor seinem Selbstmord schrieb. Diese Arbeit, die er eine „Apologie der deutschen Geopolitik“ nannte, wurde vor dem forum academicum in Frankfurt erstmalig der Oeffentlichkeit vom Vizepräsidenten der Georgetown-Universität in Washington und derzeitigen Berater des amerikanischen Hauptanklägers Jackson in Nürnberg, Dr. Edmund A. Walsh, bekanntgegeben. Dr. Walsh nahm zu diesem Rechtfertigungsversuch selbst in seinem Vortrag über „Falsche und richtige Geopolitik“ ausführlich Stellung.

Haushofer bezeichnet sich am Beginn seiner Arbeit als den Hauptvertreter der Geopolitik in ihrer deutschen Erscheinungsform und erklärt, daß die Genesis der deutschen Geopolitik gleichzeitig ihre Apologie sei, weil sie — als öffentliche Hochschullehre 1919 entstanden — eine Geburt der Not sei. Das mache sich besonders bei dreien der Fragekreise geltend, in die die wesentlichsten Erkenntnisse der deutschen Geopolitik gruppiert werden: die des Lebensraumes, die der Grenzen und die des Gegensatzes ozeanischer und kontinentaler Geopolitik.

Haushofer gibt zu, daß sich in den Zeiten der politischen Hochspannung die Grenze zwischen reiner und angewandter Wissenschaft in seiner Lehre verwischt hat und daß ihm gelegentliche „Ueberschreitungen“ mit unterlaufen sind. Aus der Jahresreihe von 1919 bis 1933 könne er jedoch zahlreiche Vorlesungen vorzeigen, die z. B. mit der an der Georgetown-Universität gelehrten Geopolitik übereinstimmen und unter den für die Zeit von 1922 bis 1933 kennzeichnenden Staatsmännern seien viele, wie z. B. Stresemann, Seipel, Masaryk und Briand, gewesen, die durchaus Verständnis für seine Lehre gehabt hätten.

Wie sich der Druck der Nazis schließlich ausgewirkt habe, bewiesen fast drei Jahre Gefängnis oder Aufenthaltsbeschränkung seiner Familie, seine eigene Einsperrung im KZ Dachau, die Ermordung seines ältesten Sohnes am 23. April 1945 durch die Gestapo, die scharfe Einschränkung und dann die Einstellung der „Zeitschrift für Geopolitik“.

Haushofer erklärt in seiner „Apologie“, daß im Dritten Reich der herrschenden Partei jedes Verständnis für seine geopolitischen Lehren gefehlt habe, so daß sie sich nur mißverstandener Schlagworte aus ihnen bediente, die sie selbst aber nicht verstand. Haushofer behauptet, daß weder durch seine Schriften noch durch seine Vorträge imperialistische Eroberungspläne begünstigt worden wären und niemals Annexionen von volksfremden Gebieten von ihm gutgeheißen worden seien.

Seine Vorliebe für Japan stamme aus einer zweijährigen Vertrautheit mit Land und Volk, bezöge sich aber nur auf kulturgeographische Interessen. Die unsympathischen Erscheinungen Neu-Japans will er fast gar nicht kennengelernt haben. So sei ihm nicht bewußt, etwas getan zu haben, um das Feuer im Pazifik zu schüren.

Haushofer erklärt abschließend, daß er sich am Beginn seines Auftretens zum Ziele gesetzt habe, das „geographische Gewissen des Staates“ zu sein und daß die Geopolitik dem Sinn ihres Namens nach das „Sakrale der Erde“, die Heiligkeit des tragenden Bodens der Menschheit in der politischen Kunst ihrer Führung wieder zur gebührenden Ehre bringen wollte.

Der Vizepräsident der Georgetown-Universität in Washington, Dr. Edmund A. Walsh, nahm ausführlich zu den Erklärungen Haushofers in seiner Apologie Stellung und stellte fest, daß Haushofers Verschmelzung von Geographie mit Staatswissenschaft in ein System für die Führung internationaler Beziehungen zu einem bedeutenden ideologischen Werkzeug für die Führer des Nationalsozialismus geworden wäre. Die Grundsätze für die praktischen Schlußfolgerungen dieses Systems hätten in dem Parteiprogramm der NSDAP eine bedeutende Rolle gespielt und wären nach der Machtergreifung zur Staatspolitik geworden.

Walsh wandte sich auf das schärfste gegen die Behauptung Haushofers, daß seine Gedankengänge durch Hitler völlig verdreht und mißbraucht worden seien, gegen die Wünsche und Absichten ihres Urhebers. Wenn auch eine ausgesprochene Aenderung in den Beziehungen Haushofers zu hochgestellten Nazis nach dem Jahre 1938 erfolgt sei, so habe Haushofer doch lange Zeit die Verwendung seiner Lehren gutgeheißen, die von den Nazis erfolgte. Haushofer selber habe geschrieben, daß „kleine Staaten tatsächlich keine Daseinsberechtigung haben“.

Gleichermaßen entspräche die Erklärung nicht der vollen Wahrheit, daß Haushofers Lob für die Angriffslust Japans lediglich als Zustimmung zu dessen kulturellen Bestrebungen gemeint wäre. Haushofers Bewunderung für Japan hätte durchaus kriegerische Gesichtspunkte gehabt, da er hoffte, daß Japan ein Strafgericht entwickeln würde, das von den wirtschaftlichen und politischen Feinden gefühlt werden müsse. Es ist in höchstem Maß bezeichnend, daß es gerade Haushofers Haus in der Kolbergstraße 18 gewesen sei, in dem in Vorkriegstagen Zusammenkünfte von hohen Nazibeamten und wichtigen japanischen Staatsmännern und Admiralen abgehalten worden wären.

Haushofers Stellung zu Adolf Hitler geht am besten aus seiner Zeitschrift 1936, Seite 247, hervor, in der er das deutsche Volk ermahnt, nicht engherzig zu sein, sondern in den weiten Begriffen großer Räume in Erdteilen und Meeren zu denken. „Richtet Euren Kurs nach dem Eures Führers aus“, heißt es wörtlich in diesem Artikel, in dem Haushofer an anderer Stelle Hitler als den „gottgesandten Führer“ beschreibt. Haushofer habe ferner in seinem Buch „Wehr-Geopolitik“, veröffentlicht nach Kriegsbeginn, tatsächlich eine Lobrede auf die Taktik und Ziele der Naziwehrmacht gehalten.

Walsh erklärte zum Schluß seiner Ausführungen, daß die üblen Folgen einer falschen Geopolitik uns nicht gegen die guten Kräfte, die in einer echten Geopolitik liegen, blind machen dürfen. Gerade Deutschland besäße in Alexander von Humboldt eine ausgezeichnete Tradition echter geographischer Forschung. Humboldt hätte die Ergebnisse seiner umfassenden wissenschaftlichen Forschungsarbeit niemals für die Zwecke politischer Aggression oder für machtpolitische Ziele mißbraucht. Es wäre die Todsünde Karl Haushofers und die Tragik seines geistigen Lebens gewesen, daß er nicht Humboldt, sondern Machiavelli zum sittlichen Vorbild seiner geographischen Wissenschaft gemacht hätte.

Auf der Grundlage gesunder Tatsachenkenntnis müßten die Nationen der Welt zu einer gerechten und billigen Lösung der Grenzprobleme und einer menschenwürdigen Verteilung der Früchte dieser Erde gelangen. Gegenseitige Achtung, gegenseitiges Verständnis und gegenseitiger Meinungsaustausch müßten die Beziehungen beherrschen, oder Haß und Verdacht und unentrinnbare Zerstörung unserer Kultur werde unser Schicksal sein. (DANA)

Heinrich Kaminski †

Kurz vor Vollendung seines 60. Geburtstages, den er am 4. Juli hätte feiern können, starb Heinrich Kaminski, der in der letzten Zeit wieder mehr in den Vordergrund getretene badische Komponist. Der Kompositionsstil Kaminskis bewegte sich ausschließlich in polyphonen Bahnen, wie ja die moderne Musik stark nach dem Barokstil tendiert. Seine zum Teil problematische Art hat bis jetzt noch nicht die Beachtung gefunden, die ihr gebührt. Von seinem Schaffen ist die Oper „Jürg Jenatsch“ und seine Chor- und Instrumentalmusik bis jetzt nur einem kleinen Kreis von Hörern bekannt, zumal seine Musik anspruchsvoll genug ist, um mehr als nur gefällige Melodie zu sein.

Ng.

Zwischen Chur und Wallenstadt . . . heimwärts wandert ein Soldat

Expressionismus im Rokokorahmen

Die zielbewußte Leitung der Schwetzinger Festspiele hat mit Geschick und Geschmack für das in den Rahmen Passende neben klassischer Musik auch modernste Tonkunst zu Wort kommen lassen. Was für die übrige Kulturwelt schon ein fest ausgeprägter Begriff ist, wurde für uns wieder zum Experiment. Daß es nicht lange gewagtes Experiment bleibt, beweist die begeisterte Aufnahme der Mannheimer Aufführung von der Strawinsky'schen Soldatengeschichte in Schwetzingen.

Ueberall, wo sich in der Musikgeschichte ein neuer Stil durchsetzt, steht am Anfang der Triumph einer reinen Idee. Eine Grenze ist überflutet, eine Mauer ist niedergerissen und alte Bindungen haben sich gelöst. Elementar strömen durch die Breschen neue, lebendige Energien ein. So bei Stamitz am Anfang der neueren Instrumentalmusik, bei Beethoven mit seinen überschäumenden Klangbrechungen und Schuberts frohem Liederstrom. Die Auflösung des überfeinerten Impressionismus bedingte die Geburt eines kraftstrotzenden Expressionismus. Das ist die Absage an eine dekadente, überspitzte Individualität; an die Stelle von müder Verneinung tritt brutale Bejahung der reinen Kraft. Diese Musik ist im wahrsten Sinne international, weil deutsches Musikantentum, französisches Klangempfinden, russische Rhythmik, ungarische und italienische Volksliedmelodie zu ihren Komponenten gehören. Die Jahre allerdings, in denen der Komponist es wagen durfte, einem für alles Neue wahllos begeisterten Publikum unfertige Skizzen und undurchsichtige Visionen vorzulegen, sind bei den übrigen Kulturvölkern vorbei. Alles ist gewachsen, ist zu etwas Beständigem, etwas fest Geformtem geworden. Wir müssen allerdings von 1933 ab wieder anfangen. Damals war die 1918 uraufgeführte „Geschichte vom Soldaten“ für uns schon zum Begriff geworden. Dieses Jahrmarktspiel mit einfacher Handlung, holzgeschnitzten Versen und dicker Moral war und ist immer noch eine der besten Definitionen des Expressionismus als einer Rückkehr zur Primitivität. Echte Ursprünglichkeit ist kultisch, ist religiös, der Höchstgrad der Einfachheit bedeutet zugleich die Ueberwindung des Stofflichen. Ist dieser Höchstgrad erreicht, und das ist ja das letzte Ziel des modernen Künstlers, so herrscht wieder die natürliche Verbindung zwischen schöpferischer Individualität und der breiten Masse des Volkes, für welches er letzten Endes schafft und dessen Repräsentant er ist. Gerade diese Zusammenhänge treten bei Strawinsky's Geschichte des Soldaten besonders zutage. Die Quellen, aus denen seine Musik entspringt, brechen aus der Tiefe des Volkstums auf.

Kein Zufall ist es auch, daß die Handlung eine Erneuerung des alten Puppenspiels vom Dr. Faust ist. Es liegt im Wesen unserer Zeit, daß der Musiker sich dieses Stoffes bemächtigt. Das äußere Geschehen spielt sich auf einer kleinen, stilisierten Bühne ab. Davor der Sprecher, welcher alle erzählenden Teile des Stückes rezitiert, daneben die wenigen Instrumente des Orchesters. Die Musik besteht aus einer Folge kleiner, in sich geschlossener Stücke, die suitenhaft aneinandergereiht sind. Es ist unwahrscheinlich, wieviel Klangwirkungen und Stimmungseffekte aus den sieben Instrumenten herausgeholt werden, aber im Programm steht, daß die Musik dann in die Handlung eingreift, wenn sich Gelegenheit bietet, die Empfindungen und Zustände der Handelnden eindringlich widerzuspiegeln. Nun besteht eine gewisse Diskrepanz zwischen Hörer und Komponist insofern, als sich der Hörer fragt, warum der Komponist gerade an der oder einer anderen Stelle die Handlung musikalisch untermalt. Um diese Art des Musizierens zu verstehen, wozu noch die anfangs erwähnte vitale Kraft und Motorik in der Gesamtauffassung kommt, müssen wir die Kluft von 12 Jahren erst überbrücken. Daß uns dies nicht schwer fallen wird, zeigte die begeisterte Aufnahme des Werkes in Schwetzingen.

Die Mannheimer Aufführung als Gesamtes betrachtet, verdiente diese rückhaltlose Anerkennung mit gutem Recht. Für die musikalische Leitung zeichnete Joachim Popelka verantwortlich. Wie er die schwierige Partitur par excelence dirigierte und was er herausholte, zeugt von einem wahrhaft großen Musikantentum. Schon in dem Motiv des Marsches spürt man das Schreiten des Soldaten, dieses geheimnisvolle Unentrinnbare, das diesen Menschen begleitet, auf den an der nächsten Wegkreuzung der Teufel wartet. Das kleine Orchester folgte dem Dirigenten mit ausgezeichneter Technik in jeder Phase der Partitur.

Max Heinrich Fischer hat bei seiner Inszenierung bewußt auf jede Ueberfeinerung verzichtet und ganz konform mit der Musik gearbeitet. Tempogeladen, ganz im mittelalterlichen Rüpelspiel-Stil, manchmal beinahe derbledern und trotzdem, oder gerade deshalb höchstes Raffinement. Unterstützt wurde der Spielleiter in seinen Bestrebungen von dem Bühnenbildner Heinz Daniel, der durch die betonte Einfachheit seiner Bilder sehr gute Wirkung erzielte. Die Choreographie besorgte Gaby Loibl. Auch bei ihr war ein sicheres Stilempfinden deutlich merkbar. Der Höhepunkt ihrer Arbeit war der Tanz der Prinzessin, wo sie es äußerst geschickt verstanden hatte, bis an die letztmöglichen Grenzen zu gehen, ohne auch nur im geringsten geschmacklos oder vulgär zu werden. Den Vorleser „spielte“ Robert Kleinert mit überlegenem Können und großer Hingabe. Man hat bei ihm nicht das Gefühl, einen routinierten Schauspieler vor sich zu haben, sondern er versetzt den Betrachter tatsächlich in die Illusion, den Vorleser vor sich zu haben. Herbert Doberauers Soldat war eine gute Leistung, nur muß er auch bei schnellem Sprechen darauf achten, daß die einzelnen Worte nicht zu sehr im Wirbel untergehen. Ludwig Egenlauf als Teufel, eine im tänzerischen wie im sprachlichen ausgezeichnete Leistung. Die Prinzessin tanzte Herta Bolle mit dem Können einer ausgezeichneten Tänzerin, sehr gut ihre scharf nuancierende Art bei der Herausarbeitung der verschiedenen Gefühlsmomente des großen Tanzes um den Soldaten.

Am Schluß ein überraschend starker Beifall eines von dem Stück sichtlich beeindruckten Publikums.

Wenn schon für den Karlsruher die bedauerliche Zwangslage besteht, nach Schwetzingen fahren zu müssen, um an einer Aufführung moderner Musik teilhaben zu können, so bleibt doch die Frage offen, warum Karlsruhe bisher (mit Ausnahme eines nachträglichen Symphonie-Konzertes) nicht zur Mitgestaltung der Festspiele herangezogen wurde?

Ng.

Menschlichkeit

Unter diesem Motto hatte der „Deutsche Kulturbund“, Stuttgart, zu einer öffentlichen Veranstaltung im Festsaal des Furtbachhauses eingeladen.

Dr. Karl Ackermann, Lizenzträger der „Stuttgarter Zeitung“, ergriff als erster das Wort zu seinem Vortrag über das Thema „Der Fetisch unserer Zeit“. An die Spitze seiner Ausführungen stellte er die Behauptung, daß wir auch vor 1933 keine Demokratie gehabt, sondern daß schon damals die entscheidenden Kräfte hinter den parlamentarischen Kulissen gewirkt hätten und das gesellschaftliche Leben aufgebaut gewesen sei auf dem Befehl der Wenigen und auf dem Gehorsam der Vielen. Heute sehen wir uns nun der Gefahr gegenüber, daß abermals die Besten in die Resignation fliehen, daß wir wiederum der Erstarrung in einer bloß formalen Demokratie verfallen und wiederum endigen in radikaler Skepsis und im Zynismus. Diese Gefahren können nach Dr. Ackermann nur gebannt werden auf dem Wege über die nationale Einheit des deutschen Volkes. Den Einwand „warum nicht International, Paneuropa, warum nicht radikaler Neuanfang?“ beantwortet er mit dem Hinweis darauf, daß man nicht zu großer Einheit gelangen könne durch Zertrümmerung der kleineren. Die Frage der Nation für Deutschland verneinen, hieße mittelalterliche Zustände wieder heraufführen. Die Geburt etwa der englischen oder der französischen Nation sei das Ergebnis einer Revolution, während man in Deutschland nach 1848 das Werk der Einigung den Junkern von Stahl und Korn überließ, und so die deutsche Nation auf die Niederschlagung der Revolution gegründet, und der nationale Gedanke zu einem Werkzeug dynastischer und reaktionärer Bestrebungen wurde. In seiner Frühzeit war aber auch bei uns der nationale Gedanke mit der freiheitlich-demokratischen Bewegung eng verbunden.

Die Nation als Fetisch widerspricht allen anderen Nationen und wird zum Feind der Menschlichkeit. Die Nation als lebendiger Geist ist Träger der Mission des Jahrhunderts, die da lautet: Friede, Völkerzusammenarbeit.

Als zweiter Redner sprach Paul Schempp über das Thema „Realer Humanismus als geistiger Neubeginn.“ Viel schlimmer als unser äußerer Zusammenbruch ist der geistige, die Verdummung, die seelische Verarmung. Geistige Freiheit erfordert nicht nur, daß man denkt, was man will, sondern daß man darüber hinaus auch sagt, was man denkt.

Es war ein weiter Weg von der Entpersönlichung über die Entmenschlichung zur Entmenschtheit. Ein Weg, den wir lange vor 1933 schon beschritten hatten. Daß man nicht selbst denken und aus eigener Erkenntnis und Verantwortlichkeit heraus handeln wollte, sondern es vorzog, „Gefolgschaft“ zu sein, dieser Untertanengeist, das war der Anfang dessen, was Schempp als die „geistige Selbstmordepidemie“ bezeichnet. Wenn wir demgegenüber nach der Menschlichkeit des Menschen streben und in diesem Zusammenhang von „realem Humanismus“ reden, so finden wir zwei Wurzeln echter Humanität: Die Dankbarkeit dafür, daß wir leben, und — die Scham.

Der dritte Redner des Abends, der bekannte Psychologe Dr. Felix Schottländer, hatte sich das Thema gewählt: „Der Andere und das Geheimnis des Herzens“. Dr. Schottländer stellt einleitend die Frage, wie es denn überhaupt dazu habe kommen können, daß eine ganze große Nation sich fast widerstandslos in so ungeheuerliche Schuld und in so unsägliches Elend hat hinunterstoßen lassen. Davon ausgehend, kam der Redner auf die Herkunft des Menschengeschlechts zu sprechen. Die Anthropologie des 19. Jahrhunderts wird repräsentiert durch den Darwinismus, der im Menschen das jüngste Glied einer Deszendenz erblickt. Diese Theorie sei jedoch bald wieder in den Hintergrund getreten, und die individualistische und materialistische Anthropologie des 19. Jahrhunderts wurde abgelöst durch eine sozialistische und psychologische Anthropologie. Diese moderne Forschung richtet ihren Blick nicht mehr in erster Linie auf die Verwandtschaft des Menschen mit dem Affen, sondern auf seine Verwandtschaft mit dem staatenbildenden Insekt.

Und nun führt Dr. Schottländer einen interessanten Begriff ein: den des „Termitismus“. Damit bezeichnet er einen Abweg der menschlichen Entwicklung, eine Entartung des Menschen, die diesen vom Menschentum hinweg- und hinabführt zum Tier — und zwar nicht zum verhältnismäßig harmlosen Wildtier, sondern auf die Stufe des staatenbildenden Insekts. Diese staatenbildenden Insekten, die Bienen, Wespen, Ameisen und die Termiten, zeichnen sich aus durch die furchtbare Erbarmungslosigkeit, mit der sie alles töten, was ihnen unerwünscht ist. Man nennt diesen Instinkt den „Differenzaffekt“. Und ihn, so meinte der Redner, trügen auch wir in uns als eine Gefahr für unsere Meschlichkeit.

Wir könnten uns gegen diese Gefahr nur schützen, indem wir unser menschliches Herz ausbilden. Kultur und Menschlichkeit stehen im selben Verhältnis zu einander wie Leib und Seele.

Mit Schillers Abhandlung über „Die Gesetzgebung des Lykurgus in Sparta“ — gesprochen von Katharina Kivernagel — schloß die Veranstaltung.

R. Nonnenmacher.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Die Angeklagten haben gesprochen

Die Vorbereitung und Führung des Angriffskrieges

Nürnberg, 5. Juli. (DANA-Sonderberichterstatter Arno Kretschmer.) „Ausbruch des zweiten Weltkrieges: 1. September 1939", wird einst in den Geschichtsbüchern zu lesen sein.

Dieser Krieg begann jedoch schon viel früher. Er begann, als am 30. Januar 1933 Hitler und mit ihm der Nationalsozialismus die Regierung in Deutschland übernahm. Nachdem der Kampf gegen die poiltischen Gegner beendet worden war, indem man sie in KZ gebracht oder ermordet hatte, mußten dem Volk neue „Ziele" gegeben werden. Keinesfalls durfte es zur Ruhe kommen, denn Ruhe bedeutete Besinnung, und Besinnung wollte Hitler nicht.

Der Kampf wurde zum höchsten Ideal. zum Selbstmord. Um im Innern die Macht halten zu können, mußte Hitler Erfolge nach außen erzielen. Systematisch begannen die Nazis den Krieg vorzubereiten. Vorsichtig und geheim zunächst, nach Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht und der Besetzung der entmilitarisierten Zone des Rheinlandes intensiver und in aller Oeffentlichkeit. Die Großindustrie, die durch die Weltwirtschaftskrise der Jahre 1931/32 schwere Verluste hinnehmen mußte. sah ein neues Betätigungsfeld vor sich, die Hochfinanz gab Hitler Geld.

Die Gründe der Wiederaufrüstung

Aus den Aussagen der in Nürnberg angeklagten Naziführer ergibt sich, daß Hitler schon vom ersten Tage seiner Regierung an den Krieg vorbereitete und daß ihn dabei vor allem die hohen Militärs unterstützten. Dies beweist vor allem die Aussage Keitels:

„Es war mir schon klar, daß mit dem Antritt Hitlers als Reichskanzler zweifellos wir Soldaten vor einer anderen Steuerung unseres Verhältnisses im Reich standen und daß der militärische Faktor sicherlich wieder eine andere Berücksichtigung finden würde, als das vorher der Fall war, so daß wir es ehrlich und offen begrüßt haben, zu wissen, daß an der Führung der Reichsregierung ein Mann stand, der entschlossen war, auf diesem Gebiet ein Ziel zu geben und uns aus einem uns jämmerlich erscheinenden Zustand herauszuführen. Ich muß bekennen, daß ich die Pläne und Absichten einer Wiederaufrüstung, soweit das damals schon möglich war, und die Gedankengänge, die in dieser Richtung geführt wurden, begrüßt habe."

Keitel gab weiterhin zu, daß es eine der Hauptaufgaben im deutschen Generalstab war, schon in den ersten Nachkriegsjahren Lücken und Klauseln im Versailler Vertrag zu suchen, um unauffällig aufrüsten zu können. Keitel sagte:

„Der Wortlaut des Versailler Vertrages, so lange er als für uns verbindlich und von uns als existierend angesehen war, hat die Aufrüstung natürlich nicht zugelassen, und das Studium des Versailler Vertrages, kann ich wohl behaupten, ist mit äußerster Intensität bei uns erfolgt, um zu erkennen, wo sind Lücken, durch die wir durch die entsprechende Auslegung, ohne vertragsverletzend zu sein, Maßnahmen ergreifen oder betreiben können, die uns nicht vertragsbrüchig machen würden. Das war schon im Zusammenhang mit dem Reichsverteidigungsausschuß ein tägliches Brot. Ab 35 lagen die Verhältnisse ja völlig anders und bei meiner Rückkehr als Chef bei Blomberg, muß ich ehrlich bekennen, habe ich mir keine Gedanken darüber gemacht, ob jetzt noch die Frage akut sei: Das ist ein Verstoß gegen den Versailler Vertrag, denn das, was geschah, geschah offensichtlich. Es waren 36 Divisonen angemeldet, die wir aufstellen wollten. Es fanden darüber hinaus ganz offen Erörterungen statt. Ich habe darin nichts mehr gesehen, was in irgendeiner Weise für uns ein Vertragsbruch sein sollte."

Im Herbst 1938 bereiste Keitel mit Hitler die Befestigungen an Deutschlands Ostgrenze, wobei auch die Errichtung von Befestigungsanlagen in Ostpreußen geplant wurde. Kurz darauf seien dann, so führte Keitel weiter aus, Anordnungen für einen Handstreich auf Danzig gegeben worden, der in einem günstigen Augenblick durchgeführt werden sollte.

Milliarden für Kanonen

In welchem Maße man ab 1935 die Aufrüstung tatsächlich forcierte, ergibt sich aus den Beträgen, die dafür ausgegeben wurden. Keitel bestätigte, daß das Rüstungsbudget im Jahre 1935 etwa fünf Milliarden, im Jahre 1936 sieben Milliarden, im Jahre 1937 neun Milliarden, im Jahre 1938 elf Milliarden und im Jahre 1939 20,5 Milliarden Mark betrug.

Auch Göring gab zu, daß Eroberungskriege schon immer das Ziel der Nazipartei waren.

„Es war selbstverständlich für uns", erklärte er, „daß wenn wir einmal an die Macht kommen würden, wir entschlossen waren, diese Macht unter allen Umständen zu behalten."

Auch die Absicht des ehemaligen Chefs und Wehrmachtführungsstabes, Generaloberst Jodl, über diesen Punkt, ist sehr aufschlußreich. Er sagte hierzu: „Es ist hier verschiedentlich von dem Begriff defensiver und offensiver Rüstung gesprochen worden. Es würde zu weit führen, darauf einzugehen. Ich möchte nur sagen, daß es für Deutschland in seiner geographischen Lage diesen Begriff nicht gab."

Der Aufbau der Luftwaffe wurde von Göring schon im Jahre 33 systematisch begonnen: Er ließ Verkehrsflugzeuge bauen, die gegebenenfalls auch als Bombenflugzeuge verwendet werden konnten. Er beurlaubte Soldaten und Offiziere der Reichswehr, um sie in Fliegerschulen ausbilden zu lassen und erweiterte den Luftverkehr über das notwendige Maß hinaus, um eine größere Anzahl von Fliegern ausbilden zu können.

Mit der Einführung der Wehrpflicht wurde dann offiziell eine Luftwaffe aufgestellt, die Göring zur Uebung in den spanischen Bürgerkrieg schickte.

Großadmiral Raeder, der in seiner Aussage zugab, schon in den Jahren der Weimarer Verfassung mit Einverständnis der Regierung, aber unter Umgehung des Reichstages, die Marine aufgerüstet zu haben, sah ebenfalls die Ausbildung von Marine-Flugpersonal als eine seiner Hauptaufgaben an. Unter seiner Leitung wurden Fliegerschulen eingerichtet, in denen Seeleute als Piloten ausgebildet wurden. Nach der Machtergreifung Hitlers bemühte sich Raeder, die deutsche Marine im „nationalsozialistischen Sinne" zu erziehen, „da die Wehrmacht kein völliger Fremdkörper im Staate sein durfte".

Schon in den Jahren 1936 und 1937 lagen in der Seekriegsleitung Pläne für einen Krieg bereit. Dies ergibt sich aus der Aussage von Dönitz, der erklärte, daß er als Befehlshaber der U-Boote damals schon den Auftrag erhielt, im Falle eines Krieges mit Frankreich, die feindlichen Transporter im Mittelmeer anzugreifen.

Die wirtschaftliche Kriegsvorbereitung

Auf wirtschaftlichem Gebiet tat Göring alles, um für einen Kriegsfall gerüstet zu sein. Er erließ Mobilmachungsvorschriften für den Reichsbankpräsidenten und das Reichswirtschaftsministerium, um jeder Zeit von Friedens- auf Kriegswirtschaft „umschalten" zu können. Der Vierjahresplan sei, so führte Göring aus, in erster Linie dazu bestimmt gewesen, den Ausbau der Rüstungsindustrie zu gewährleisten. Um die Wiederaufrüstung sicherzustellen, mußte man vor allem unmittelbaren Einfluß auf die Arbeiter bekommen. Auf Veranlassung Görings wurden die Gewerkschaften aufgelöst, ihr Vermögen beschlagnahmt und die Arbeiter gezwungen, der „Deutschen Arbeitsfront" beizutreten.

Die Industrien, die zu Beginn des Dritten Reiches in Deutschland arbeiteten, reichten bei weitem nicht aus, um eine Aufrüstung größten Ausmaßes durchzuführen. Göring, als Beauftragter des Vierjahresplanes, ließ unter anderem neue Filtrier- und Hydrierwerke zur Benzingewinnung aufstellen und sorgte für den Ausbau der Aluminiumproduktion. Göring erklärte vor Gericht, daß er damals schon den Bau eines viermotorigen Bombers beabsichtigte und nur durch die Knappheit an Rohstoffen daran gehindert wurde.

„In einer Ansprache an die Flugzeugproduzenten im Jahre 1936 habe ich keinen Zweifel darüber gelassen", so führte er aus, „daß ich sehnlichst und dringend einen Bomber wünschte, der auch mit der notwendigen Bombenlast nach Amerika fliegen kann. Ich habe besonders aufgefordert, daran zu arbeiten, daß für den Fall, daß Amerika in einen Krieg gegen Deutschland eintreten würde, ich ebenfalls die amerikanische Rüstungsindustrie erreichen könnte".

„Gebt mir vier Jahre Zeit"

Im Jahre 1934 stellte Hitler den ersten „Vierjahres-Plan" auf, der angeblich den Zweck haben sollte, die deutsche Wirtschaft zu stärken und den Lebensstandard des einzelnen zu erhöhen.

Die tatsächliche Aufgabe des Vierjahresplanes geht aus folgenden Worten Görings hervor:

„Der Vierjahresplan hatte zwei Ziele. Erstens die deutsche Wirtschaft soweit wie irgend möglich auch im landwirtschaftlichen Sektor eisenfest zu machen. Zweitens Deutschland für den Fall eines Krieges blokadefest zu machen. Es war also notwendig, einmal die Landwirtschaft auf die äußerste Kraft zu steigern, richtig zu erfassen, den Verbrauch zu steuern und durch Verhandlungen mit dem Auslande Vorräte zu beschaffen. Weiterhin mußte überprüft werden, welche bisher eingeführten Rohstoffe in Deutschland selbst gefunden und erzeugt werden konnten und welche Rohstoffe, deren Einführung schwierig war, durch andere ersetzt werden konnten. Auf dem landwirtschaftlichen Sektor mußte jede verfügbare Fläche ausgenutzt, der Anbau, wenn notwendig, reguliert werden. Weitere Punkte waren: Steuerung der Viehwirtschaft und Sammlung von Reserven für Notzeiten und schlechte Ernten. Auf dem gewerblichen Sektor mußten Industrien geschaffen werden, die in der Lage waren, Grundstoffe zu liefern. Kohle war an und für sich genügend da, die Förderung mußte jedoch erheblich gesteigert werden. Unsere Eisenindustrie hatte sich derartig vom Auslande abhängig gemacht, daß im Falle eines Krieges die verhängnisvollste Lage eintreten mußte. Ich sah ein, daß dies vom rein finanziellen und geschäftlichen Standpunkt aus richtig war, aber wir mußten trotzdem drangehen, die deutschen Erze zu fördern, wenn diese auch einen viel schlechteren Eisengehalt hatten als die schwedischen. Wir mußten die Industrie zwingen, beide zu mischen und sich auch mit den deutschen Erzen abzufinden. Ich ließ leichtfertigerweise ein Jahr Zeit. Da dann immer noch nicht, die Erschließung deutscher Erze begonnen hatte, gründete ich die „Reichswerke" mit dem Ziele, die in deutschen Boden vorkommenden Roheisenerze in den Hüttenwerken zu verwenden. Es war ferner notwendig, neben der Gründung von Filtrier- und Aluminium-Werken die Entwicklung der sogenannten Kunststoffindustrie zu fördern, um den Ausfall ausländischer Rohstoffe auszugleichen. Dazu gehörte auf dem zivilen Gebiet die Umstellung der Textilindustrie und der I.-G.-Farben."

Göring war als „Treiber" vorgesehen.

Inwieweit Göring tatsächlich in die einzelnen Bewirtschaftsmaßnahmen eingriff, beweist seine nachstehende Aussage: „Es bestand Einigkeit, daß ich nicht als wirtschaftlicher Fachmann auftrat, — das war ich nicht —, sondern daß es darum ging, die Schwierigkeiten bei der Devisenknappheit zu beseitigen, und gleichzeitig die scharfe Heranschaffung und den Aufbau von Rohstoffen durchzuführen. Hierzu war jemand notwendig, der die Maßnahmen, die viele ohne weiteres nicht verstanden, vor dem Volk durch seine Autorität deckte. 2. solle ich auf diesem Gebiet nicht als Fachmann, wohl aber als Treiber auftreten, also meine Energie einsetzen".

Schacht erklärte: „Es ist möglich, daß keine Notenbank in Friedenszeiten eine derart kräftige Politik durchgeführt hat, wie die Reichsbank seit der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten. Mit Hilfe dieser Kreditpolitik hat sich Deutschland eine Rüstung geschaffen, die der keines anderen Staates nachsteht und diese Rüstung wieder hat diese Erfolge für uns möglich gemacht".

Diese Aussage zeigt, daß auch von den Wirtschaftlern der Krieg seit der Machtergreifung Hitlers vorbereitet wurde.

Funk, der Nachfolger Schachts im Reichswirtschaftsministerium und später auch in der Reichsbank, gab ebenfalls zu, daß er ständig für eine Intensivierung der Kriegswirtschaft eingetreten sei und alles getan habe, um die Umstellung der Wirtschaft im Kriege reibungslos ablaufen zu lassen.

Die politischen Vorbereitungen.

Die Aggression Deutschlands begann mit dem „Anschluß" Oesterreichs. Fast alle Angeklagten erklärten, daß sie die „Rückkehr der Ostmark in das Reich" begrüßten, keiner jedoch will zugeben, daß sie auf Druck der Nazis gegen die damalige österreichische Regierung erfolgte.

„Ich persönlich habe mit Herrn Schuschnigg damals nach der 1. Unterredung mit Hitler eine Unterhaltung gehabt", führte Ribbentrop aus, „in der ich sehr genau die Reaktion der 1. Unterredung spürte: Er hatte einen starken Eindruck von der Persönlichkeit Hitlers". Ein Zeuge für den Angeklagten Seyß-Inquart, der ehemalige österreichische Außenminister Guido Schmidt, sagte aus, Hitler habe Schuschnigg wie einen Rekruten angeschnaubt und diesen überhaupt nicht zu Wort kommen lassen. Von militärischen Vorbereitungen und Drohungen gegen Oesterreich, behauptete Ribbentrop, ebenfalls nichts zu wissen, er halte es jedoch durchaus für möglich, daß Hitler „irgend etwas auf diesem Gebiet veranlaßte, um seinen Wünschen stärkeren Nachdruck zu verleihen". General Jodl mußte zugeben, daß zur Einschüchterung Oesterreichs und um Schuschnigg den Absichten Hitlers gefügig zu machen, Truppenbewegungen in Form von „Täuschungsmannövern" an der Grenze stattfanden und die Divisionen schon am 10. März, 11 Uhr vormittags, zum Einmarsch bereitstanden.

Der Einfall in die Tschechoslowakei.

Die Annektion der Tschechoslowakei im Frühjahr 39 begründeten alle Angeklagten mit dem Hinweis, daß in einem Kriegsfalle die Tschechoslowakei als Angriffsbasis für die Sowjetunion hätte dienen können.

Ribbentrop wollte vor Gericht den Anschein erwecken, als sei er nicht Hitlers Außenminister, sondern lediglich sein Sekretär gewesen, der nie etwas von den aggressiven Absichten der Nazis erfuhr. Er mußte jedoch zugeben, daß er ebenso wie Keitel Hitlers Absichten in bezug auf Danzig genau kannte. Ribbentrop machte hierzu folgende Ausführungen:

„Daß Hitler mit einem militärischen Eingreifen in Polen rechnete, habe ich nach meiner Erinnerung zum erstenmal in den Augusttagen des Jahres 1939 gehört. Daß er natürlich schon vorher gewisse militärische Maßnahmen oder Vorbereitungsmaßnahmen irgendwelcher Art getroffen hat, für Eventualfälle, geht aus diesem Befehl bezüglich Danzig hervor. Ueber diesen Befehl aber habe ich grundsätzlich nichts erfahren und ich entsinne mich jetzt auch nicht im einzelnen, ob ich damals irgendeine militärische Nachricht bekommen habe. In Erinnerung ist mir, daß ich davon so gut wie nichts wußte."

Rosenbergs „Vorbereitungsarbeit" in Norwegen

Der von Deutschland bezahlte Verräter Quiesling begann schon im Jahre 1939 ein Intrigenspiel in Norwegen. Der Verbindungsmann zwischen ihm und der deutschen Regierung war der ehemalige Reichsleiter und „Philosoph der Partei" Alfred Rosenberg. Rosenberg finanzierte die von Quisling in Norwegen eingeleitete deutschfreundliche Propaganda.

Die letzten Stunden vor Kriegsausbruch

Am 27. August 39, als die Spannung ihren Höhepunkt erreicht hatte und der Krieg unmittelbar bevorstand, ließ Hitler seine Generale zusammenkommen und hielt ihnen eine Rede, in der er u. a. sagte:

„Ich werde einen propagandistischen Grund vorgeben, um diesen Krieg zu beginnen, ob er glaubhaft ist oder nicht. Den Sieger wird nachher keiner fragen, ob er es mit der Wahrheit hatte oder nicht. Wenn man einen Krieg anfängt, ist es nicht so wichtig, wer im Recht ist, sondern wer siegt."

Hitler hatte es wirklich „nicht mit der Wahrheit", wie sich aus den Schilderungen ergibt, die Keitel von den letzten Stunden vor Kriegsausbruch gab.

„Am 30. August war es wohl", so führte Keitel aus, „daß noch einmal der Angriffstag, der ja dann der 1. September war, um 24 Stunden verschoben wurde. Zu diesem Zweck waren Brauchitsch und ich erneut in die Reichskanzlei gerufen worden. Die Begründung, nach meiner Erinnerung, war die, es würde ein Bevollmächtigter der polnischen Regierung erwartet. Alles solle 24 Stunden hinausgeschoben werden. Dann sind keine Veränderungen der militärischen Anordnungen mehr eingetreten. Admiral Canaris sagte mir damals, er solle einige polnische Uniformen zur Verfügung stellen, sei ihm vom Führer aus durch die Adjutantur mitgeteilt worden. Ich fragte: „Wofür?" Wir waren uns einig, daß es für irgend ein illegales Unternehmen beabsichtigt war. Wenn ich mich recht erinnere, habe ich ihm damals gesagt, von solchen Dingen verspreche ich mir gar nichts, und er solle die Finger davon lassen."

Hitler rechnete schon mit einem Krieg, als er gegen die Tschechoslowakei vorging, und wenn es dazu gekommen wäre, hätte er auch diesen Feldzug mit einer Lüge und einem Ueberfall begonnen, wie sich aus folgenden Worten Jodls ergibt.

„In der Weisung vom 30. Mai 1938 waren durch den Führer 3 Fälle genannt, wie ein Konflikt mit der Tschechoslowakei entstehen könne, nämlich ohne Anlaß — politisch ausgeschlossen und nicht möglich, nach einer längeren Spannungszeit — nicht erwünscht, weil das militärische Moment der Ueberraschung wegfällt. Am besten nach einem Zwischenfall — wie sie zu dieser Zeit beinahe täglich vorkamen — der uns moralisch auch gegenüber der Welt die Berechtigung zu einem Einschreiten gibt."

Die wirtschaftliche Ausbeutung der besetzten Gebiete

Mit der Besetzung der einzelnen Länder begann auch deren wirtschaftliche Ausbeutung. Nur Funk gab indirekt zu, daß die besetzten Länder rücksichtslos in die deutsche Kriegswirtschaft eingeordnet wurden und erklärte:

„Die Leistungen der besetzten Gebiete für die gemeinsame Kriegführung waren ohne Zweifel sehr bedeutend und ich habe die besetzten Gebiete mit der deutschen Wirtschaft zusammen stets als eine Kriegsleistungsgemeinschaft, also für die Kriegführung zur Herstellung einer neuen europäischen Ordnung für notwendig erachtet. Ich habe einmal im Jahre 1944 Berechnungen anstellen lassen, wieviel die besetzten Gebiete in den Jahren 1941, 1942 und 1943 an Produktionswerten für die Kriegführung geschaffen haben und bin hierbei zu einer Zahl von 90 Milliarden Reichsmark gekommen."

Völkerrechtswidrige Beschießung von Rettungsbooten

Dönitz, der bis zum 30. Januar 43 Befehlshaber der U-Boot-Flotte und bis zum April 45 Oberstkommandiernder der Kriegsmarine war, bestritt, daß er den Befehl gegeben habe, Rettungsboote gesunkener feindlicher Handelsschiffe beschießen zu lassen. Das Kreuzverhör erwies, daß Hitler dies angeregt hatte. „Der Führer schnitt die Frage an", so berichtete Dönitz, „daß erfahrungsgemäß ein sehr hoher Prozentsatz der Besatzung versenkter Schiffe an Hand der Vorzüglichkeit der Rettungsmittel nach Hause käme und immer wieder neue Schiffe besetze. Der Führer fragte, ob man gegen diese Rettungsboote nicht vorgehen könne."

Hitlers Gefangenenbefehle immer radikaler

Nach dem Fall von Stalingrad erließ Hitler radikale Befehle, mit denen er die Kampfmoral der gegnerischen Truppen schwächen zu können glaubte.

Der „Nacht- und Nebel-Erlaß" bestimmte, daß in den besetzten Ländern arbeitsfähige Männer und Frauen überfallartig und meistens nachts festgenommen und nach Deutschland verschleppt wurden, ohne daß ihre Angehörigen irgendeine Nachricht über ihren Verbleib erhielten. Der „Kommandobefehl" hatte zum Ziel, alle feindlichen Soldaten, die sich an einem Landungsunternehmen aus der Luft oder von See her beteiligten, niederzumachen oder gefangenzunehmen und zu erschießen. Keitel gab zu, daß er als Chef des Stabes im OKW diese Befehle mit unterschrieben und an die Armeebefehlshaber weitergegeben habe und erklärte, daß hierdurch sein Gewissen am meisten belastet sei.

Das Kriegsende mit allen Mitteln hinausgezögert

Obgleich es der Kriegsführung schon im Jahre 43 klar war, daß der Krieg nicht mehr gewonnen werden konnte, wurde alles getan, um das Kriegsende weiter hinauszuzögern. Speer gab zum Beispiel an, daß er 1944 noch 133 Infanterie- und 140 Panzerdivisionen neu ausstatten konnte. Göring brüstete sich im Kreuzverhör, er hätte, selbst wenn das Attentat auf Hitler am 20. Juli 44 geglückt wäre, den aussichtslosen Krieg weiter geführt. Die letzten 2 Kriegsjahre wurden von den Nazis nur als eine Verlängerung ihrer Gnadenfrist angesehen.

Bewußter Neutralitätsbruch

Am 10. Oktober 39 fand zwischen Hitler und Raeder eine Besprechung statt, in der erstmalig die Frage Norwegen erörtert wurde. Der Grund hierfür seien die Berichte des Chefs des Amtes Abwehr, Admiral Canaris über die beabsichtigte Einrichtung englischer Stützpunkte in Norwegen gewesen. Obgleich diese Nachrichten nicht authentisch waren, ordnete Hitler die Besetzung Norwegens durch deutsche Truppen an. Raeder versicherte, daß es ihm durchaus klar gewesen sei, daß hierdurch ein Neutralitätsbruch erfolgte. Den Ueberfall auf Belgien und Holland versuchten die Militärs auf der Anklagebank mit der Behauptung zu rechtfertigen, daß wenn Deutschland diese Länder nicht besetzt hätte, sie als Ausgangsbasis für einen alliierten Angriff auf Deutschland benutzt worden wären. Im Herbst 40 griff Deutschland den Balkan an, nachdem Italien schon mehrere Wochen erfolglos gegen Griechenland gekämpft hatte. Die Pläne zur Besetzung Griechenlands durch deutsche Truppen gingen teilweise auf Raeder zurück. Eine der schwersten Völkerrechtsverletzungen erfolgte durch die Nazis, als sie Jugoslawien angriffen. Ohne Kriegserklärung, ohne die geringste Warnung an die Zivilbevölkerung wurde Belgrad bombardiert, noch bevor sich die deutschen Truppen in Marsch setzten.

Der Angriff auf die Sowjetunion

Die Möglichkeit eines Konflikts mit der Sowjetunion wurde, wie Keitel ausführte, von Hitler erstmalig während einer Lagebesprechung Anfang August 40 auf dem Berghof bekanntgegeben. Göring hingegen behauptete, daß er erst im Spätherbst des gleichen Jahres davon erfahren habe. Ribbentrop schilderte in weitschweifigen Ausführungen, aus welchem Grunde es zum Angriff auf die Sowjetunion gekommen sei. Er behauptete, daß der sowjetische Außenminister Molotow bei seinem Besuch in Berlin am 1. November 40 Forderungen gestellt habe, die in dem Freundschaftsvertrag nicht enthalten waren, was jedoch vom Angeklagten Fritsche widerlegt wurde. Außerdem wurde, wie Ribbentrop weiter ausführte, am 5. April 41 ein russisch-jugoslawischer Nichtangriffspakt unterzeichnet, den Hitler als Affront bezeichnete, da die damalige jugoslawische Regierung gegen Deutschland eingestellt war. Ribbentrop führte weiter aus, daß Hitler sich deshalb für einen „Präventiv-Krieg" entschlossen habe.

Goebbels Rundfunk-Kommentator Hans Fritsche sagte dagegen aus, er habe von dem Geographen Niedermeyer, der seinerzeit den Verhandlungen mit der Sowjetunion beiwohnte, erfahren, daß Rußland in den Jahren 1940 und 1941 keine anderen Forderungen stellte, als sie im Freundschaftsvertrag 1939 festgelegt wurden. Damit entfalle der wichtigste Vorwand Hitlers für den Angriff auf die Sowjetunion.

Nach dem polnischen Feldzug wollte Hitler im Westen angreifen.

Hitler hatte nach einer Aussage Görings die Absicht, nach Beendigung des Feldzuges gegen Polen im Westen anzugreifen, um noch vor Einsetzen der schlechten Witterung eine günstige Stellung gegen England und Frankreich zu bekommen. Nur das anhaltend schlechte Wetter, das große Luftoperationen unmöglich machte, habe Hitler veranlaßt, die Westoffensive erst im Frühjahr 1940 zu beginnen. „Meine Versuche, nach dem Polenfeldzug mit dem Westen zum Frieden zu kommen, sind fehlgeschlagen, der Krieg geht weiter. Jetzt können und müssen die Bomben fabriziert werden", soll Hitler Milch erklärt haben, nachdem das Oberkommando der Luftwaffe schon wiederholt auf die ungenügende Produktion von Bomben hingewiesen hatte. Hitler versuchte also, vor seinen Generalen den Eindruck zu erwecken, als wolle er die Ausweitung des Krieges verhindern, während ihn nur die ungünstige Witterung vom Angriff im Westen abhielt.

Im Kreuzverhör hatte Göring wiederholt behauptet, daß er aus strategischen Gründen Hitler abgeraten habe, die Sowjetunion anzugreifen. Milch sagte dazu aus: „Am 22. Mai kam ich nach einer meiner Reisen zum erstenmal seit längerer Zeit wieder in Berührung mit dem Oberbefehlshaber. Es war in Allenstein, wo Göring sich damals aufhielt. Ich habe dort mit ihm über die Frage gesprochen und ihm gesagt, daß es nach meiner Auffassung für ihn eine große historische Aufgabe wäre, diesen Krieg zu verhindern, da dieser Krieg nur mit der Vernichtung Deutschlands enden könnte. Ich erinnerte daran, daß wir uns ja nicht freiwillig einen Zweifrontenkrieg aufladen dürften. Der Reichsmarschall hat mir gesagt, daß er diese Argumente auch schon alle vorgebracht hätte, es aber völlig unmöglich sei, Hitler diesen Krieg auszureden. Mein Angebot, daß ich selber versuchen wollte, Hitler noch einmal zu sprechen, hat der Reichsmarschall als hoffnungslos erklärt. Es war nichts zu wollen, man konnte nichts machen."

Wie ein Rachechor

Um Milch zu erinnern, daß Göring nicht eine Verteidigungs-, sondern eine Angriffsluftwaffe ausrüstete, verlas der amerikanische Ankläger Jackson zwei Reden Görings. Im Mai 1935 sagte Göring in einer Aussprache: „Ich habe die Absicht, eine Luftwaffe zu schaffen, die, falls die Stunde kommen sollte, sich ausbreiten soll, wie ein Rachechor. Der Feind muß das Gefühl haben, daß er verloren ist, bevor er überhaupt den Kampf begonnen hat."

Jackson: „Hört sich das an wie die Planung einer Verteidigungsluftflotte?" Milch: „Nein, das hört sich nicht so an, aber man muß die Worte von den Taten trennen."

Albert Kesselring, der während des Krieges Chef mehrerer Luftflotten und seit 1943 Oberkommandierender der deutschen Truppen im Mittelmeerraum war, führte die Vernichtungsangriffe auf Warschau, Rotterdam und Coventry. Auch er behauptete, die deutsche Luftwaffe habe defensiven Charakter gehabt, wenngleich er sich vorsichtiger ausdrückte als Milch. „Die deutsche Luftwaffe war eine reine Verteidigungswaffe", sagte Kesselring, „ich muß zur Kennzeichnung jedoch hinzufügen, daß sowohl das Einzelflugzeug als auch die gesamte Luftwaffe ihrem Wesen nach natürlich Offensivwaffen sind."

„Wir werden ihre Städte ausradieren"

In einer seiner zahlreichen Reden zu Beginn des Krieges hatte Hitler in den Aether verkündet, daß er „die englischen Städte ausradieren" werde. Vor Gericht behauptete aber Kesselring, die Zerstörung von Coventry sei unbeabsichtigt gewesen.

Vier Jahre nach der Kapitulation in Stalingrad betrat der ehemalige Kommandeur der 6. deutschen Armee, Generalfeldmarschall Friedrich Paulus, den Zeugenstand in Nürnberg, um als Zeuge der Anklage auszusagen. Er sprach mit ruhiger Stimme, man konnte ihm jedoch anmerken, daß die letzten fünf Jahre nicht spurlos an ihm vorübergegangen sind. Als Oberquartiermeister im Generalstab des OKH arbeitete Paulus den Angriffsplan gegen die Sowjetunion aus, als Kommandeur der 6. Armee führte er den Vorstoß gegen Stalingrad, hielt Stalingrad trotz schwerster Verluste, wurde von Hitler mit dem Eichenlaub zum Ritterkreuz ausgezeichnet und zum Generalfeldmarschall befördert. Er ergab sich schließlich mit den Resten seiner Truppen der Sowjetarmee und erkannte in der Gefangenschaft, daß Hitlers Angriffskrieg ein Verbrechen war. Um durch aufklärende Arbeit den deutschen Fronttruppen das Unrecht und die Aussichtslosigkeit dieses Krieges klar zu machen, gründete er eine Organisation, das

„Nationalkomitee freies Deutschland".

Am 11. und 12. Februar 1946 sagte Paulus als Zeuge gegen 21 Angeklagte und gegen sich selbst aus. Ribbentrop erklärt, der Krieg gegen die Sowjetunion sei nur „ein Präventiv-Krieg" gewesen. Keitel glaubte, es habe sich um „unvermeidliche Auseinandersetzungen der Weltanschauungen" gehandelt. Göring will überhaupt gegen dieses Unternehmen gewesen sein. Alle Angeklagten behaupteten, daß erst nach dem Besuch Molotows in Berlin im November 1940 und durch die „unklare" Haltung der Sowjetunion zu Beginn des Jahres 1941 Hitler den Entschluß gefaßt hatte, die Sowjetunion anzugreifen. Tatsächlich aber hatte man im OKH bereits im Spätsommer 1940 mit der Ausarbeitung der Operationspläne für diesen Ueberfall begonnen.

„Am 3. September 1940 trat ich meinen Dienst beim OKH als Oberquartiermeister im Generalstab an, begann Paulus seine Ausführungen."

„Bei meinem Dienstantritt fand ich in meinem Arbeitsbereich unter anderem noch eine unfertige operative Ausarbeitung vor, die einen Angriff auf die Sowjetunion behandelte. Der Generalstabschef des Heeres, Generaloberst Halder, wies mir die Weiterführung dieser auf Grund der Anordnung des Oberkommandos der Wehrmacht auszuführenden Arbeiten zu."

Als Hauptaufgabe habe man ihm, so führte der Zeuge weiter aus, die Prüfung der Angriffsmöglichkeiten gegen Sowjet-Rußland unter Berücksichtigung eines deutschen Truppenpotentials von etwa 140 Divisionen aufgetragen. Ferner war von Anfang an die Ausnützung des rumänischen Gebietes für den Aufmarsch des deutschen Südheeres mit in Rechnung zu stellen. Am Nordflügel war eine Beteiligung Finnlands am Kriege in Rechnung gezogen, unterblieb aber in dieser Ausarbeitung. Die vom OKW angegebenen Ziele der Operationen waren:

„1. Die Vernichtung der in Westrußland stehenden Teile der russischen Wehrmacht,

2. das Erreichen einer Linie, aus der die russische Luftwaffe nicht mehr wirksam deutsches Reichsgebiet angreifen konnte, und als Endziel war angegeben, das Erreichen der Linie Wolga/Archangelsk."

Im Dezember 40 begannen, wie Paulus ausführte, auch die Besprechungen mit dem finnischen Generalstab, um Finnland für den bevorstehenden Ueberfall auf die Sowjetunion vorzubereiten. Neben strategischen Zielen verfolgte Hitler, wie der Zeuge betonte, besonders wirtschaftliche Interessen in der Sowjetunion.

Paulus berichtete weiter, daß im Anschluß an die theoretische Ausarbeitung der Operationspläne im November 40 unter seiner persönlichen Leitung „Kriegsspiele" stattfanden, an denen alle älteren Generalstabsoffiziere des OKH teilnehmen mußten. Hierbei seien die Angriffe genau geübt worden und als Abschluß habe ein Oberst Kiensel einen Vortrag über Rußlands geographische und wirtschaftliche Verhältnisse gehalten und Angaben über die Rote Armee gemacht.

Das Bemerkenswerteste hierbei war, stellte Paulus fest, daß irgendwelche Vorbereitungen seitens Sowjetrußlands für einen Angriff nicht bekannt geworden waren.

Am 3. Februar 41 seien die vom OKH ausgearbeiteten Aufmarschanweisungen für die Truppenteile von Hitler genehmigt und an die betreffenden Kommandeure weitergeleitet worden.

Um in Rumänien selbst den Angriff vorbereiten zu können, sei Ende 40 der General der Kavallerie H[illegible] mit einer „Lehrtruppe" der 13. Panzerdivision nach Rumänien geschickt worden. Gleichzeitig sei im OKH Zossen (Mark) der Chef der Operationsgruppe des ungarischen Generalstabs, Oberst Laszlo erschienen, um sich von ihm (Paulus) über Organisationsfragen bei der Umgliederung der ungarischen Armee beraten zu lassen.

Bruch des Völkerrechts, Bruch des Freundschaftsvertrages

Ende März 41 wurde Paulus in die Reichskanzlei befohlen, wo ihn der Generalstabschef des Heeres, General Halder unterrichtete, daß Hitler sich entschlossen habe, Jugoslawien anzugreifen, um eine Flankenbedrohung für die beabsichtigte Operation gegen Griechenland auszuschalten, die von Belgrad nach Süden führende Bahnlinie in die Hand zu bekommen und für den Fall „Barbarossa" (Feldzug gegen die Sowjetunion, die rechte Schulter frei zuhaben). Ich wurde beauftragt, so fuhr Paulus fort, unter Mitnahme einer Anzahl zuständiger Generalstabsoffiziere des Heeres nach Wien zu fahren und den deutschen Befehlshabern entsprechende Befehle zu übermitteln. Weiter hatte ich anschließend nach Budapest zu fahren, um mit dem ungarischen Generalstab den Aufmarsch der deutschen Truppen auf österreichischem Territorium und Beteiligung der ungarischen Verbände am Angriff auf Jugoslawien zu vereinbaren."

Im Dezember 40 begannen, wie Paulus ausführte, auch die Besprechungen mit dem finnischen Generalstab, um Finnland für den bevorstehenden Ueberfall auf die Sowjetunion vorzubereiten.

„Wie sehr es Hitler auf die Gewinnung wirtschaftlicher Ziele in diesem Kriege ankam, dafür kann ich ein Beispiel anführen, das ich persönlich miterlebt habe," erklärte Paulus. Am 1. Juni 42, gelegentlich einer Oberbefehlshaberbesprechung im Bereich der Heeresgruppe Süd in Poltawa erklärte Hitler: „Wenn ich das Oelgebiet in Maikop und Prosnia nicht bekomme, dann muß ich diesen Krieg liquidieren."

Im Kreuzverhör durch die Verteidigung wurde Paulus zunächst daran erinnert, daß er Mitglied der als verbrecherisch angeklagten Gruppe „Generalstab und OKW" sei. Paulus mußte zugeben, daß er sich zu Beginn des Krieges schon darüber im Klaren war, daß der Angriff auf die Sowjetunion ein Bruch des Völkerrechts und des im Jahre 39 abgeschlossenen Freundschaftsvertrages bedeutete Trotz dieser Erkenntnis bereitete er den Ueberfall vor und führte die 6. Armee gegen Stalingrad.

Nur „verbrannte Erde" wollte Hitler von Deutschland übrig lassen.

Der damalige Reichsminister für Rüstung und Kriegsproduktion, Albert Speer, bekam in den letzten Kriegstagen den Auftrag, alle Brücken, Gleisanlagen, Post- und Telegrafenanstalten, Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke zu sprengen, damit in dem verbleibenden Chaos niemand weiterleben könne. Die Verantwortung für die Katastrophe aber schob ein Goebbels wie Fritsche im Gerichtssaal schilderte, dem deutschen Volke zu:

„Nun, das deutsche Volk hat es ja nicht anders gewollt, es entschied sich ja mit dem Austritt aus dem Völkerbund gegen eine Politik der Nachgiebigkeit und für eine Politik der Freiheit und des Wagemuts. So hat das deutsche Volk den Krieg gewollt, den es jetzt verloren hat."

Erneutes Verfahren gegen Petain

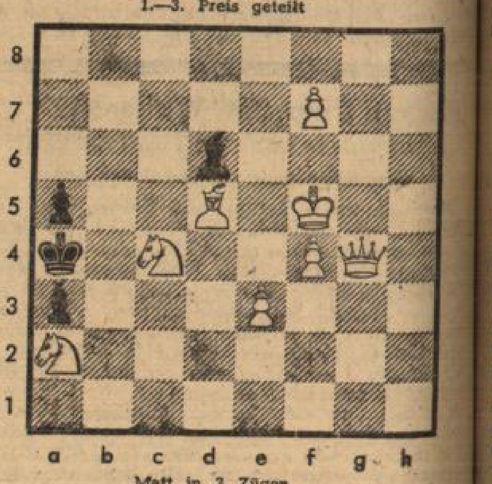
Paris, 5. Juli (DANA). In einem Schreiben an den französischen Ministerpräsidenten Bidault beantragte der Anwalt des früheren Marschalls von Frankreich, Philippe Petain, die Wiederaufnahme des Verfahrens gegen Petain, da die Verhandlungen in Nürnberg gezeigt hätten, wie erfolgreich die Widerstandspolitik Petains gewesen sei. Ferner protestierte der Anwalt in seinem Schreiben gegen die augenblicklichen Lebensbedingungen des ehemaligen Marschalls, der wegen Hochverrats zum Tode verurteilt, später aber zu lebenslänglichem Gefängnis begnadigt worden war.

Neue Massengräber entdeckt

Zeithain (Sachsen), 5. Juli (DANA). Massengräber, in denen weit mehr als 100 000 Opfer der Nazis begraben liegen, wurden bei Erdarbeiten zur Errichtung einer Bauernsiedlung in einem naheliegenden Wald an einer Stelle entdeckt, wo sich in Kriegszeiten ein großer Truppenübungsplatz und ausgedehnte Kriegsgefangenenlager befanden. Bei den Toten handelt es sich in der Hauptsache um Kriegsgefangene, vor allem Angehörige des Sowjetheeres, von denen ein großer Teil durch regelrechte Aushungerung umgebracht wurde. Schwere Epidemien, deren Entwicklung durch die unzulänglichen Einrichtungen des Lagers begünstigt wurde und unmenschliche Behandlung haben, wie jetzt durch Zeugen-Aussagen festgestellt wurde, zu dem Massensterben der Gefangenen beigetragen.

Schach-Post

Aufgabe Nr. 13
Von Dr. E. Zepler, England
Schacholympiade 1936
1.—3. Preis geteilt



Matt in 3 Zügen

Zwei Partien aus der elften Runde der Karlsruher Stadtmeisterschaft.

Weiß: Mohr, Khe. Schwarz: Eisinger, Khe.
1. e4, c6. 2. c4, d5. 3. e:d5, c:d5. 4. c:d5, Sf6. 5. Sc3, S:d5. 6. Lb5†, Ld7. 7. Da4, Sd5—b6. 8. L:d7, Sb8:d7. 9. Dh4, e5. 10. D:d8†, T:d8. 11. Sf3, Lc5. 12. 0—0, 0—0. 13. b3, Tf—e8. 14. Te1, f5. 15. d3, Sf6. 16. Le3, L:e3. 17. T:e3, Sg4. 18. Ta—e1. S:e3, 19. T:e3 e4 e4? 20. d:e4, f:e4. 21. S:e4, Td1†. 22. Se1, Sd5. 23. Te2, Te6. 24. Kf1, Ta1. 25. f3, Kf8. 26. Kf2, Ta6. 27. a4, Tc6. 28. Sd3, Sc3. 29. Td2, S:e4†. 30. f:e4, Tc3. 31. Se5, T:b3. 32. Sd7†, Ke7. 33. Sc5, Tc3. ... Schwarz gab auf.

Weiß: Rodeck, Khe. Schwarz: Matter, Durlach
1. e4, c6. 2. d4, d5. 3. e:d5, c:d5. 4. Ld3, Sc6. 5. c3, Sf6. 6. Sf3, Lg4. 7. Sb—d2, e6. 8. h3, Lh5. 9. Db3, Dc7. 10. 0—0, Lg6. 11. Lb5, Ld6. 12. Te1, 0—0. 13. L:c6, b:c6. 14. Se5, L:e5. 15. d:e5, Sd7. 16. f4, Sc5. 17. Da3, Sd3. 18. Tf1, Db6†. 19. Kh2, Tf—b8. 20. b3, a5. 21. Sf3, c5. 22. Le3, Dc7. 23. Sd2, h6. 24. Tf3, Kh8. 25. Ta—f1, Db6. 26. Lf2, a4. 27. b4. c:b4. 28. c:b4, S:b4. 29. Tc3, Sc2. 30. T:c6, S:a3. 31. Lc5, Sc4. 32. S:c4, d:c4. 33. Ld6, Tc8. 34. T:T, T:T. 35. g4, Ld3. 36. Tf3, g6. 37. Kg3, Tc6. 38. Kf2, Tb6. 39. Ke3, Lb1. 40. Tf2, c3. 41. La3, Tc6. 42. Lc1, Tc4. 43. a3, Te4†. 44. Kf3, Te1. 45. Le3, c2. 46. Td2?, T:e3†. ... und Weiß legte den König um.
Eine von Matter gut behandelte Partie.

Die 12. Runde der Stadtmeisterschaft, heute Samstag mittag in Durlach, Gasthaus „zum Kranz". Beginn pünktlich 15 Uhr. G. Becker, Durlach, Auerstr. 2.

Herausgegeben unter Militär-Regierung-Lizenz US-WB-101 Verantwortliche Schriftleiter: Walter Schwerdtfeger und Wilhelm Baur. — Nachrichten: DANA (Deutsche Allgem. Nachrichten-Agentur), DPD (Deutscher Pressedienst Brit. Zone), AP (Associated Press), SNB (Sowjet. Nachr.-Büro), INS (Internat. News Service). — Für Rücksendung nicht verlangter Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Karlsruher SPIEGEL

Stelldichein der Standbilder

Illustrer Besuch auf der Redaktion

Schwere Schritte auf dem Flur machten mich aufmerksam, aber da öffnete sich schon die Tür, und zu meinem Erstaunen betraten überlebensgroße Figuren mit klappernden Sporen den Raum. Ich war nicht wenig erstaunt, als ich an der Spitze Kaiser Wilhelm I. erkannte, der auf mich zuschritt wie der Komtur auf den Don Giovanni. In seinem Gefolge befanden sich Großherzog Karl Friedrich und Prinz Wilhelm von Baden. Mit einigem Abstand folgten Viktor von Scheffel und Johann Peter Hebel, die um eine unbekleidete Dame in ihrer Mitte besorgt waren. In ihr erkannte ich die Statue, die, als Stephanie bekannt, sonst auf dem Sockel des Brunnens am Ludwigsplatz stand.

Ich fragte, was mir die hohe Ehre ihres Besuches verschaffe und mit was ich dienen könne, schickte voraus, daß Abonnements unserer Zeitung leider nicht mehr möglich seien, aber sonst gerne zu Diensten stehe. Kaiser Wilhelm interessierte vor allem die Politik. Dafür sei ich leider nicht zuständig, erwiderte ich und könne nur „halbamtliche" Angaben machen. Da er selbst nicht im Amt sei, würde das genügen. Als ich das Gesetz zur Befreiung von Militarismus erwähnte, verabschiedete sich seine Majestät stumm, nahm den Prinzen Wilhelm an der Hand und schwang sich auf sein Roß am Mühlburger Tor, während der Prinz ein lauschiges Plätzchen in der Nähe des Linkenheimer Tors vorzog. Großherzog Karl Friedrich, der Enkel des Stadtgründers, beklagte den Verlust des Eigenheims. Er stände ungeschützt in Wetter und Wind, und niemand würde sich um ihn kümmern. Wann endlich neues Leben aus den Ruinen blühen würde und wann der Befehl zur Schuttbeseitigung käme? Das sei schon geschehen, er möge nur die Ruinen genau besehen, dann könne er feststellen, daß überall junges Grün entsprießt. Außerdem würde nicht befohlen, da inzwischen die Demokratie eingekehrt sei. Und dann ging er würdigen Schrittes zum Schloßplatz zu seinen 4 Frauen, die die 4 Kreise des Landes darstellen. Mit ihm war der letzte Vertreter des Militarismus gegangen.

Scheffel und Hebel interessierten sich vor allem für Kunst. Es würde sehr viel davon gesprochen, aber wenig Gutes getan. Dichter gäbe es massenhaft, mit großem Fleiß und wenig Begabung. Hebel lächelte und meinte: „Und wenn Du am e Krüzweg stohsch . . .", schüttelte mir herzlich die Hand und ging. Scheffel bat um „wirtschaftliche" Aufklärung und warf verstohlen einen flüchtigen Blick in den leeren Krug der Dame. Ich verstand. Auf normalem Wege sei das unmöglich, aber mit Beziehungen könnte . . . Und da lächelte er verschmitzt und verließ uns grüßend. Wenn ich mich nicht geirrt habe, summte er das Lied des Kellermeisters aus Undine.

So blieb als Letzte die Dame Stephanie mit allen ihren Blößen. Nicht hinschauen ist auch nicht höflich, und wenn schon Unhöflichkeiten begangen werden müssen, dann wählt man die angenehmere Seite. Sie betonte, daß das für sie nichts Neues sei und daß Bürgermeister und Stadtväter schon Jahrzehnte sie vom Grund des Brunnens aus betrachten, und mir harmlosen Jüngling sei es auch gestattet. Sie hätte dadurch schon soviel hören müssen, daß sie sich heute an nichts mehr stören würde. Am liebenswürdigsten wären zu ihr die Studenten gewesen, die sie einmal in nächtlicher Stille mit feiner Damenwäsche bekleidet hätten. Heute sei es restlos aus, sogar das Wasser hätte man ihr abgestellt, und sie würde darauf bestehen, daß dies unbedingt unter der Rubrik: „Es fiel mir auf", berücksichtigt würde. Ich versicherte, daß ich alles tun werde, was in meinen Kräften stehe und füllte ihr beim Gehen den Krug mit Wasser, um wenigstens etwas für sie getan zu haben. P. S.

Achtung, Radfahrer!

Auf Befehl der Militärregierung sind ab Montag, 8. Juli, für den Fahrradverkehr gesperrt: die Kaiserstraße, sowie Kaiserallee zwischen Westend- und Lessingstraße, Karlstraße zwischen Stefanien- und Reichsstraße, Ettlinger Straße zwischen Post- und Kriegsstraße, Karl-Friedrich-Straße zwischen Kriegs- und Kaiserstraße. Nicht berührt von diesem Verbot wird der Verkehr auf den Radfahrwegen. Die Kreuzung der genannten Fahrbahnen im Zuge anderer Straßen fällt nicht unter das Verbot. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß Zuwiderhandlungen nach der Straßenverkehrsordnung bestraft werden. Die Verordnung gilt auch dann, wenn die Schilder noch nicht angebracht sind.

Wettervorhersage. Am Wochenende vielfach stärker bewölkt, einzelne Regenfälle. Bei westlichen Winden meistens warm. Später wieder aufheiternd.

Rheinwasserstände. 5. Juli: Konstanz 455 (0), Kehl 348 (0), Maxau 551 (—4), Mannheim-Rh. 478 (—7), Mannheim-Neckar 470 (—12).

Arbeiten der AAK. an Grünflächen

Auf Anordnung der Militärregierung sind die in der Stadt befindlichen Splittergräben und Löschwasserteiche durch Sprengen und Einebnen zu beseitigen. Da diese Kriegsbauten meist auf öffentlichen Plätzen und Grünanlagen liegen, so kommt diese Arbeit auch den Grünflächen innerhalb der Stadt zugute, auf deren Zahl und Beschaffenheit die Stadtverwaltung und die Bevölkerung mit Recht immer stolz sein konnten.

Durch diese Splittergräben, durch Bombeneinschläge, durch häßliche Ablagerungen und andere Kriegsfolgen sind diese Anlagen in einen Zustand gekommen, in dem sie ihre Aufgabe, Erholungsstätten für die Bevölkerung und Spielplätze für die Jugend zu sein und allgemein den Aufenthalt hier in Karlsruhe für jedermann möglichst angenehm zu gestalten, nicht mehr erfüllen.

Mit der Beseitigung der Splittergräben und Löschwasserteiche hat die AAK. begonnen und an drei Samstagnachmittagen im Sallenwäldchen den freiwilligen Ehrendienst für die Erdarbeiten eingesetzt. Auch an der Verteilung der dort unverständlicherweise in großen Mengen vorgenommenen Ablagerungen ist gearbeitet worden.

Damit ist ein erster Schritt zum Wiederaufbau auch der hiesigen Grünanlagen gemacht. Die Hauptarbeit der AAK. bleibt natürlich auf lange Zeit die Räumung der Straßen und der Anwesen, sowie der hierbei möglichen Bergung aller noch brauchbaren Baustoffe und Hausgeräte. Arbeiten, die auch in den vergangenen Wochen trotz vieler Regentage sichtbare Fortschritte gemacht haben.

Erneuerung der Kesselanlage im neuen Rathaus

Die Heizungsanlage des neuen Rathauses ist schon ca. 40 Jahre alt und vollständig abgewirtschaftet. Röste und Rauchrohre sind defekt. Unter diesen Umständen ist eine einwandfreie Beheizung des Gebäudes, insbesondere nach Ausnützung der Räume im obersten Stockwerk, nicht möglich. Im vergangenen Winter haben sich die Mängel überall sehr stark bemerkbar gemacht und nach und nach mußten zur zusätzlichen Beheizung ca. 30 Oefen zur Aufstellung gebracht werden. Um die Beheizung des Neuen Rathauses in heizungstechnischer Beziehung sicher zu stellen, wird deshalb von fachmännischer Seite vorgeschlagen, die alten verbrauchten Kessel auszubauen und durch die im alten Rathaus befindlichen Kessel zu ersetzen. Diese Kessel sind ausreichend groß und für die Beheizung des neuen Rathauses genügend. Die Gesamtkosten für die vorgesehene Arbeiten sind auf rund 30 000 Reichsmark veranschlagt.

Fischeinkauf nicht hinausschieben. Der Fischabschnitt 7 der Lebensmittelkarte der 90. Zuteilungsperiode, sowie 28 und 29 des Beiblattes sind bis Ende Juli verfallen. Es liegt daher im Interesse der Bevölkerung, den Fischkauf bald vorzunehmen.

Vortragsreihe „Das Ausland". Im Rahmen der Vortragsreihe „Das Ausland" spricht am kommenden Montag, 8. Juli, 19.15 Uhr, im Redtenbachsaal der Technischen Hochschule der Herr Rektor, Prof. Dr. Ing. Plank, über das Thema: „Technik und Kultur in den Vereinigten Staaten von Amerika" (mit Lichtbildern).

Goldene Hochzeit feiern am 9. Juli die Eheleute Paul Raußmüller und Frieda, geb. Mehl, Rheinstr. 105.

Am 5. Juli feierten die Eheleute Gottfried Grimm, Blankenloch, Allmendstraße 3, das Fest der goldenen Hochzeit.

Den 85. Geburtstag begeht am 9. Juli in geistiger Frische Frau Rosa Konozak Wwe, Cäciliastraße 2a.

Geburtstag. Am 7. Juli wird Frau Maria Wenzel, Karlsruhe, Kriegsstraße 244, 90 Jahre alt.

Karlsruher Sterbefälle

Luise Ziegler geb. Hesselbacher, 71 J. Bernhardine Marhenke, 74 J. Karl Sautter, 75 J. Irmgard Maximiliane Burkert, 24 J. Johanna Kleinhans geb. Zoller, 30 J. Marie Knoch geb. Kasper, 70 J. Maximilian Ball, 73 J. Karl Kötzle, 75 J. Rosa Redl geb. Schleifer, 81 J. August Jörger, 33 J. Johann Deschle, 87 J. Udo Josef Müssig, 5 J. Luise Steiner geb. Gentner, 67 J. Adolf Leibbrand, 62 J. Hugo Christian Lüthje, 70 J. Martin Köhler, 58 J. Josef Mack, 70 J. Karoline Gottliebin Erb geb. Scharpf, 79 J. Anneliese Susanne Hohmann, 6 Monate. Gerlinde Margot Hofmann, 3 Monate. Harry Reiner Schäfer, 1 Monat. Elisabeth Anna Keller, 1 Monat. Joachim Manz, 2 Tage. Hansjörg Diener, 10 Stunden. Friedrich Göckel, 10 Minuten.

Polizeibericht

Ein Steinhauer wurde in der Durlacher Allee beim Ueberschreiten der Gleisanlage von einer heranfahrenden Straßenbahn erfaßt und erlitt hierbei eine Kopfverletzung. — In der Karlstraße stieß ein Personenkraftwagen mit einem Kraftrad zusammen, das in die Sofienstraße einbog. Der Kraftradfahrer erlitt hierbei Verletzungen; das Kraftrad wurde beschädigt. Auf der Kreuzung Jolly- und Gartenstraße stieß ein Lastwagen mit einem Personenkraftwagen zusammen. Dieser wurde erheblich beschädigt. Beide Male wurde der Unfall durch Nichtbeachtung der Vorfahrt verursacht. — Ein siebenjähriger Knabe aus dem Weiherfeld, der zum Baden an die Alb gegangen war, wird vermißt. — Ein dreijähriges Mädchen, das am Nachmittag von der elterlichen Wohnung weggegangen und seither vermißt war, wurde als Leiche in der Alb aufgefunden. Es hatte zu baden versucht und ist dabei ertrunken. — Einem Landwirt wurden von seinem Acker 180 Rapsgarben von unbekannten Tätern entwendet und mit Lastwagen abgefahren. — Ein Fuhrmann wurde festgenommen, weil er dringend verdächtig ist, Einbruchdiebstähle bei seinem Arbeitgeber vorgetäuscht und die angeblich gestohlenen Güter selbst weggeführt zu haben.

Nicht glücklich sein, sondern glücklich machen

Aus dem Rechenschaftsbericht des Oberbürgermeisters

Oberbürgermeister Veit gab in seinem Rechenschaftsbericht vor dem Karlsruher Stadtrat Grundsätze bekannt, die wir der allgemeinen Bedeutung wegen zur Kenntnis der Oeffentlichkeit bringen:

„Wer sich in der Zeit eines totalen, nationalen, wirtschaftlichen, politischen, moralischen und kulturellen Zusammenbruchs seines Volkes für die Uebernahme öffentlicher Aemter zur Verfügung stellt, darf sich weder durch materielle Erwartungen noch durch Ruhmsucht dazu bestimmen lassen. Denn abgesehen davon, daß diese Motive völlig ungeeignete Navigationsinstrumente auf der Fahrt durch den aufgewühlten Ozean unserer Zeit wären, würde der Lotse, der sie als Kompaß benützt, sehr bald enttäuscht das Steuer aus der Hand geben, weil er erkennen würde, daß er weder in der einen noch in der anderen Richtung ans Ziel kommt. Wer ein so arm gewordenes Volk, wie das deutsche, an irgendeiner Stelle des öffentlichen Dienstes zu führen hat, muß sich den Gedanken dabei zu Wohlstand zu gelangen, endgültig aus dem Kopfe schlagen. Wer zu einer Zeit, in der für ein Volk nur Arbeit und Entbehrungen, Schweiß und Tränen erwartet werden können, für sich und seine, wenn auch noch so aufopfernde Tätigkeit, Ehre und Ruhm erhofft, sollte sich lieber im Narrenhaus als auf dem Rathaus melden.

Nur derjenige, der erkannt hat, daß es in dieser Welt nicht unsere Aufgabe sein kann, glücklich zu sein, sondern glücklich zu machen, wobei es gleichgültig ist, ob Ausgangspunkt dieser Erkenntnis die Ethik demokratischer Humanität, der Idealismus sozialistischer Lehre oder die Tiefe des christlichen Glaubens ist, nur wer dem einzig menschenwürdigen und deshalb anzuerkennenden Lebensideal sich verschrieben hat, Diener seines Volkes und gleichzeitig Kämpfer für eine Aufwärtsentwicklung der Menschheit zu sein, ist heute berufen, führende Stellen im Volke einzunehmen. Es wird dem Menschen heute nicht leicht gemacht, Idealist zu sein und an einen Fortschritt des Menschengeschlechts zu glauben, nachdem wir in den letzten Jahren in eine Tiefe finsterster Barbarei gestürzt sind, die in der Menschheitsgeschichte ohne Beispiel ist. Wir dürfen, wenn wir uns nicht selbst aufgeben und die Barbarei nicht verewigen wollen, den Glauben nicht verlieren, daß ein solcher Sturz den Menschen zeigen soll, daß sie auf dem falschen Weg waren, wir wollen der Hoffnung nicht entsagen, daß das Untermenschentum der nationalsozialistischen Herrschaft ein Teil jener Kraft war, die stets das Böse will und doch das Gute schafft. Wir glauben trotz allem Tierischen, was wir mit Grauen und Schaudern erlebt haben, an das Göttliche im Menschen und sehen die ungeheuere Aufgabe unserer Zeit darin, den durch gewaltige moralische Trümmermassen versperrten Weg zu edlem Menschentum freizulegen und die Menschheit diesen Weg zu führen. Es ist ihre letzte Chance. Wenn sie nicht ergriffen wird, wenn die Bewegung anhält, daß die Menschheit, je weiter sie im technischen Fortschritt voranstürmt, desto mehr sich von den Idealen der Humanität entfernt, dann wird sie in einem titanischen Amoklauf ihrem Untergang entgegeneilen.

Einer solchen abgründigen Entwicklung, sich um jeden Preis und auf jede Gefahr entgegenzustellen, muß die Aufgabe aller Gutgesinnten sein, denen ihr persönliches Schicksal gleichgültig ist, wenn es um die Sache ihres Volkes und der ganzen Menschheit geht.

Wir wissen, daß uns keine Lorbeeren winken. Wer sich heute aus der Masse erhebt, dient vielen nur als Zielscheibe und mancher meint, es sei das Wesen der Demokratie, möglichst oft auf diese Scheiben zu schießen, nicht selten mit vergifteten Pfeilen. Es ist, wir wissen es, die Folge einer zwölfjährigen systematischen moralischen Verlumpung unseres Volkes. Sollten wir darüber verzagen, so wären wir gleich einem Lehrer, der sein Amt niederlegt, weil die Schüler der ersten Klasse zur Schule kommen, ohne schreiben zu können. Wir halten vor uns den Schild untadeliger Amtsführung und Gesinnung. Um so dankbarer empfinden wir die Anerkennung gutgesinnter Menschen, die die gleichen Ideale beseelen wie uns."

Der Arbeitsminister in Krankheitsurlaub

Zur Wiederherstellung seiner Gesundheit ist Arbeitsminister Kohl ab 1. Juli 1946 auf zirka 4 bis 6 Wochen von Stuttgart abwesend. Sein Vertreter im Amt ist Ministerialdirektor Stetter, der in ständiger Verbindung mit dem Arbeitsminister steht.

Spende im Wahlumschlag

Auch bei der Wahl zur verfassunggebenden Landesversammlung wurde vermutlich vom selben unbekannten Wähler wieder ein größerer Geldbetrag seinem für die SPD abgegebenen Stimmzettel beigelegt. Der Betrag kam richtig in unseren Besitz. Dem Spender sei herzlich gedankt.

Sekretariat der Sozialdemokratischen Partei.

Schwarzhandel mit Penicillin aufgedeckt

Heidelberg, 5. Juli. (DANA) Sieben Deutsche, die beschuldigt werden mit gestohlenem Penicillin Schwarzhandel getrieben zu haben, unter ihnen der Spezialarzt für Kinderkrankheiten, Dr. Gerhardt Krumacher, wurden verhaftet und werden sich vor dem Mittleren Militärgericht zu verantworten haben. Das Penicillin wurde aus einem amerikanischen Heilmittellager in Weinheim gestohlen und durch Dr. Krumacher verteilt. Große Mengen des gestohlenen Gutes wurden sichergestellt. Außerdem wird Krumacher der Fragebogenfälschung beschuldigt.

Spielplan des Badischen Staatstheaters

Montag, 8. 7., 19 Uhr: Tiefland. Dienstag, 9. 7., 18 Uhr: Die Hochzeit des Figaro. Mittwoch, 10. 7., 19 Uhr: Tanz-Abend. Donnerstag, 11. 7., 19 Uhr: Wir heißen Euch hoffen. Freitag, 12. 7., 19 Uhr: Tiefland. Samstag, 13. 7., 19 Uhr: Tanz-Abend. Sonntag, 14. 7., 11 Uhr: Wir heißen Euch hoffen; 15 Uhr: Froher Sonntag-Nachmittag; 19.30: Schwarzwaldmädel.

Alemannische Dichtung und Musik

4. Abend im Zyklus der Evangelisch-Katholischen Arbeitsgemeinschaft

Den 4. Abend im Rahmen ihrer sommerlichen, dem deutschen Genius gewidmeten Veranstaltungen führte die Evangelisch/Katholische Arbeitsgemeinschaft am Donnerstag (4. 7.) im Bonifatiussaal durch. Alemannische Dichtung und Musik wurde in bester Auswahl einem aufmerksamen Auditorium geboten. In Vortrag und Lesung wurden Leben und Werk der beiden klassischen Vertreter alemannischer Poesie, J. P. Hebel und Jeremias Gotthelf, lebendig. Dozent Dr. Hans Georg Fernis zeichnete in fesselnden Strichen die Lebensbilder Hebels (1760—1826) und Gotthelfs (1797—1854), deren Leben und Schaffen ein an Ereignissen reiches Jahrhundert umschließt. Hebel hat die alemannische Mundart in die deutsche Literatur eingeführt. Es ist das Bild der Heimat, das Hebel in seinen Gedichten erstehen läßt. Weitherzigkeit ist eine der hervorstechendsten Eigenschaften des Menschen und Theologen Hebel, ohne jede konfessionelle Engstirnigkeit. Hebels biblische Geschichten für Schulkinder wurden auch von katholischen Geistlichen in der Schule verwendet. Im einzelnen befaßte sich der Vortragende mit dem umfangreichen und vielseitigen dichterischen Werk J. P. Hebels. Wie bei diesem haben auch bei J. Gotthelf Stadt und Land auf dessen Jugend eingewirkt. Nach ausgedehnten Reisen durch Deutschland und kurzer Vikartätigkeit in Bern entscheidet sich Gotthelfs dichterische Berufung, als er, strafversetzt, sein ganzes übriges Leben als Pfarrer in einer abgelegenen Gegend des Berner Landes zuzubringen gezwungen wird. In der Einsamkeit wuchs Gotthelf zum Dichter heran. Natur und Geschichte beherrschen Gotthelfs Denken und Dichten. In der Vergangenheit sucht er die Offenbarung Gottes. Die Natur sieht er nur in ihrer Bezogenheit auf Göttliches und Ewiges. Gotthelf stand wie Hebel jenseits von kirchlichen Lehrstreitigkeiten. Kein schweizerischer Dichter hat wie Gotthelf um die politische Gestaltung seines Landes gerungen. Gotthelf hat der deutschen Literatur den ersten Bauernroman geschenkt und damit auch seinen Ruf als Volksschriftsteller begründet. In allen Dichtungen Gotthelfs und J. P. Hebels offenbart sich eine tiefe religiöse Verwurzelung zusammen mit der Forderung, daß vor den Forderungen des Geistes und des Volkstums die Interessen des Staates und des Besitzes zurückzutreten haben.

Staatsschauspieler Prüter gab aus Hebels und Gotthelfs dichterischem Schatz einige kostbare Perlen. Alemannische Musik vermittelte die Bläser-Kammermusikvereinigung der Badischen Staatskapelle, die das Bläserquartett in Es-Dur von Karl Stamitz (1746—1801) in virtuoser Vollendung spielte und wie die übrigen Mitwirkenden des Abends lebhaften und dankbaren Applaus erntete.

Der nächste Abend der Arbeitsgemeinschaft ist am Dienstag, 9. Juli 1946, für Albert Schweitzer, den großen Missionar, Philosoph und Musiker, eingerichtet. L. A.

SPORT

Süddeutsche Fußball-Oberliga. Phönix Karlsruhe gegen 1. FC Nürnberg, Schwaben Augsburg — Eintracht Frankfurt. 14. Juli: FSV Frankfurt — 1860 München, FC Schweinfurt — VfR Mannheim.

TuS Beiertheim — Olympia Hertha, Samstag, 19.30 Uhr, Spielplatz hinter dem Hauptbahnhof.

Handball. Neureut — Grünwinkel, Malsch — Beiertheim.

Städtespiel Mannheim — Karlsruhe

Beim Städtespiel am Sonntag, den 7. Juli 1946 anläßlich des Verbandstages in Heidelberg-Eppelheim werden folgende Spieler die Farben von Karlsruhe vertreten: Jene (Mühlburg); Hauer (Knielingen), Stephan (Mühlburg); Seeburger (Mühlburg, Koch (Knielingen), Rastetter (Daxlanden); Fischer (Mühlburg), Bechtold, Grobs (Knielingen), Rastetter (Mühlburg), Burger (Daxlanden).

Omnibus-Fahrzeiten zum Fußball-Verbandstag nach Heidelberg-Eppelheim am 7. 7. 1946. 7.15 Uhr ab Mühlburg-Lameyplatz, 7.20 Uhr ab Hauptpost, 7.30 Uhr ab Bahnpost, 7.35 Uhr ab Marktplatz, 7.45 Uhr ab Einfahrt zur Autobahn Durlacher Allee. Die Vereinsvertreter werden gebeten, pünktlich an den jeweiligen Haltestellen zu sein, da der Omnibus unter allen Umständen bis zum Tagungstermin um 9.00 Uhr in Eppelheim sein muß. Rückfahrt ab Heidelberg-Eppelheim gegen 18.00 Uhr. Endstation Karlsruhe, Durlacher Tor. Abfahrt der Spieler: 12.30 Uhr.

Tagung der Fußballvereine des Stadt- und Landkreises Karlsruhe

Der Badische Sportverband hatte für Sonntag, den 30. 6. sämtliche Fußball-Vereine des Stadt- und Landkreises Karlsruhe zu einer Vorbesprechung für den kommenden Fußball-Verbandstag am kommenden Sonntag in Eppelheim ins „Rote Haus" eingeladen. Die Tagesordnung umfaßte drei Punkte, Lagebericht, Verbandstag und Verschiedenes. Kreisfachwart Kuhfeld gab zu Beginn der gutbesuchten Versammlung einen umfassenden Bericht über die allgemeine Lage im badischen Fußballsport und ging insbesondere auch auf das Verhältnis der Vereine der Süddeutschen Verbandsliga zu den einzelnen Landesverbänden, sowie den Vereine der unteren Spielklassen ein. Er betonte dabei, daß es untragbar sei, daß Vereine weiterhin eine Sonderstellung einnehmen. Gewisse Vorkommnisse, wie Spielerübertritte usw. geben zu ernsten Besorgnissen Anlaß. Dieser Zustand müßte unbedingt in der nächsten Spielzeit aufhören und aus diesem Grund soll auf einer Aufhebung der Oberliga bestanden werden.

Zu Punkt 2 gab dann Kreisfachwart Kuhfeld einen Plan bekannt, wie die Neueinteilung in der kommenden Spielzeit vorgenommen werden soll. Unter der Voraussetzung, daß die Verbandsliga aufgehoben wird, ist dabei geplant, insgesamt 5 Spielklassen vorzusehen und zwar Oberliga, Verbandsliga, Bezirksklasse und Kreisklasse 1 und 2. Dieser Plan wurde in der folgenden, äußerst regen Diskussion dahingehend abgeändert, daß nur vier Klassen vorzusehen sind. Endgültige Beschlüsse in dieser Hinsicht können selbstverständlich erst auf dem Verbandstag gefaßt werden.

Zu Punkt 3 konnten den anwesenden Vereinen u. a. noch eine erfreuliche Mitteilung gemacht werden, jeder der anwesenden Vereine konnte einen Bezugsschein für ein Paar neue Fußballstiefel in Empfang nehmen.

Generalversammlung des FC. West 1932 Karlsruhe

Am 28. Juni 1946 hatte der FC West eine Außerordentliche Mitgliederversammlung einberufen, in deren Verlauf eine neue Vorstandschaft, die sich aus den Herren Götz, Biel sen., Zorn, Weißenberger A., Zimmermann und Erhardt zusammensetzt, gewählt wurde.

50 Jahre Rintheimer Turn- u. Sportverein 1896. Aus diesem Anlaß wird am Samstag, den 20. ds. Mts. im Kantinensaal der Fa. Haid & Neu ein Festabend unter Mitwirkung von Künstlern des Badischen Staatstheaters stattfinden. Am Sonntagnachmittag, den 21. Juli, veranstaltet der Verein im Städt. Konzerthaus ein Jubiläums-Schauturnen und in der darauffolgenden Woche vom 22. bis 28. Juli wird ein Handballturnier um den Wanderpreis des Jubiläumsvereins alle namhaften Karlsruher Handballmannschaften im Wettstreit sehen.

DIE WIRTSCHAFT

Für Wiederbelebung deutschen Außenhandels

Berlin, 5. Juli. (DANA) Der Leiter der Export-Importstelle der Wirtschaftsabteilung der amerikanischen Militärregierung für Deutschland, Mister Roy I. Bullock, wird zu einer zweiwöchigen Reise nach den Ver. Staaten starten, um dort mit Regierungsstellen in Washington und möglichen Käufern von in Deutschland gefertigten Exportwaren zu verhandeln. Diese Maßnahme ist als ein neuer Schritt der amerik. Militärregierung zur beschleunigten Wiederbelebung des deutschen Außenhandels anzusehen.

Mister Bullock wird drei Kisten mit Mustern der in der amerik. Besatzungszone Deutschlands hergestellten Waren mitnehmen, die für den Export in Frage kommen. Die insgesamt 75 Kilo Mustergüter werden u. a. Lederwaren, Spielzeug und Schmuckgegenstände enthalten. Die Verhandlungen in den Ver. Staaten sollen den Export deutscher Waren dorthin und die Durchführung einer sofortigen Lieferung von Leder- und Spielwaren zum Gegenstand haben.

Der Gewinn aus diesen Ausfuhren soll für die Einfuhr von Nahrungsmitteln und anderen lebensnotwendigen Gütern nach Deutschland verwendet werden.

Wirtschaftsvereinigung der Eisen- und Stahlhändler Württemberg-Baden. Die vor einiger Zeit mit Genehmigung der zuständigen Stellen ins Leben gerufene Wirtschaftsvereinigung der Eisen und Stahlhändler Württemberg-Baden hielten unter dem Vorsitz der Herren Dr. Heine, Stuttgart und Fritz Kühn, Mannheim, am 28. Juni in Mannheim eine Mitgliederversammlung ab. Es wurde dabei zur Kenntnis gebracht, daß eine für die gesamte US-Zone geplante Verordnung in Vorbereitung ist, die durch Einführung eines Eisenscheck-Verfahrens die Unterbringungsdauer der Aufträge für Werkslieferungen wesentlich verkürzen soll. Daneben sollen die Eisenmarken für Lieferungen ab Lager ihre Gültigkeit behalten.

Kohlenförderung in Westdeutschland erneut gestiegen. Die Kohlenförderung im Ruhrgebiet und im Rheinland ist in den letzten 2 Wochen erneut gestiegen. Mitte Juni betrug die Tagesförderung 172 000 Tonnen, am Ende der vergangenen Woche 181 000 Tonnen. Damit hat die Förderung wieder den gleichen Stand erreicht, auf dem sie vor der Kürzung der Rationen in der britischen Zone angelangt war. (DANA)

Höchstpreise für Tankholz festgesetzt. Die Preisaufsichtsstelle im württemberg-badischen Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr in Stuttgart hat für Holz zum Betrieb von Holzgasgeneratoren Höchstpreise festgesetzt. Danach darf der Raummeter bei direkter Abgabe an die Produktionsstätte 23 RM und beim Verkauf an der Tankstelle 31 RM kosten. (DANA)

DAS WORT DER FRAU

Annette von Droste-Hülshoff

Wer am Bodensee das schöne, alte Städtchen Meersburg besucht, versäumt nicht, das hochgelegene Schloß zu besichtigen, in dem eine der bedeutendsten Dichterinnen Deutschlands ihre letzten Jahre verlebte und starb. Viele hohe Stufen einer steinernen Treppe führen zu dem kleinen Zimmer, das abseits der Wohnräume ihrer Verwandten, des Schloßherrn Laßberg und seiner Familie, liegt und eine weite Aussicht auf den See und das Land bieten. Steinern und hart war auch der Weg, den das Leben dieser seltenen Frau ging, der aber zu einem Weitblick der Seele führte, in dem sie letztlich in einsamer Höhe zurückblieb — unverstanden, verkannt, von den Menschen, welche sie liebte.

In ihrer westfälischen Heimat führte sie das Leben eines mittellosen, adeligen Fräuleins. Aber nach der Tradition ihrer Familie „von rastlosem, gründlichem Fleiß" beim Studium von Sprachen, Mathematik, Naturwissenschaften, und zur Klärung ihrer eigenen Stellung immer wieder in Diskussion mit bedeutenden Menschen ihrer Zeit. In dem Ringen um die eigene Form in ihrer Dichtung ließ sie sich jedoch nicht hineinreden. Gingen auch ihre Gefühle von „himmelhoch jauchzend bis zum Tode betrübt", so war doch ihre ganze Persönlichkeit verankert in der Kraft und Klugheit einer starken Seele. Beim Lesen ihrer Briefe, Dichtungen und Biographien überkommt einen der Wunsch, daß sich viele junge Frauen heute in diese Lektüre vertiefen möchten. Ist doch in diesen Werken und damit auch in dem Leben dieser Dichterin der typische Kampf der Frau zwischen ihrem gefühlsmäßigen Sein und ihrem realen Tun sichtbar. Die Verpflichtung gegenüber ihrer Künstlerschaft hat Annette von Droste-Hülshoff freilich ebenso in Tiefen und Höhen geführt, wie ihr persönliches Gefühlsleben, denn auch ihr Arbeiten war ein Ringen um Wahrheit und Vollkommenheit. Wie sie, die gesundheitlich sehr leidende, das Leben der unverheirateten Frau zu einer Zeit enger gesellschaftlicher Schranken meisterte, erfüllt mit Ehrfurcht. Ihre reine Liebe zum Kosmos, ihre Liebe zu den Menschen, ihr Ringen um die Gotteskindschaft, waren die treibenden Kräfte ihres Lebens.

Die Dichterin ist am 10. Januar 1797 bei Münster in Westfalen geboren und am 24. Mai 1848 auf der Meersburg gestorben. Am bekanntesten ihrer Dichtungen ist die „Judenbuche", das umfassendste und tiefste Werk ist wohl ihre Dichtung „Das Geistliche Jahr", eine Sammlung von 25 Gedichten. An ihnen hat sie jahrelang gearbeitet und ihr ganzes religiöses Leben und Kämpfen hineinversenkt. In ihren Balladen läßt sie die alten Zeiten Westfalens auferstehen. Eine tiefe Liebe zur Natur und allem Lebendigen lebt in allen ihren Gedichten. Elgro.

In der Städt. Volksbücherei, die zur Zeit in der Telegraphenkaserne (Endstation der Straßenbahnlinie 5) sich befindet, sind erfreulicherweise die Werke der Droste-Hülshoff vorrätig.

Kinder am Ufer

O sieh doch! siehst du nicht die Blumenwolke
Da drüben in dem tiefsten Weiherkolke?
O, das ist schön! hätt' ich nur einen Stecken,
Schmalzweiße Kelch' mit dunkelroten Flecken,
Und jede Glocke ist frisiert so fein
Wie unser wächsern Engelchen im Schrein.
Was meinst du, schneid' ich einen Haselstab
Und wat' ein wenig in die Furt hinab?
Pah! Frösch' und Hechte können mich nicht schrecken —
Allein, ob nicht vielleicht der Wassermann
Dort in den langen Kräutern hocken kann?
Ich geh', ich gehe schon — ich gehe nicht —
Mich dünkt, ich sah am Grunde ein Gesicht —
Komm, laß uns lieber heim, die Sonne sticht!

A. v. Droste-Hülshoff aus „Heidebilder".

Die Frau als Gärtnerin

Wie oft werde ich nach meinem Beruf gefragt! Wenn ich dann mit innerer Zufriedenheit sagen kann: „Ich bin Gärtnerin", so heißt es meistens: „Ach, wie reizend, immer im Freien sein, unter lauter Blumen!" Dann muß ich zwar zustimmen, daß der Gärtnerinnenberuf sehr schön, aber doch nicht nur „blumig" ist. Die Gärtnerin muß von der Anzucht jeder Gemüseart und von der Pflege der Obstbäume, der Beerensträucher und des Weines genau so viel verstehen wie von den Blumen.

Die wenigsten wissen, daß es eine gärtnerische Ausbildung auch für Mädchen gibt, vom Lehrling zur Gehilfin und Gärtnerin, und weiter zur Gartenmeisterin, oder, je nach Veranlagung, zur Gartenbaulehrerin. Es sind nur Mädchen geeignet, die ihren Beruf selbstlos und pflichtbewußt erfüllen. Wie man ein kleines Kind wachsam im Auge behält, so muß auch die Gärtnerin mit liebevollem Einfühlungsvermögen über ihren Pflanzen wachen.

Noch niemals war es dringlicher als heute, unserem Boden so intensiv wie nur irgend möglich zu bebauen. Ist doch Deutschland nach diesem furchtbaren Krieg so viel kleiner geworden, und die Zahl der hungrigen Menschen darin viel zahlreicher. Da gilt es den Einsatz aller Kräfte, um jedes Stückchen Land zu bepflanzen.

Trotz der Dringlichkeit einer guten Bodenausnützung soll die Gärtnerin die „blumige Seite" ihres Berufes nicht vergessen. Ein kleines Plätzchen wird sie für Sommerblumen und Stauden immer übrig haben. Wieviel Freude und unschuldige Schönheit kann uns doch ein Strauß von bunten Blumen entgegenstrahlen. Sie lassen uns bei stiller Beschaulichkeit etwas ahnen von göttlicher Allmacht, die über aller Erdenschwere steht.

Wie kommt nun die Gärtnerin zu einer guten Ausbildung? Zunächst hat sie nach Ablauf der Schule eine 2—3jährige Lehrzeit durchzumachen. Aus eigener Erfahrung heraus möchte ich jedem Mädchen anraten, eine möglichst vielseitige Lehrzeit zu durchwandern. Wenn oft gesagt wird, die ausgebildete Gärtnerin gehört vor allem in den hauswirtschaftlichen Gartenbau, so gilt dies nicht für die Zeit des Lernens. Jeder weibliche Lehrling sollte zumindest ein Jahr in einem großen Erwerbsbetrieb gearbeitet haben. Dort lernt sie flottes Arbeiten und wird bei der Massenanzucht von Pflanzen an die bestmöglichen Handgriffe und an die rationellste Verwendung des vorhandenen Betriebsmaterials gewöhnt. Der weibliche Lehrling im Großbetrieb sollte sich auch einige Kenntnisse der vorhandenen Maschinen aneignen, sei es der Gebrauch von Kultivatoren oder Sämaschinen und Topfmaschinen, oder der Bedienung der Kessel (Heizungsanlage). Sie soll sich so viel wie möglich überall umsehen. Trotzdem kann es dem Lehrling in einer großen Erwerbsgärtnerei passieren, daß er etwas einseitig ausgebildet wird.

Anders liegt die Sache im Kleinbetrieb. Hier sind weniger Arbeitskräfte. Das bringt ohne weiteres mit sich, daß der Lehrling dort viel mehr mit dem Betrieb verwächst, weil er an allen Kulturen persönlichen Anteil hat. Dadurch erwachen Verantwortungsbewußtsein und Umsicht. Im Kleinbetrieb wird der Lehrling merken, daß der gute Gärtner auch handwerklich auf der Höhe sein muß. Er wird sich als Glaser betätigen bei der Instandhaltung von Mistbeet- und Gewächshausfenstern; er wird vielleicht lernen, wie man Mistbeete baut und Strohmatten flicht. Am Schluß der Lehrzeit wird die gärtnerische Werkprüfung abgelegt und berechtigt die Gärtnerin, als Gehilfin im Gartenbau zu arbeiten.

Die Gärtnerin, die in ihrem Beruf noch weiterkommen will, wird nach einjähriger Lehrzeit eine Gartenbauschule besuchen. Voraussetzung hierfür ist eine höhere Schulbildung, zumindest bis zum Einjährigen. Die Gartenbauschulen führen Unter- und Oberklasse und schließen mit der staatlichen Gärtnerinnenprüfung. Dieses Examen bildet das Sprungbrett zu jeder höheren Ausbildung der Gärtnerin. Zuerst wird sie aber mehrere Jahre der Praxis durchmachen, um ihr Wissen zu festigen und zu vertiefen. Als Krönung ihrer Berufslaufbahn kann die Gärtnerin die Meisterprüfung ablegen und ist damit berechtigt, selbst Lehrlinge anzulernen. Oder sie neigt, wie anfangs schon ausgeführt, mehr zum Lehrerinnenberuf und wird das Seminar für Gartenbaulehrerinnen besuchen. Wer sich auf die Dauer weniger für die rein praktische Ausübung des Berufes interessiert, kann sich auch wissenschaftlich im Gartenbau betätigen. Es gibt manche Gartenbautechnikerin, die in ihrem Beruf schöpferische Arbeit leistet. Ebenso werden in gärtnerischen Versuchsanstalten gern Gärtnerinnen angestellt, weil sie zuverlässig und gewissenhaft arbeiten.

Wir sehen, der Frau als Gärtnerin stehen viele Wege offen. Sie hat einen gesunden Beruf und kann darin viel Gutes leisten. Auskunft über Schulen und Lehrstellen gibt die Berufsberatungsstelle beim Arbeitsamt. Erika Schüppel-Horstmann

Worte von Albert Schweitzer

Arzt wollte ich werden, um ohne irgendein Reden wirken zu können. Jahrelang hatte ich mich in Worten ausgegeben. Mit Freudigkeit hatte ich im Beruf des theologischen Lehrers und des Predigers gestanden. Das neue Tun aber konnte ich mir nicht als ein Reden von der Religion der Liebe, sondern nur als ein reines Verwirklichen derselben vorstellen. Aerztliche Kenntnisse ermöglichten mir dieses Vorhaben in bester und umfassendster Weise, wohin auch immer der Weg des Dienens mich führen mochte. In Hinsicht auf den Plan mit Äquatorialafrika war ihr Erwerb noch in besonderer Weise angezeigt, weil in der Gegend, wohin ich zu gehen gedachte, ein Arzt nach den Berichten der Missionare das Notwendigste des Notwendigen war. Ständig klagten sie in dem Missionsblatt darüber, daß sie den Eingeborenen, die sie in körperlicher Not aufsuchten, nicht die erforderliche Hilfe bringen könnten. Um einmal der Arzt dieser Armen sein zu können, lohnte es sich, so urteilte ich, Student der Medizin zu werden. Wenn mir die dafür zu opfernden Jahre zu lange vorkommen wollten, hielt ich mir vor, daß Hamilkar und Hannibal den Marsch auf Rom durch die langwierige Eroberung Spaniens vorbereitet hatten.

Ungeheure Werte bleiben durch Versäumnisse in jedem Augenblicke im Zustande des Nichts. Was aber davon Wille und Tat wird, bedeutet einen Reichtum, den man nicht unterschätzen soll. Unsere Menschheit ist gar nicht so materialistisch, wie es in törichtem Gerede immerfort behauptet wird. Nach dem, wie ich die Menschen kennengelernt habe, steht mir fest, daß unter ihnen viel mehr ideales Wollen vorhanden ist, als zum Vorschein kommt. Wie die Wasser der sichtbaren Ströme wenig sind im Vergleich zu denen, die unterirdisch dahinfluten, so auch der sichtbar werdende Idealismus im Vergleich zu dem, den die Menschen unentbunden oder kaum entbunden in sich tragen. Das Unentbundene entbinden, die Wasser der Tiefe an die Oberfläche leiten: die Menschheit harrt derer, die solches vermögen. Albert Schweitzer.

Sein Menschenleben neben dem Berufsleben rettet sich, wer auf die Gelegenheit aus ist, in persönlichem Tun, so unscheinbar es sei, für Menschen, die eines Menschen bedürfen, Mensch zu sein. Dadurch stellt er sich in den Dienst des Geistigen und Guten. Kein Schicksal kann einem Menschen dieses unmittelbare menschliche Dienen im Nebenamt versagen. Wenn so viel davon unverwirklicht bleibt, liegt es daran, daß es versäumt wird. Daß jeder in der Lage, in der er sich befindet, darum ringt, wahres Menschentum an Menschen zu betätigen: davon hängt die Zukunft der Menschheit ab. Albert Schweitzer.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Gottesdienste

Evang. Gottesdienste. Karlsruhe, Albpfarrei, 9.30 Uhr. Geibelstraße 5: 9 und 10. Markuskirche: 9.30. Christuskirche: 10, 20, m. Abendm. Matthäuskirche: 10, 18, Abendmahl. Weiherfeld: 8. Wilhelmstr. 14: 8.30 und 9.45. Luisenstr. 53: 8 und 9.30. Haizingerstr.: 8 und 9.30. Rintheim: 14. Rüppurr: 9.30.

Katholische Gottesdienste Sonntag, den 7. Juli 1946. St. Stephan: Agneshaus (Hirschstr. 35b) 6, 7, 9, 10.15 und 11.30 U. **Christuskirche:** 8 U., Adlerstr. 26: 8. u. 10.15 U. **U. L. Frau:** 6, 6.45, 7.45, 9, 10 u. 11.30 Uhr in der „Wallhalla" (Augartenstr. 27). **St. Bernhard:** 6, 7.30, 8.30, 9.30, 11.30 Uhr. **St. Bonifatiuskirche:** 7, 8, 9, 10, 11.15 Uhr. **Herz-Jesu-Kirche:** (Grenadierstraße 17) 9 Uhr Hochamt. **St. Elisabeth:** 6.30 Uhr, 7.30 Uhr in der Mathäuskirche (Vorholzstraße 47), 10 Uhr Beiertheim. **Mühlburg:** 7 Uhr Herz-Jesu-Stift (Peter und Paulsplatz 5), 6.30, 7.30, 8.45, 10, 11.15 Uhr. **Weiherfeld-Dammerstock:** 6, 7.30, 9.30, 11 Uhr. **Bulach:** 6.30, 8, 10 Uhr. **Rüppurr:** 6.30, 8, 10 Uhr. **Daxlanden:** 7, 8, 9.30 Uhr. **Grünwinkel:** 7.30, 9.30 Uhr. **Knielingen:** 8.30 Uhr. **Eggenstein:** 10.30 U. **St. Konrad:** (Kärcherstr. 1) 8, 10 Uhr. **Rintheim:** 7.30, 9.15 Uhr. **Durlach:** 7, 9, 10.30 Uhr. **Hohenwettersbach:** 9 Uhr. **Grötzingen:** 7, 9 Uhr.

Alt-kathol. Gemeinde. Sonntag, 9.30 Uhr Amt mit Predigt und Erstkommunion, Kriegsstraße 88.

Erste Kirche Christi, Wissenschafter, Karlsruhe, Richard-Wagner-Str. 11. Gottesdienst: Jeden Sonntag, 10 Uhr; jeden Mittwoch, 7 Uhr.

Familien-Nachrichten

Bruno Köhl, uns. lb. Vater u. Großvater, wurde am 28. 6. 46 im Alter von 74 J. von seinem Leiden erlöst. Für Anteilnahme herzlichen Dank. Im Namen der Hinterbliebenen: Irma Dauth geb. Köhl, Geranienstr. 24.

Hugo Lüthje, K.-Musiker, m. lb. gt. Mann, w. a. 22. 6. v. s. schw. Leiden erlöst. F. erw. Teiln. herzl. D., bes. Herrn Pf. Stupp sowie d. Herren d. Bad. Staats-Th. In tief. Schmerz: Fr. Anna Lüthje geb. Gustavsen u. Ang.

Wilhelm Schleifer, mein guter Mann, ist am 23. 6. von uns gegangen. Allen, die ihm das letzte Geleit gaben, sowie f. d. überreichen Blumensp. sage ich m. herzl. Dank. Anna Schleifer, Hagsfeld, Ruschgraben 107.

Luise Büchner, geb. Enghofer, uns. lb., gute Mutter, ist a. 4. 7. 46 sanft entschl. Beerd. a. 8. 7. 46, 14 Uhr. Im Namen all. trauernd. Hinterblieb.: Karl Julius u. Frau Luise, geb. Büchner. Durlach, Pfinztalstraße 64.

Julius Baumgart, Renter, m. lb. Mann, uns. gut. Vater, Schwiegerv. u. Opa, starb n. lang. Krank. i. Alt. v. 87 J. In tf. Tr:. Frau K. Baumgart geb. Deubner u. Ang. Hardtstr. 30. Beerdig. Mont. 10 Uhr vorm., Hauptfriedh.

Anna Merz geb. Oberle, m. lb. Frau, u. g. Mutt. u. Oma, ist a. 3. 7. 46 versch. I. t. Tr. Gg. Merz, Malermeist. u. Feuerwehrk., W. Merz u. Fam., n. Ang. Khe., Philippstr. 33, Frankf./M., Beerd. 6. 7. 46, 15 Uhr, Friedh. Mühlbg.

Ihre Verlobung geben bekannt: Martha Hantke, geb. Mößner, Kaiserallee 115 — Walter Schwall, Daxlanden, Federbachstr. 24. Sonntag, den 7. Juli 1946.

Als Verlobte grüßen: Else Korn, Karlsruhe, Kronenstr. 54, Hermann Geither, Malermeister, Mannheim, Prinz-Wilhelmstraße 4. 7. Juli 1946.

Ihre Verlobung geben bekannt: Christa Schondelmaier — Rolf Weißbach. Hornberg/Schwarzwald, Hauptstraße 11, Karlsruhe, Karlstraße 58. — Juli 1946.

Als Vermählte grüßen: Erich Herre, Redakteur, und Maria Gehrig, geb. Sonnet. Pforzheim, 2. 7. 1946. Hetzenbergweg 16.

Ihre Vermählung geben bekannt: Otto Köhler, Pfarrer — Lore Köhler, geb. Kühn. 6. Juli 1946. Karlsruhe, Damaschkestraße 20. Trauung: Christuskirche, 12 Uhr.

Ihre Vermählung beehren sich anzuzeigen: Rolf Werle — Herta Werle geb. Letzeisen, Bruchsal — Hausach i. K. 6. Juli 1946.

Hans-Peter. In großer Freude geben wir die Geburt uns. ersten Kindes bekannt. Hans Scheib u. Frau Liesel, geb. Reiß. Karlsruhe, Mörscherstr. 15, 2. Juli 1946.

Marianne-Luise. Die Geburt eines Töchterchens zeigen in dankb. Freude an: Artur Zipf u. Frau Luise geb. Jacob, z.Zt. N. Vinzentiuskr. Dr. Stahl. Khe., 2.7.46, Nokkst. 15.

Veranstaltungen

Gloria-Palast (Rondellplatz): Ab heute unser neues Programm „Sie trafen sich in Moskau". Ueber das ewige Thema der Frau zwischen zwei Männern, diesmal in reizvoller Abwandlung. Täglich 15.00, 17.30, 20.00 Uhr. Sichern Sie sich rechtzeitig Karten im Vorverkauf.

Palast-Lichtspiele (Herrenstraße 11). „Der Weg zum Glück" mit Bing Crosby, Barry Fitzgerald. Spielzeiten: 15.00, 17.30, 20.00 Uhr. Vorverkauf 10—12 Uhr für den gleichen und nachfolgenden Tag.

Atlantik-Lichtspiele, Kaiserstr. 5 (Durlacher Tor): „Fünf Helden", ein amerikanischer Spitzenfilm. Dazu Beiprogramm und neue Wochenschau. Anfangszeiten: 15.00 17.30 und 20.00 Uhr. Achtung! Täglich bis zum 11. 7., jeweils 14 Uhr, große Märchenvorstellung: „Der kleine Muck", ein entzückender deutscher Märchentonfilm für klein und groß. Karten im Vorverkauf.

Rheingold, Rheinstr. 77, Ruf 6283, Wo. 13 und 15 Uhr, So. 11, 13 und 15 Uhr. Ein psychologischer Detektiv-Film „Das zweite Gesicht" mit Edward Robinson und Charles Boyer. Jugendliche zugelassen. Vorverkauf eine Stunde vor Beginn.

Metropol, Khe.-Weiherfeld, Neckarstr. 32 (Weiherhof). Straßenbahnverbindung Linie 6 bis Stefanienbad: „Madame Curie". Ein Spitzenfilm mit Grech Garson und Halder Pidgeon. Täglich: 15.00, 17.30 und 20.00 Uhr. Vorverkauf von 10—12 Uhr. Tel. 951.

M.T. in K.-Durlach, Ruf 864: Der große Lustspielerfolg „Keine Zeit für Liebe" mit Claudette Colbert. Beginn: 3.15, 5.30, 8.00 Uhr.

Kali in K.-Durlach, Ruf 675: „Dr. Paul Ehrlich". Die Lebensgeschichte eines deutschen Arztes mit Albert Bassermann. Regie: W. Dieterle. Beginn: 3.45, 6.00, 8.30 Uhr.

Skala in K.-Durlach, Pfinztalstr. 92a, Ruf 180, Wo. 16.00, 18.15 und 20.30, So. 13.45, 16.00, 18.15 und 20.30. Ab Freitag „Keine Zeit für Liebe" mit Claudette Colbert u. Fred Mac Murray. Ein pikantes Liebes-Lustspiel. Jugendliche zugelassen.

ULI Ettlingen. Heute bis Donnerstag „Was morgen geschah". Die große Filmkomödie. Tägl. 7.30 Uhr, Sa. 5.00, 7.30 Uhr. So. 2.30, 5.00, 7.30 Uhr.

Cabarett Just, Kaiserstr. 91, Kleinkunstbühne (Straßenbahn bis Waldhornstraße): Tägl. Vorstellung 20 Uhr, Sonntags 16 und 20 Uhr. Montags Betriebsruhe. Unser Juli-Programm mit Adi Walz und weitere Darbietungen der Kleinkunst, Motto: Frohsinn u. Freude! Vorverk. 11—13.

Kaffee-Kabarett Roland, Ecke Kreuz- u. Hebelstraße. Täglich abends 19.30, Kabarett. Mittwoch, Samstag u. Sonntag, 16.00 und 19.30 Uhr, Kabarett u. Tanz. An den übrig. Nachm. 16 Uhr Konzert. Vorverk. v. 11—13 Uhr. Neues Programm und neue Kapelle.

Konzert-Café „Grüner Baum" am Durlacher Tor, Kaiserstraße 3, Telefon 7448. Jeden Nachmittag und Abend Konzert. Jetzt auch Montags geöffnet.

Gaststätte zur Lokalbahn, gegenüber d. neuen Arbeitsamt. Jeden Freitag, Samstag, ab 19 Uhr, Sonntag ab 18 Uhr Unterhaltungskonzert. Motto: „Bunt und Heiter"! Gespielt von der Hauskapelle. Eintritt frei.

Weltfirma Antonyo Geschw. Stey-Truppe, die jüngsten und best. Hochseilkünstler d. Welt, trifft im Mt. Juli in Karlsruhe auf dem Markthalleplatz ein. Die Direkt.: Stey.

Freireligiöse Gemeinde. „Mahatma Gandhi als religiöse Persönlichkeit"; darüber spricht Herr Schramm, Schwetzingen, in einer Sonntagsfeier am 7. Juli, um 10 Uhr, im Munz-Saal, Waldstr. 79. Jedermann ist herzl. eingelad.

Konzertdirektion Kurt Neufeldt

Heute: „Das wohltemperierte Klavier", 19.30 Uhr, Munz-Saal. Erwin Grosse spielt die 2. Hälfte des I. Teiles. Karten zu 4.40, 3.30, u. 2.20 Mk. bei Kurt Neufeldt, Germania-Kiosk u. Abendkasse.

Internat. Lieder- u. Arienabend Maria Celino (Riga-Danzig), Montag, 8. Juli, 19.30 Uhr, im Munz-Saal, mitwirkend Hella Fischer, Karlsruhe, (Klavier). Gesänge in deutscher, französischer, italienischer, englischer und russischer Sprache. Klavierstücke von Chopin u. Liszt. Karten von 2—5 Mk. bei Kurt Neufeldt und Germania-Kiosk.

Zwei Lichtbildervorträge Dr. Otto Gillen im Bonifatius-Saal, Freitag, 12., und Samstag, 13. Juli, jeweils 19.15 Uhr. I. Die niederländische Malerei, II. Rembrandt. Karten zu 3.— (num.) und 2.— bei Kurt Neufeldt, Waldstraße 83, Germania-Kiosk und B. Holzschuh, Karlstr. 64.

Vereinsnachrichten

Männergesangverein „Lyra", Bruchsal. Am Sonntag, dem 7. Juli 1946, nachmittags ½3 Uhr, findet im Gasthaus zum Ochsen eine Hauptversammlung mit reichhaltiger Tagesordnung statt. Zu dieser Versammlung sind alle Mitglieder recht herzlich eingeladen. Der Vorstand.

Bausparwesen

Durch den Abschluß eines Bausparvertrages sichern Sie sich die hundertprozentige Finanzierung **Ihres Eigenheimes** — auch bei Hauskauf, Umbau oder Wiederaufbau. Bei entsprechenden Einzahlungen gewähren wir in geeigneten Fällen auch einen sofortigen **Zwischenkredit** zu mäßigen Zinsen. Fordern Sie unsere Druckschriften, wir beraten Sie kostenlos und unverbindlich. **„Badenia" Bausparkasse G.m.b.H., Karlsruhe, Karlstraße 47.**

Wie und wann kommt man zu einem eigenen Haus? Diese Frage bewegt so manchen. Viele Tausende wohnen mit unserer Hilfe schon im eigenen Heim. **Soforifinanzierung** bei 20 Proz. Eigenkapital möglich. Unser Prospekt „Der Weg zum Eigenheim" gibt Ihnen Aufschluß und zeigt Ihnen schöne Eigenheime mit Grundrissen. Auf Wunsch werden Sie durch einen Mitarbeiter kostenlos und unverbindlich beraten. Verlangen Sie kostenlose Druckschrift! Bausparkasse Mainz A.-G. Mainz.

Finanzieren Sie Ihren Wiederaufbau oder Ihr künftiges Eigenheim durch Deutschlands älteste und größte Bausparkasse G.d.F. Wüstenrot, Ludwigsburg/Wttbg. Auskunft u. unverbindliche Beratung durch Hauptvertretung Karlsruhe, Baumeisterstraße 19. Tel. 2498.

Alle Wohnungssuchenden wünschen sich ein Eigenheim; aber wie? Das ist die Frage. Kommen Sie zu uns; wir sprechen mit Ihnen darüber in Durlach, Gasthaus zum Kranz, Pfinztalstraße 39, von Samstag, den 6. 7. 46, bis Montag, den 8. 7. 46, täglich von 15—20 Uhr. Leonberger Bausparkasse A.G., Leonberg i. Wttbg.

Amtliche Bekanntmachungen

Brotration für Selbstversorger. Es können abgegeben werden: je 1000 g Brot auf die Abschnitte E, F und G der SV-Brotkarte für die 90. Zuteilungsperiode. Ernährungsamt Karlsruhe-Stadt.

Anordnung. 1. Auf Befehl der Militärregierung sind ab Montag, den 8. Juli 1946, die Kaiserstraße sowie die Kaiserallee zwischen Westend- und Lessingstraße, die Karlstraße zwischen Stefanien- und Reichsstraße, die Etilingerstraße zwischen Post- und Kriegsstraße, die Karl-Friedrichstraße zwischen Kriegs- und Kaiserstraße für den Fahrradverkehr gesperrt. 2. Der Verkehr auf Radfahrwegen wird hierdurch nicht berührt. 3. Die Kreuzung der genannten Fahrbahnen im Zuge anderer Straßen fällt nicht unter das Verbot. 4. Zuwiderhandlungen werden nach der Straßenverkehrsordnung bestraft. Karlsruhe, 4. Juli 1946. Der Oberbürgermeister — Polizeipräsidium.

Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus. Nach § 8 der 1. Durchführungsverordnung über die Meldepflicht sind für diejenigen Personen, die tot oder verschollen, abwesend, flüchtig oder in Haft sind und seit 30. 1. 1933 ihren Wohnsitz oder Aufenthalt in der Gemeinde haben oder hatten, Meldebogen abzugeben, sofern diese Personen der Klasse I oder II der dem Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus beigefügten Anlage zuzurechnen sind oder, ohne hierin aufgeführt zu sein, als Hauptschuldige oder Belastete im Sinne der Artikel 5, 7, 8 und 9 des Gesetzes anzusehen sind. Für alle hierfür in Frage kommenden Personen haben die nächsten Angehörigen sofort einen Meldebogen auszufüllen und bei ihrer zuständigen Bezirksverwaltung abzugeben. Karlsruhe, 2. Juli 1946. Der Oberbürgermeister.

Vordringliche Behandlung des Spruchkammerverfahrens für Angehörige der Wirtschaft und der freien Berufe. Die Militärregierung hat angeordnet, daß sämtliche einstweiligen Beschäftigungsgenehmigungen mit ihrem Ablauf — spätestens aber mit dem 1. 8. 1946 — ihre Gültigkeit verlieren. Anträge auf vordringliche Durchführung des Spruchkammerverfahrens nach Art. 35 bis 47 des Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus (Eilverfahren) können in erster Linie von Personen gestellt werden, die bisher im Besitze einer vorläufigen Arbeitsgenehmigung sind. Hierbei sind besonders vordringlich Anträge von Angehörigen folgender Berufsgruppen zu behandeln:

a) Lebensmittelerzeugung und -verteilung, insbesondere Landwirtschaft;

b) Gesundheitsdienst (Aerzte, Apotheker, Heilmittelerzeugung und -verteilung, Desinfektoren usw.).

Personen, die auf Grund des Art. 58, Abs. 3, des vorerwähnten Gesetzes ihre Tätigkeit weiter ausüben können, sind nicht zum Eilverfahren zugelassen. Anträge auf Eilverfahren, die diesen Voraussetzungen nicht genügen, bleiben unbearbeitet.

Hinsichtlich der Durchführung der Verfahren gilt folgendes: Die Anträge sind auf Formblatt unter Beifügung einer Zweitschrift des Meldebogens über die zuständige Kammer (Industrie- und Handelskammer, Handwerkskammer) einzureichen. Freiberufliche Angehörige des Gesundheitsdienstes (Aerzte, Tierärzte, Apotheker, Dentisten sowie ihre medizinischen Hilfskräfte) reichen die Anträge über die zuständige Standesorganisation ein. Die Formblätter sind bei den vorgenannt. Stellen erhältl. Zur Klarstellung wird darauf hingewiesen, daß Behördenangehörige ihre Anträge auf Formblatt 4 über die zuständigen Dienststellen einreichen.

Die Entscheidung über diese Eilanträge trifft der Präsident des Landesbezirks Baden.

Karlsruhe, 3. Juli 1946. Der Oberbürgermeister.

Zuteilung von Drahtstiften. Für den Bereich des Stadtkreises Karlsruhe sind Anträge auf Zuteilung von Drahtstiften von Indusrie und Handwerk beim Wirtschaftsamt Karlsruhe, Gartenstraße 53, schriftlich einzureichen. Auf dem Antrag ist anzugeben: a) Zahl der Beschäftigten, b) Verwendungszweck, c) Verwendungszeitraum. Sämtliche bisher beim LWA eingegangenen Anträge sind überholt und müssen nach obigen Gesichtspunkten neu eingereicht werden. Unmittelbar vom Landeswirtschaftsamt erhalten Kontingente an Drahtstiften: Hochbauämter für den Wiederaufbau und Neubau — Referat Baustoffe —, Kistenfabriken — Referat Holz —, Schuhfabriken (Stifte u. Täckse) — Referat Leder —. Drahtstifte für sämtliche staatlichen Bauten werden vom Landesdirektor für Finanzen, Hochbaureferat Karlsruhe, zugeteilt. Die Vorräte an Drahtstiften beim Handel sind jedoch sehr gering, und wir bitten daher, Anträge erst Mitte Juli hierher einzureichen, um die Möglichkeit zu haben, den Handel bis dahin zu bevorraten. Der Kleinbedarf bis zu 5 kg ist nur gegen Vorlage des Haushaltsausweises beim Handel zu decken. Karlsruhe, den 2. Juli 1946. Städt. Wirtschaftsamt.

Aufgebot: Das von uns ausgestellte Banksparbuch Nr. 04040, lautend auf den Namen Frau Helga von Meißl, ist in Verlust geraten. Werden Rechte an diesem Sparbuch nicht innerhalb eines Monats geltend gemacht, wird das Sparbuch für kraftlos erklärt. Karlsruhe, den 3. Juli 1946. Dresdner Bank, Filiale Karlsruhe.

Oeffentliche Zustellung einer Klage. Der Schwimmeister Willi Edelmann in Karlsruhe-Durlach, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Trautwein, ebenda, als Prozeßbevollmächtigter klagt gegen seine Ehefrau Therese Maria Johanna (Jeanne) Edelmann geb. Schott, früher in Karlsruhe-Durlach, jetzt unbekannten Aufenthalts, auf Grund des § 43 und des Kontrollratsgesetzes Nr. 16 mit dem Antrag auf Scheidung der am 21. April 1934 geschlossenen Ehe. Die Beklagte wird hierdurch zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die Zivilkammer II des Landgerichts Karlsruhe auf Mittwoch, den 11. September 1946, 9 Uhr, in das Gerichtsgebäude Hoffstraße 10, Zimmer 103, geladen mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gericht zugelassenen Rechtsanwalt vertreten zu lassen, falls er der Klage entgegentreten will. Karlsruhe, den 26. Juni 1946. Der Urkundsbeamte der Geschäftsstelle des Landgerichts.

Oeffentliche Zustellung einer Klage. Der Uhrmacher und Betriebsleiter Erich Liebmann in Pforzheim, Kaiser-Friedrich-Straße 92, vertreten durch Rechtsanwalt Stösser in Pforzheim als Prozeßbevollmächtigter **klagt gegen seine Ehefrau Hertha Liebmann geb. Bohnacker,** z. Zt. in der Frauenstrafanstalt Hagenau, früher in Pforzheim, aufgrund des § 43 des Kontrollratsgesetzes Nr. 16 mit dem Antrag auf Scheidung der am 25. April 1940 geschlossenen Ehe. Die Beklagte wird hierdurch zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die Zivilkammer I des Landgerichts Karlsruhe auf Mittwoch, den 4. September 1946, vorm. 9½ Uhr, Zimmer 104, Hoffstraße 10, geladen mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gericht zugelassenen Rechtsanwalt vertreten zu lassen, falls sie der Klage entgegentreten will. Karlsruhe, den 1. Juli 1946. Der Urkundsbeamte der Geschäftsstelle des Landgerichts.

Oeffentliche Zustellung einer Klage. Wilhelm Brenner, Mechaniker in Karlsruhe-Weiherfeld, Neckarstraße 53, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. R. Gönner in Karlsruhe als Prozeßbevollmächtigten, **klagt gegen seine Ehefrau Erna Brenner geb. Kreichgauer** in Issy les Moulineaux, früher in Karlsruhe, aufgrund des § 43 des Kontrollratsgesetzes Nr. 16 mit dem Antrag auf Scheidung der am 11. März 1944 geschlossenen Ehe. Die Beklagte wird hierdurch zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die Zivilkammer I des Landgerichts Karlsruhe auf Mittwoch, den 4. September 1946, vorm. 9½ Uhr, Zimmer 104, Hoffstraße 10, geladen mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gericht zugelassenen Rechtsanwalt vertreten zu lassen, falls er der Klage entgegentreten will. Karlsruhe, den 1. Juli 1946. Der Urkundsbeamte der Geschäftsstelle des Landgerichts.

Tabaksteuer. Kleinpflanzertabak. Gemäß Erlaß des Landesdirektors der Finanzen, Karlsruhe vom 5. 6. 1946 im Einverständnis mit dem Landesdirektor d. Innern gilt für die Anmeldung und Versteuerung von Kleinpflanzertabak im Erntejahr 1946 die folgende Regelung:

I. Tabakkleinpflanzer-Begriffsbestimmung. 1. Tabakkleinpflanzer ist jeder, der auf einer Grundfläche von nicht mehr als 50 qm nicht mehr als 200 Tabakpflanzen für den eigenen Hausbedarf anbaut und, soweit nach Abschnitt IV keine Ausnahmen vorgesehen sind, schriftlich erklärt, daß er den selbstgewonnenen Tabak ausschließlich für den eigenen Hausbedarf verwenden wird (§ 1 Absatz 3 und § 12 der Tabakpflanzerordnung). 2. Der Kleinpflanzer muß Besitzer im bürgerlich-rechtlichen Sinn des Grundstückes sein, das mit Tabak bepflanzt ist (§ 55 Tabaksteuergesetz, § 1 Tabakpflanzerordnung). Besitzt er **mehrere** Grundstücke, so kann er auf seinem **gesamten** Grundbesitz höchstens bis zu 50 qm und nicht mehr als 200 Pflanzen anbauen. Die Zahl der Familienangehörigen oder der im Haushalt beschäftigten Personen ist für die zugelassene Bepflanzungsgrenze ohne Belang.

II. Anmeldung. 1. Der Anbau von Kleinpflanzertabak ist vom Besitzer (Tabakkleinpflanzer) schriftlich anzumelden, soweit nicht nach Abschnitt IV Ausnahmen zugelassen sind. Die Anmeldung ist auf vorgeschriebenem Vordruck nach Muster I, wenn möglich im Durchschreibverfahren herzustellen und in doppelter Ausfertigung spätestens bis zum Ablauf des **15. Juli 1946** bei dem Bürgermeister der Gemeinde einzureichen, in deren Gebiet der Kleinpflanzer seinen Wohnsitz hat. Sie kann auch bei der örtlich zuständigen Zollstelle angebracht werden. In der Stadt Karlsruhe ist die Anmeldung beim Hauptzollamt, Rüppurrerstraße 3a (Zimmer 80), einzureichen. Nach dem 15. Juli 1946 bepflanzte Grundstücke müssen bis zum Ablauf des dritten Tages nach dem Beginn der Bepflanzung bei der zuständigen Zollstelle angemeldet werden. Die Vordrucke für die Anmeldung sind bei den Bürgermeisterämtern, den Zollstellen und in Karlsruhe bei dem Hauptzollamt, Rüppurrerstraße 3a, Zimmer 80, erhältlich. 2. Die bestätigte Anmeldung hat der Anmelder sorgfältig aufzubewahren. Sie dient als Ausweis, insbesondere für den etwa beabsichtigten späteren Umtausch des Kleinpflanzertabaks in handelsüblichen Rauchtabak (Hinweis auf Abschnitt VI Ziffer 2). Der Umtausch wird nur gegen Vorlage der amtlich vollzogenen Anmeldung gestattet.

III. Versteuerung. 1. Die Besteuerungsgrundlage ist die Zahl der angebauten Tabakpflanzen. Die Tabaksteuer beträgt:

für 16—50 Pflanz. 12 RM für 101—150 Pflanz.
für 51—100 Pflanz. 24 RM für 151—200 Pflanz.

Die Steuer ist entsprechend diesen Sätzen ohne Rücksicht auf den Ernteertrag zu entrichten. Mißwachs oder Mißernte können eine Steuerermäßigung oder Steuererlaß nicht begründen. 2. Steuerschuldner (§ ... Abs. 1 Ziffer 1 Tabaksteuergesetz) ist der Tabakkleinpflanzer. Die Steuerschuld entsteht mit der Anmeldung des Anbaues. Wenn der Anbau nicht angemeldet worden ist, so entsteht die Steuerschuld mit dem Ablauf der Anmeldefrist (§ 1 Tabakpflanzerordnung). Der Steuerschuldner hat die Steuer möglichst bei der Anmeldung, spätestens jedoch binnen einer Woche nach Erhalt der Zahlungsaufforderung zu entrichten. 3. Über die Einzahlung der Steuer, soweit sie durch die Übergabe von Zahlungsmitteln entrichtet wird, hat die Kasse dem Einzahlungspflichtigen auf dem ... Stücke der Anmeldung (Teil III) Quittung zu erteilen. Wenn die Steuer nicht sofort bei der Anmeldung gezahlt wird, ist das erste Stück der Anmeldung bei der Steuerentrichtung der Kasse zur Erteilung der Quittung vorzulegen.

IV. Befreiung von der Anmelde- und Versteuerungspflicht. 1. Der Anbau von nicht mehr als 15 Tabakpflanzen auf einer Besitzung ist von der Anmelde- und Versteuerungspflicht befreit. Den Pflanzern von nicht mehr als 15 Tabakpflanzen wird ferner die schriftliche Erklärung nach Abschnitt I Ziffer 1 erlassen. Die Verpflichtung, den Tabak nur für den eigenen Hausbedarf zu verwenden, wird dadurch nicht berührt. 2. Die Grundsätze des Abschnittes I Ziffer 2 gelten singemäß auch bei einem Anbau bis zu 15 Tabakpflanzen.

V. Kennzeichnung. Der Tabakkleinpflanzer hat auf dem von ihm mit Tabak bepflanzten Grundstück an sichtbarer Stelle eine Tafel anzubringen, auf der in gut lesbarer und unverwischbarer Schrift sein Name und seine Wohnung vermerkt sind.

VI. Verbot der Abgabe des Kleinpflanzertabaks. 1. Es ist, abgesehen von der unter Ziffer 2 genannten Ausnahme, nicht zulässig, den geernteten Kleinpflanzertabak zu verkaufen oder sonstwie abzugeben. Es ist insbesondere nicht zulässig, Kleinpflanzertabak gegen andere Waren zu tauschen. 2. Kleinpflanzern ist gestattet, sofern das Landeswirtschaftsamt hierzu allgemein die Genehmigung erteilt, den geernteten Tabak nach den Weisungen des Landeswirtschaftsamtes in handelsüblichen, versteuerten Rauchtabak umzutauschen. 3. Kleinpflanzern, die Inhaber von Gärtnereien, Obstanlagen, Weinbergen, landwirtschaftlichen Betrieben und ähnlichen Unternehmen sind, kann das Hauptzollamt § 27 Tabakpflanzerordnung gemäß auf Antrag unter Auferlegung der vom Landesfinanzamt angeordneten Sicherungsmaßnahmen genehmigen, den geernteten Tabak zur Gewinnung von Tabaklauge auszulaugen und diese im eigenen Betriebe zur Bekämpfung von Pflanzenschädlingen zu verwenden. Der Antrag ist bei der Anmeldung des Anbaues von Kleinpflanzertabak (Abschnitt II Ziffer 1) zu stellen. Das Auslaugen des Kleinpflanzertabaks hat für diesen eine steuerbefreiende Wirkung nur unter der Voraussetzung, daß der ausgelaugte Tabak nach § 26 Abs. 2 Tabakpflanzerordnung vernichtet oder vergällt wird. 4. Anträgen auf Vergärung oder auf weitere Bearbeitung (Schneiden) von Kleinpflanzertabak im Lohn kann nicht stattgegeben werden.

VII. Zuwiderhandlungen. Wer Kleinpflanzertabak anbaut, aber den Anbau von mehr als 15 Tabakpflanzen nicht anmeldet, oder wer mehr als 50 qm oder mehr als 200 Tabakpflanzen anbaut, ohne gewerblicher Pflanzer zu sein, wird ungeachtet der steuerrechtlichen Folgen wegen Steuervergehens nach den Vorschriften des dritten Teils der Reichsabgabenordnung bestraft. Personen, die mehr als 50 qm oder mehr als 200 Pflanzen angebaut haben, werden außerdem ungeachtet der steuer- und strafrechtlichen Folgen und ohne Rücksicht darauf, ob sie den Anbau ganz, teilweise oder überhaupt nicht angemeldet haben, wie gewerbliche Pflanzer behandelt. Hauptzollamt Karlsruhe.

Verloren / Gefunden

Gold. D.-Armbanduhr m. eingrav. Anschrift: H. Hammer, a. d. W. Rheinstraße zw. Hardtstr. u. Entenfang am 29. 6. 46, vorm., verl. Abzugeben gegen gute Belohnung. Schmidt, Karlsruhe, Eckenerstraße 10.

Roter Geldbeutel v. d. Eisenlohrstr. über Beierth., Bulach u. Rüppurr verl. Abz. gegen gute Bel. bei Daum, Grünwinkel, Charlottenpl. 5.

1 kl. Stroh-Handkoff., Haltest. Knielingen, verl. geg. Verlustträger Flüchtl. D. ehrl. Find. w. geb., ihn b. der Polizeiwache Knielingen abzugeben. Hohe Belohnung.

Gold. D.-Armbanduhr, ohne Armb., (verm. Durl.-Torpl.) verl. Abzug. bei Leppert, Khe., Am Stadtgarten 3.

Braune Gemüsekarte verlor. Der ehrl. Finder wird geb., sie a. d. Eigent. zurückzug.

D.-Regenmantel, Fischh., gelb, Linie 6 (Beierth.) lieg. gel. Abzug. geg. gut. Belohng. Schneider, Khe., Hohenzollernstraße 17, II

Jg., braun., langhaar. Dackel (Hündin) entl. Abz. gegen gute Belohn. Hiller, Khe., Waldstraße 24.

Engl. Jagdhund zugel., rothr. Fell, m. d. Aufschrift „Veronika, St. Vetr. Schmidt, FPN. 06487". Abz. b. Lentz, Khe., Winterstr. 18, 4. St.

Aerzte

G. Schwall, Heilpraktiker, Karlsruhe, Kriegsstr. 75, v. d. Gefangenschaft zurück! Täglich 4—6 Uhr, außer Mittwoch und Samstag.

Stellenangebote

Lebensmittelchemiker sucht sich für sof. od. später zur Uebernahme meines neu einger. Labors. Ang. nach vorh. tel. Anmeld. an: Natürl. Fruchtgetränke, Alleinvertrieb v. Coca-Cola, Neureut, Ruf Nr. 3640.

Buchhalter(in), zuverl., tatsächl. firm i. d. Fortschrittbuchh. und bilanzsicher b. z. Steuererklärung, vorerst tageweise, später ev. f. ganz, v. mittl. Handwerksbetrieb gesucht. Angebote u. 5601 an BNN.

Versicherungsangest., der im Fach gelernt hat, v. hies. Bezirksdir. zum alsbaldig. Eintritt ges. Bewerb. mit Zeugnisabschr. u. Lebenslauf erb. u. 5483 a. BNN

Dauerexistenz für gute Werber(innen) geboten! Monatsverdienst mind. 240 RM. Angebote unt. K 245 an REUTER-Werbung, Darmstadt, Landwehrstraße 55.

Tücht. Verkäufer (ev. Metzger) für Fischfachgeschäft sofort gesucht. Angebote u. 6160 an BNN.

Kunstmaler (Oel-, Leinwd.), Printenmaler (Oel, Colo-Aqua.), Retuscheure (Sep.), in Dauerverb. ges., evtl. Heimarbeit. Zuschrift. unt. 5382 an BNN.

Erfahrener Fachmann wird f. Betonsteinwerk zur Durchführung der Produktion gesucht. Tatkräftige u. fleißige Bewerb. m. Erfahr. in Herstell. v. Beton werden um Einreich. der üblichen Unterlagen unter Nr. 6017 an BNN gebeten.

Goldschmiede gesucht. E. Dürr, Stuttgart, Eberhardstraße 49.

Tüchtig. Elektro-Maschinenbauer (Ankerwickler), der die Sparte selbständig beherrscht, für sof. in Landkreis gesucht. Für Unterkunft wird Sorge getrag. Zuschr. u. S. H. 5019 bef. WEFRA-Werbe-Ges., Frankfurt a. M., Stiftstraße 2.

Spezialist für Hochglanzpolitur von Reinnickelbändern gesucht. Bewerbungen unt. H. T. 130 bef. Anzeigen-Hegemann, Frankfurt/Main, Spenerstraße 11.

Uhrmacher-Gehilfen sucht neuerricht. Uhrenfabrik im Gebiet Karlsruhe. Für erste Fachkräfte gute Verdienstmöglichkeit. Ausf. Eil-Angeb. m. Nachweis d. bisher. Tätigk. (Zeugnisabschrift.) erb. u. 6061 an BNN.

Strebsamer tüchtiger Sattler, Portefeuiller oder Kunstgewerbler im Alter von 32—40 Jahren, ledig, kath., als Stütze des Chefs (da Sohn gefallen) welcher fähig ist einen mittleren, ausbaufähigen, aufs Beste einger. Lederwarenbetrieb, 30—40 Gef.-Mitgl., in Süddeutschl. vorzustehen, ges. Einheirat nicht ausgeschl. Zuschriften, Lebenslauf, Lichtbild, Gehaltsansprüche unt. Nr. 1765 an Anz.-Büro Trunk-Keibel, Karlsruhe, Welfenstraße 14a.

2 tücht. Schneider auf sofort für dauernd ges. Ludwig Pfisterer, Khe., Sofienstr. 30

1 Schneidergehilfe ges. bei bestem Lohn. Angebote u. 2479 an die Geschäftsstelle **Durlach.**

Wir stellen sofort ein: Facharbeiter, Dreher, Schlosser, angelernte Masch.-Arbeiter, Hilfsarbeiter u. Hilfsarbeiterinnen. Südd. Arguswerke, Khe., Vogesenstraße 4.

Musiker! Führende Kapelle sucht Saxophon. u. Trompeter bei gut. Bedingungen. Angebote unter 5546 an BNN.

Zuverl. u. tücht. Wagenpfl. sucht Firma f. ihre Fahrz. (LKW u. PKW) in Vertrauensst. Ders. m. a. Rep. selbst. ausf. können. Angebote unter 5590 an BNN.

Hilfsarb. f. ganz leichte Arb. ev. Krvers., gehbeh.) bei hoh. Lohn stellt ein Friedr. Hug, Khe., Rudolfstr. 28.

Knecht, verh., dessen Frau melk. kann, für Landwirtschaft gesucht. Gebot. wird Werkwohn. und Tariflohn. Albrecht, Telefon 3305.

Für Gartenarbeit Männer u. Frauen ges. A. u. M. Allinger, Khe., Karl-Wilh.-St. 64.

Kräftig. Junge als Stunden-Aushilfe v. Lebensm.-Großhandlung gesucht. Angeb. unter 6016 an BNN.

Lehrling für unsere Plakatmalerei, evtl. auch für Dekoration, per sofort ges Kaufhaus Hölscher, Karlsruhe.

Lehrstelle f. flott., intell. Jg. frei. Wilh. Rinkel, Friseursalon, Khe., Daxland. Str. 63

Stenotypistin mit Franz. u. Engl. Sprachkenntnissen, für mein Zweigbüro in Khe. gesucht. Bewerbung an Richard Schraven, Schreibmaschinenarbeiten, Uebersetzung fremd. Sprachen Ludwigshafen am Rhein, Lenaustraße 13.

Dame mit eig. Schreibmasch zu günst. Beding. gesucht Angebote mit Lebenslauf u. Lichtb. u. 5537 a. BNN

Tücht. Friseuse gesucht. Salon Wolfensperger, Khe., Karlstr. 77, Tel. 8569.

Frauen, an Offsetmaschinen durchaus erfahren, Einlegerinnen für Buchdruckmasch. für dauernd ges. Druckerei Albrecht Karlsruhe.

Büglerin f. einige Tage in d. Woche sof. ges. Wäscherei u. Plätterei Anna Hoffmann, Khe., Karlsruher Weg 2.

Tücht. ehrl. Aushilfsbedien., fleiß. Mädch. f. Küche u Haus, ev. m. Kochkenntn. unabh. Frau f. Küchenarb f. Gaststättenbetrieb per sof. gesucht. Angebote u 5596 an BNN.

Flickerin ges. Waldecker, Khe., Dragonerstraße 9.

Haushälterin ges., w. mögl. alleinstehend, ält. Dame. Angeb. unt. 6056 an BNN.

Ehrl. geb. Frau zur Führung des Haush. sucht geb. alleinstehender Herr. Angebote unt. 5496 an BNN.

Zuverl. tücht. Alleinmädchen m. gut. Kochkenntn. v. berufstät. Ehep. z. 15. 7. ges. Gt. Zeugn. o. Empf. Beding. Vorz. 10-11, Liebigstr. 13, 1.

Mädchen (evtl. Ostfl.) zur Mithilfe in Haushalt und Garten für sofort gesucht. Familienanschluß geboten. Angebote u. 5493 an BNN.

Perf. ält. ehrl. Mädchen od. Frau per sof. für Haushalt gesucht. Guter Lohn und Behandlung wird zugesich Ang. u. Nr. 1859 an Anz. Büro Trunk-Keibel, Karlsruhe, Welfenstr. 14 a.

Mädchen zur selbständigen Führung eines kl. Haushaltes (2 Pers.) per sofort gesucht. Vorzust. Schwarzwälder Handelskontor KG. Auslieferungslager Karlsruhe, Bismarckstraße 27 Fernruf 1582.

Mädchen m. gut. Kochkenntnissen für Metzgerei ges Bewerbungen unter 5592 an BNN.

Tücht., selbst. Hausgehilfin, perf. Köchin, nicht u. 25 J., in Geschäftshaush. (2 Pers.) z. alsb. Eintritt ges. Zugesich. w. gute Behandlg., Familien-Anschluß u. gute Bezahlung. Angebote unter 6062 an BNN.

Selbst. Hausgeh., d. koch. k., z. bald. Eintr. ges. Auch Kriegsw. od. Ostfl. angen. Vorzust. bei Bonath, Khe., Renckstraße 9, III.

Haushalthilfe ges. Vorzust. b. Melcher, Hirschstr. 48.

Halbtagshilfe: Jg. Mädchen od. Frau für Durl. Haushalt ges. Ostflüchtling angenehm. Anfragen unter 6215 an BNN.

Ehrl., pünktl. Frau z. Waschen u. Putz. ges. Waldecker, Khe., Dragonerstr. 9.

Frau zum Putzen ges. Kemp, Karlsruhe, Kaiserstr. 40.

Putzfrau gesucht. Gabriel Karlsruhe, Draisstr. 2.

Zuverl. tücht. Putzfrau zum Bürorein. i. Vertrauensst. v. Großhdl. ges. Arbeitsz. tägl. morg. 6—7.30 u. Sa. v. 14—18 Uhr. Angebote unter 5591 an BNN.

Stellengesuche

Bauing. für Tiefbau, 40 J., langj. Bau-Konstruktionspraxis in Bahn-, Straßen-, Kanal-, Steinbruch, erstkl. Vermesser, s. mögl. Dauerstellung in Bauuntern. Ind. in mittl. Stadt. Ang. 10533 beförd. Ann.-Exped. Gabler, Nürnberg, Königstr. 51.

Früherer Geschäftsführer ein. mittl. Industrie-Unternehmens, jetzt Steuerbearbeiter, sucht leitende Position in kl. Industriebetrieb. Bisherige Tätigkeit Leitung eines Betriebes von 60 Mann Belegschaft. Außerd. 7jährige Auslandspraxis vorhanden. Joachim Baar, Freudenstadt, Lauterbadstraße 154.

Jung. Vollkfm. d. Großhdls. m. Führersch. III u. techn. Kenntn. s. pass. Wirk.-Kr. Angebote u. 5378 an BNN.

Kaufmann, 31 J. alt, pol unb., 3j. Tät. a. Geschäftsf. i. Großbetr., wünscht sich entspr. z. veränd. od. sucht tät. Bet. Ang. u. 5599 BNN.

Tücht. Versicher.-Fachmann pol. unb., bewand. in all Sparten, mit gut. Organis.-Talent, sucht für den Platz Pforzheim gute entwicklungsfähige Vertretung. Sicherheit, evtl. Büro und Schreibmaschine vorhand. Angebote unter 5387 an BNN.

Ehem. Werkmeister, n. Pg., mit all. Rep. vertr., sucht Stelle als Hausmeister od. sonstig. Vertrauensposten. Angebote u. 5543 an BNN.

Handels- u. Industrievertreter übern. den Vertrieb von Werkzeugen, Werkzeugmaschinen u. Haushaltungsartikeln. Angebote unter 6051 an BNN.

Gut eingeführter Handelsvertreter in d. Friseurbranche übernimmt noch einschl. Artikel f. d. Bezirke Baden u. Württemberg (amerik. u. franz. Zone). Angebote unter 5652 an BNN.

Buchdruckermeister, selbst., sucht Stellung od. Vertretg. Papier-, Schreib- u. Galanteriewaren. Büro- u. Lagerraum vorhanden. Angeb. u. Nr. 1884 an Anzeig.-Büro Trunk-Keibel, Welfenstr. 14a.

Schreinermstr., 41 J., verh., 1 K., sudet.deutsch, mit Werkmeisterschule, selbst. auf Bau u. Möbel, sucht Posten als Werkm. oder Betriebsführ. Jos. Müller, (13a) Ansbach, Büttenstr. 9.

Kraftfahrer, langjähr. Praxis, Führersch. 1, 2 u. 3, m. Reparaturen vertraut, 30 J., pol. unbel., sucht Stellung. Angeb. u. Nr. 1873 an Anz. Büro Trunk-Keibel, Karlsruhe, Welfenstraße 14a.

Langjähr. erfahr. Kraftfahrer, 43 J., sucht Vertrauensstellung als Kraftfahrer für Personenkraftwagen (oder Lastkraftwagen). Angebote unter 5541 an BNN.

Aelt. entschloss. Mann sucht Stelle als Wächter. Angebote unter 5586 an BNN.

Jüngere Dame, mit jahrelanger Büro- u. Verkaufsprax., intelligent, redegewandt, leichte Auffassungsgabe, s. verantwortungsvoll. Posten als Abteilungs- od. Filialleiterin o. ähnl. Wirkungskr. (gute Garderobe). Angebote u. 5504 an BNN.

Jg. Frau, 6 J. in Gastwirtschaft tät., sucht Stellung. Angebote u. 5386 an BNN

Gt. ausseh. tücht. Frau s. St. als Haush., in Geschäft, Priv., auch aufs Land als selbst. Kraft. Übern. a. Filiale. Ang. u. 5650 a. BNN.

Aelt. Frau, 47 J., sucht Beschäftigung in Metzgerei, Bäckerei oder Wirtschaft. Angebote u. 5379 an BNN.

Aeltere Frau sucht Stelle b. Ehepaar mit Garten. Angeb. unt. 6018 an BNN.

Frau sucht Büroreinig. oder Stundenhilfe i. Haushalt. Angeb. unt. 6023 an BNN.

Frau s. Wasch- u. Putzst., a. Rein. v. Büros. Ang. unt. 5653 an BNN.

Für 14jähr., kräft. Mädchen Stelle als Hausgeh., mögl. in Gutshaush. od. aufs Land gesucht. Angeb. u. 2486 an BNN **Durlach.**

Für meine 15jähr. Tochter, die Anfang August a. d. Schule kommt, suche ich gute St. i. Haush. Geht a. ausw. Ang. u. 5497 a. BNN.

Unterricht

Staatl. Hochschule f. Musik, Stuttgart. Klavierkursus Wladimir Horbowski: 29. Juli bis 7. Sept. 1946. Auskunft im Sekretariat d. Hochschule (Stuttgart-O., Urbanspl. 2, Fernr. 91 666.

Private Lehrgänge in Stenographie u. Masch.-Schreib. für Anfänger und Fortgeschrittene erteilt L. Heini, Fachlehrerin, Karlsruhe, Geranienstraße 16a.

Verkauf

Arbeitsanzüge u. Arbeitshandschuhe (Segeltuchfäustlinge) kurzfrist. lieferbar. Dringlichkeitsbeschein. d. Mil.-Reg. erf. Best. u. 5321 BNN.

Einige schöne Oelgemälde (Landsch.), v. gut. Künstlern abzugeb. an Privat. Angeb. unt. 6034 an BNN.

Stempel all. Art lief. nur an Wiederverkäufer Stempelfabr. Balz, (18) Mainz, Augustinerst. 28, Schließf. 107

Briefmarkensammler! Neuheiten Oesterreich preiswert abzug.: Porto-Satz Oesterreich, 14 Werte, 70 RM., Posthorn Porto-Satz, 12 W., 20 RM., Landschaften, 18 W., kpl., 15 RM., Landsch. 6 W., Erg., 7.50. Briefm.-Fachgeschäft Otto Vieser, Karlsruhe, Amalienstr. 43.

Aktuelles Adressenmaterial von Adressen-Müller! Verzeichnis der deutsch. Briefmarken-Handlg., -Großhandlung. u. Verl., ca. 600 Adr., RM. 15.20; Verzeichn. der deutsch. Tageszeit. u. Nachrichtenblätter, ca. 363 Adr., RM. 12.—. Geg. Voreinsendung des Betrages zu beziehen v.: Georg Müller, (10) Leipzig W 33, Aurelienstraße 21.

Ca. 30 gebr. Türen zu verk. Angeb. unt. 6054 an BNN.

Anhänger, 1,5 To., 2 Rad, Photo, 10/15, Platten, 3/6. Ang. u. 2487 a. BNN **Durl.**

„Cadgut" lauf., kurzfr. lieferbar an: Krankenhäuser u. Aerzte, in Stärken 000 bis 5 Aufmach.: 100 Fad. à 2,50 mb. Interess. send. Ihre Anschr. an Josef Dörflinger, Handelsvertreter, Karlsruhe-Baden, Albuferstraße 3.

Immobilien

Haus, (wenn auch besch.), od. Bauplatz, in Knielingen zu kaufen gesucht. Angeb. unter 6036 an BNN.

Mod. Landhaus, direkt am Wald gel., 6 Z., 2 WC, Bad, Warmwasser-Heizg., fließ. w. u. k. Wass., Garage, gr. Waschküche, Keller, gr. Garten bei Herrenalb geg. unbesch. kleineres H. m. Gart. i. Khe. o. Vororten, a. Ettl., zu tauschen. Angebote u. 4979 an BNN.

Elektrogesch. v. Fachm. z. k. ges. Ang. u. 5631 a. BNN.

Radiogesch. v. Fachm. z. k. ges. Ang. u. 5630 a. BNN.

Gut gehende Metzgerei sof. zu verpachten. Zu erfragen unter 5633 in BNN.

Kunstgewerbe od. Galanteriewarengeschäft v. Fachkraft zu kaufen od. pacht. ges., evtl. als tät. Teilh. Ang. u. 2432 a. BNN **Bruchsal.**

Gut einger. Sägewerk, 3—4 Gatter, von Holzfachm. zu kaufen gesucht. Angeb. unter 6057 an BNN.

In Umgebung Bruchsals ist Bäcker die Mögl. gebot., eine ger. Backstube m. mod. Dampfbackof. u. sämtl. Maschinen zu pacht, evtl. zur Lieferg. der Backwaren in bombengesch. Stadt. Interessenten wollen sich melden unt. 6040 an BNN.

Kleinere Landwirtschaft, 4—6 ha, m. Oekonomiegebäude u. Wohn. zu pachten od. zu kaufen gesucht. Angebote unter 5572 an BNN.

Biete: 7 a großes Gartengrundstück mit 2 ertragreichen Kirschbäumen und 20 Johannisbeersträuchern, Nähe Bruchsal. Suche: Gleiches Stück Beiertheim oder Weiherfeld. Angebote unter 5393 an BNN.

Größerer Lagerplatz, Rheinhafen-Gebiet, zu verkauf. Wurm & Co., Fachgesch. f. Immob., Karlsruhe, Erbprinzenstr. 33. Tel. 1439.

Heinz Beck, K. Thomann K.G., Kapital u. Grundbesitz, Freiburg i. Br., Kreuzkopfstr. 6. Unsere Reklame besteht nicht in marktschreierischem Lärm, sondern in zuverläss., streng diskreter Bearbeitung unserer Aufträge. — Auf allen Gebieten d. Kapitalbedarfs Neugründungen oder Anlagewünschen wissen wir Rat. Seriöse Interessenten wenden sich stets gern an uns.

Beteiligungen

Welch. Herr, i. Alter v. 40 b. 55 J., hat Lust, mit mir ein Obst- u. Gemüsegesch. sowie Samenhdlg. zu eröffn. Kriegsvers. bevorz. Wohng. Bedg., kl. Vermg. vorh. Angeb. unt. 2489 an BNN **Durlach,** Zehntstr. 6.

Kaufmann sucht sich an erfolgr. Industrie- od. Handelsunt. tät. od. still mit RM. bis 50 000 zu beteilig. PKW sowie LKW vorhand. Angeb. unt. 6032 an BNN.

Kaufgesuche

Oelgemälde beschäd. u. teilzerstört, laufend gesucht. Angeb. unt. 6037 an BNN.

Nähkästen aller Art sucht lauf. Einzelhandelsgeschäft. Angebote unter 3994 an BNN **Pforzheim.**

Vanillezucker-Mühle, 25—40 cm Durchmess., u. Knetmaschine, Syst. Werner u. Pfleiderer, 50 l Nutzinhalt, zu kaufen gesucht. Ausführl. Angebote an Vitalonga, Arzneimittelfabrik, Aalen, (Wttb.), Marktpl. 26.

Klavier in gutem Zustand zu kaufen gesucht. Photo-Müseler, Karlsruhe, Adlerstraße 6.

Gärtnerische Fachbücher (Gartengestaltung), v. Schwerkriegsbeschäd. zu kauf. gesucht. Gottlob Großmann, Ettlingen, Kronenstraße 16.

Büroeinrichtung, evtl. Herrenzimmer zu kauf. ges. Angeb. m. Preis erb. an „Nothilfe" Krankenversich. V. a. G., Bezirksdirektion Karlsruhe, Hirschstr. 144.

Suche gebrauchte Büromöbel. Angeb. unt. 6012 an BNN.

Laden-Theke u. Regale, ca. 3-4 m, dring. zu kauf. ges. Angeb. unt. 6044 an BNN.

Holzverarbeitungsmaschinen, Hobel-, Kreis-, Fräs-, Schleif- u. Bohrmasch. dr. z. k. ges. Ang. 6010 BNN.

Zinkoxyd, Chemikalien aller Art, Bakelitdos. m. Schraubverschluß, jeder Größe u. Menge, zu kaufen gesucht. Angeb. unt. 1764 an „Südwest" Ann.-Exped., Khe., Rheinstraße 48.

PKW od. Sportwagen, m. od. oh. Reif., auch reparaturbed., v. Privat zu kaufen gesucht. Angeb. an Götz, Forchheim b. Karlsruhe.

Kl. PKW od. Motorrad zu kf. ges. Angeb. u. 5686 BNN.

Fahrbereiter PKW zu kaufen gesucht. Angeb. unt. 1769 an „Südwest" Ann.-Exped., Karlsruhe, Rheinstr. 48.

Leichtmotorrad, fahrber., geg. beste Vergütung gesucht. Calmez, Friedrichstal/Bad., Rheinstraße 104.

Reifen, Schläuche u. Felgen, 4,5×17, für DKW-Wagen v. Elektrofirma zu kauf. ges. Angeb. unt. 5660 an BNN.

Suche Gebinde (Korbflasch.) u. Fässer für Tinte zu kaufen. Aug. Brändle K.G., Papierverarbeitg., Papier- u. Schreibwar.-Großhandlg., Bruchsal, Kaiserstr. 6.

Kaufe jed. Posten leer. Flaschen, gewasch. od. ungewasch. in allen Größen. Angeb. unt. 6013 an BNN.

Wir suchen Holzfaßreifen im Ø von 30 cm aufwärts, jedes Quantum. Angebote unter S 424 REUTER-WERBUNG, Darmstadt, Landwehrstraße 55.

2 Flasch.-Züge, 1 To., u. 2 Auto-Reifen, 5/16 od. 5/17, bei guter Bezahlung ges. Angeb. unt. 6052 an BNN.

5—6 gebr. Rollwagen, Inh. ¾ cbm, Spurw. 600 mm, zu kauf. ges. Fuchs, Eggenstein, Hauptstr. 35.

Vermietungen

100 qm Raum, ebenerd., für saub. Fabrikat., od. als Lagerraum, in Nähe v. Khe., langfristig zu verpachten. Angeb. unt. 6163 an BNN.

Mietgesuche

Leer. Zimmer (Erdgesch.), sep. Eing., als Büroraum, sucht Baufirma b. gt. Vergüt. Angeb. unt. 5677 an BNN.

1—2 Büroräume u. 1 Lagerraum ges. Ang. 6165 BNN.

Raum, ca. 20—40 qm, a. fliegergesch. Haus, f. Kleingewerbebetr. sof. gesucht. Angeb. unt. 5395 an BNN.

Werkstatt, ca. 25 qm, von Kleingewerbebetrieb sofort gesucht. Weststadt bevorzugt. Angebote unter 5348 an BNN.

Geschäftslokal mit Lagerräumen, für Möbelgeschäft geeignet, in gut. Lage, Stadtmitte bevorzugt, gesucht. Angeb. unter 5330 an BNN.

Transporte

Wertheim — Karlsruhe! Wer nimmt bald. 4 Ztr. Beiladg. geg. ordentl. Vergüt. mit? Angeb. unt. 6216 an BNN.

Mehrere Lastwagen (nur Kipper), f. Großbaustelle sof. ges. Betriebsstoff wird gestellt. Näheres Strabag, Karlsruhe, Südbeckenstr. 1.

Transportunternehmen mit 5 t Lkw. nimmt noch Aufträge entgegen. Angebote unter 5672 an BNN.

Verschiedenes

UHU in alter Qualität — Ein Zeichen, daß es aufwärts geht. UHU der Alleskleber.

2. Heidelberger Briefmarken-Versteigerung vom 17. bis 21. August 1946. Auktionskatalog steht nur ernsthaften Interessenten zur Verfügung. Briefmarken-Wilhelmy, Heidelbg., Häusserstr. 14. Abt. III Auktionen. Fernruf 4212.

Buchverleih. Ramsauer Bruchsal bittet die Kundschaft, die noch in ihrem Besitz befindlichen Bücher zurückzugeben zw. Neuerfassung zur Wiedereröffn. Abzug. Bruchsal, Wilderichstr. 22.

KuF-Annoncen-Expedition, Hannover, Georgstr. 7/11, vermittelt fachmänn. Anzeigen für Zeitungen, Zeitschriften u. Aushänge aller Zonen. Plakat - Anschlag, Kino- u. Verkehrswerbung. Künstlerische Entwürfe, Klischees.

Preßholz-, Späne-, Isolier- u. Leichtbauplatten, Brenn-Briketts aus Holzabfällen, Torf, Lohe u. dergl. erzeugen Sie am best. durch meine bewährten Verfahren. Ing. A. Wiggenhauser, Lindau-Bodensee, Bregenzer Straße 70 (15).

Ueberholungen und Instandsetzungen von Maschinen aller Art werden prompt ausgeführt. Südd. Arguswerke, Karlsruhe, Vogesenstraße 4.

Welches zahntechn. Labor. übern. lfd. Arb. für Zahnarzt? Mat. wird gelief. Angebote u. 6002 an BNN.

Kräutersammler — Aufkäufer allerorts bei gutem Verdienst gesucht. Anfr. an „AFA" München 5, Postf.

Büromaschinen repariert, Ankauf a. gebroch. Masch., Tausch, Miete. Lied, Khe., Erbprinzenstr. 34, Ruf 3973.

Firmen erhalt. monatl. Bezugsquell.-Nachweislist. üb. lfd. lieferb. War. all. Art, Häffner, Durl., Pfinzstr. 78.

Karl Jock, Juw. u. Uhrmach.-Mstr., jetzt Kaiserstr. 126, Eig. Reparatur-Werkstätte, Schmuck Trauringe in Gold und Silber.

Salon E. Traumüller, Schützenstr. 37, ist unter der alten Rufnummer 1947 zu erreichen.

Instandsetzung u. Rep. von hydr. Anlagen u. Maschinen aller Art übernimmt langjähriger Fachmann. Anfragen u. 5628 an BNN.

Gebr. Möbel aller Art kauft stets Möbelgesch. Kastner, Douglasstr. 26, Ruf 6204.

Fa. R. Kühn, Spezial-Großwerkstätte, Khe., Leopoldstr. 19: Rep. a. Gash. all. Fabr. w. schnellst. ausgef.

Messer-Kratz (früher Waldstraße, jetzt August-Dürr-Str. 2) schärft Ihre Rasierklingen. Kl. Posten Rasierappar. u. Rasierm. abzug.

Gesch.-Eröffnung. Am 1. 7. 46 habe ich mein Spez.-Inst. f. Kosmetik eröffnet. Ich bin bestr., Sie in all. Frag. d. Schönheitspfl. individuell z. ber. Hildegard Mark, Khe., Bachstr. 12, p., Haltest. R.-Wagner-Str. Gesch.-Zeit: 9—12 und 2—6 Uhr.

Pelz-Aufbewahrung ist wichtig! Sorgfält. Pflege, vollwert. Versicherung. Unsere Spezial-Anlage ist wieder hergest. Groß-Kürschnerei Wilh. Zeumer, Karlsruhe, Kaiserstraße 125/127.

Buchhalter, erf., ält., übern. Buchf. m. Abschl., Bil., zugkräft. Korr. usw. M. Burkert, Khe., Hirschstr. 18, II.

Reparat. v. Maschinen aller Art, Anfert. von Ers.-Teilen u. Zahnrädern. Gabler, Ettlingen, Rheinstraße 161, Telefon 237.

Hochqualifiziert. Fußballspieler, der gleichzeitig das Training übernehmen kann, wird von südbadischem Oberligaverein gesucht. Angebote unter Bekanntgabe der Bedingungen usw. sind u. E 18 119 an OBANEX, Anzeigen-Expedition, Freiburg i. Br., zu senden.

Pelzgroßhandl. u. Kürschnermeist. bringen wir z. Kenntnis, daß wir mit unserer Arbeit begonnen haben u. sämtl. Rohware zum Zurichten und Färben annehmen. „Furs", Pelzzurichterei u. Färberei, Frankfurt a. M.-Höchst, Wasgaustraße 31, Tel. Höchst 12 990, Tel. Frankfurt 56 768.

Wer fertigt Holzfutterhäuschen gegen Zeichnungsvorlage? Für Schreiner, die sich selbständig machen wollen, lohnende Beschäftigung. Angebote unter S 423 REUTER-WERBUNG, Darmstadt, Landwehrstr. 55.

Liebesgaben aus der Schweiz Der Versand von Lebensmittel- u. Kleiderpaketen ist wieder möglich Verlangen Sie Unterlagen dch. den Kommissionär der Schurter A.G., in Basel für Deutschland Fritz Berger (17b) Lörrach/Bd. 247.

Gesichts-Massage, Packung-Gesichtsmaske? Schenken Sie mir Ihr Vertrauen. Ein Versuch entscheidet. Häusermann, Kosmetik, ärztl. geprüft, Karlsruhe, August-Dürrstr. 7, Telefon 6336 Telef. Vormerkung.

Achtung! Kleinbetriebe! Bilanz- u. steuererfahren. Buchhalter übernimmt noch Aufträge im Anlegen, Führen u. Abschließen von Büchern, Ausfüllen von Formularen, Steueranmeldungen usw. Häffele, Karlsruhe, Rheinstr. 60.

„Wissen ist Macht". Auch das Wissen vom Wesen des Anderen. Charakter-Analyse auf wiss.-graphol. int. Grundlage. Gewähr für Diskretion und obj. Wertung der Handschrift. Charakterskizze RM. 6.—. Ausf. Charakterbeurteilung RM. 15.—. Schriftproben mit Alters- u. Geschlechtsangabe sowie den Betrag der gewünschten Ausführung an: Dr. H. D. Ahrens, Essen-Werden, Postfach 67, Postsch.-Konto Essen 66205

Schreiner z. Aufpolieren v. Möbeln u. Ergänzen von Kleinigkeiten gesucht. Die Möbel müssen der Schwere wegen in der Wohnung gemacht werden. Angeb. unter 6094 an BNN.

Wer produziert wieder in Deutschland u. wer liefert? Auskunft ert. postwendend: Richard Schraven, Technischer Kaufmann, Schreibmaschinenarbeiten. Uebersetzung frd. Sprachen, Ludwigshafen a. Rh., Lenaustraße 13.

Handelsvertretung auf Prov. od. eig. Rechnung übern. solv. Firma. Büro im Zentr. v. Khe. Ang. 5666 an BNN.

Organisationsbüro in Karlsr., v. erstkl. Fachmann geleitet, übernimmt einschl. Aufgab. Ang. 5665 an BNN.

Achtung! Nach dem 1. 8. 45 entlass. Kriegsgefang. mit amerik. Entl.-Papier., wenden sich zwecks Nachzahlung von Wehrsold unter 4910 an BNN.

Handels- u. Privat-Auskünfte üb. jede Person an allen Plätz. lief. Nordwestd. Auskunftei, Detektei, Inh. H. Wulff, Bremen, Altenwall 27. Wir suchen noch an versch. Orten Auskunftsvertreter, bezw. vergeben noch einige Vertretungen.

Charakt.- u. Schicks.-Forsch. dch.Astrologie, Chirosophie, Graphologie. Dr. W. Schneider, Fachpsych., Khe., Mozartstr. 5. Tägl. 3—7 Uhr.

Chemische Beratungen, Literaturnachweise (besond. Ausarbeitung zusammenfassender Exposés) Untersuchungen, Produktionsprogramme, Entwicklungs- u. Forschungsarbeiten, Präparate, Chemikalien etc (in kleinen Mengen werd. bei Lieferung d. Rohstoffe hergestellt), durch: WIRAG Wissenschaftlich - technische Beratungs-Gesellschaft m.b.H., München 9, Wolkensteinstr. 7, Tel. 40 204.

Briefmarken: Kaufe Sammlungen, Sätze, Einzelmarken. Tausche neue Oesterreich geg. französ. Zone 10 Pfg., 1 Mark. Verkaufe alle neuen Oesterreich E. Osterwalder, Konstanz, Briefmarkenversand, Emmishoferstraße 6, I.

Welch. Verlag hat Interesse an der Veröffentlichung d. e. od. a. d. folgend. Schriften? Der Staat, wie er sein soll. Die Ehe, wie sie sein soll. Kirchenlehre od. Christuslehre? Was ist Wahrheit? Kernsprüche. Angebote erbeten unter Nr. 4940 an BNN.

Bekannt. Karikaturist sucht Verb. m. Verlag. usw. Eilzuschrift. unt. 5066 an BNN.

Achtung! Rep. alte Gummi-Fußmatten sow. Läuf.; lief. a. neue b. Abg. v. Altgummi. Su. e. Fußpend.-, Spind.-, e. Hebelpresse zu kf. K. Fikker, Lederw.-Fabr., Khe.-Daxlanden, Agathenstr. 26.

PKW sofort zu mieten ges. Ev. auch in Fahrgemeinsch. Zulass. kann sofort erfolg. Angeb. unt. 5063 an BNN.

Instandsetz. u. Wiederaufbau v. Wohn- u. Ind.-Geb. werd. dch. erf. Fachm. bearb. Anfragen unt. 5062 an BNN.

Rohstoffe, Maschinen u. Werkzeuge erhalt. Sie durch die Mitgliedschaft in der „Aufbauhilfe". Hauptgeschäftsstelle Karlsruhe/Baden, Ing. K. Cappel, Postfach 187. Mitarbeiter allerorts ges.

Kreissäge zu vermieten. Angebote unter 5162 an BNN.

Hans Schmitt, Helfer in Steuersachen. Anlegung u. Führung von Buchführungen, Aufstellung von Bilanzen, Beratung und Bearbeitung aller Steuerfragen, umgezogen nach: Vorholzstr. 7. Tel. 2117.

Achtung! Wir machen darauf aufmerksam, daß ab sofort Kennkartenaufnahmen angefertigt werden, außerdem Aufnahmen f. Führerscheine und Interzonenpässe. Atelieraufnahmen z. Zt. nicht. Geschäftszeiten sind: Täglich von 8—12 und 14—18 Uhr, Mittwoch von 8—12 u. Sonntag von 10—12 Uhr. Photo - Müseler, Karlsruhe, Adlerstraße 6.

Kohlenhandlung Windisch, Khe., Marienstr. 58: Geschäft wieder eröffnet.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg